



VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND

Bundestagswahlprogramm 2025

Entwurf zur Beschlussfassung auf dem digitalen Bundesparteitag am
25.01.2024 vorgelegt von der Programmkommission

Mitarbeit in der Programmkommission:

- Gregor Voht (Vorsitzender)
- Helmut Weintögl (BFA Innere und äußere Sicherheit)
- Dagmar Wagner (BFA Landwirtschaft)
- Karina Luginger und Christin Jost (BFA Soziales-Gesundheit-Pflege)
- Dieter Holsten (BFA Sport-Freizeit-Ehrenamt)
- Kathrin Laymann (BFA Umwelt-Energie-Infrastruktur)
- Engin Eroglu, MdEP und Holger Riedlbauch (BFA Wirtschaft)
- Felix Locke, MdL (JFW)
- Julia Glagau (BAG Frauen)
- Tohru Saenger und Erich Paerisch (BAG Queer)
- Walter Bertl (BAG Senioren)
- Wilhelm Hartmann und Julia Weindl (BAG Ländlicher Raum)
- Stephan Wefelscheid, MdL (BAG Großstädte)
- Hartmut Röling (BAG Jäger, Schützen und legale Waffenbesitzer)

Stand: 22.12.2024, 19:39 Uhr

25		
26	Wir FREIE WÄHLER – Ihre Stimme für echte Veränderung	12
27	Zusammenhalt für Deutschland	13
28	Bekenntnis zur deutschen Kultur und freiheitlich-demokratischen Ordnung.....	13
29	Im Sinne der Mehrheit des Volkes handeln	13
30	Mehr Demokratie wagen.....	14
31	Menschenrechte wahren, Minderheiten schützen	14
32	Extremismus entschieden bekämpfen.....	14
33	Wirtschaft für Deutschland	14
34	Digitalisierung neu denken	14
35	Breitbandausbau vorantreiben	15
36	Digitale Souveränität vorantreiben	15
37	Kommunikation und Digitalisierung	15
38	Digitalisierte Stadt (Smart City).....	15
39	Handwerk / Mittelstand	16
40	Kleine und mittlere Unternehmen entlasten	16
41	Fachkräftesicherung vorantreiben	16
42	Arbeitszeiten flexibilisieren	17
43	Bürgergeld reformieren	17
44	Innovationen im Mittelstand fördern	17
45	Bild des Unternehmers wieder positiv besetzen.....	17
46	Wertschöpfung und Kaufkraft in den Regionen stärken.....	17
47	Das Markenimage „Made in Germany“ verbessern.....	18
48	Meisterpflicht im Handwerk erhalten	18
49	Lieferkettengesetz für den Mittelstand aufheben	18
50	Unsere Daseinsvorsorge vor weiterer Privatisierung schützen	18
51	Einzelhandel und Großhandel stärken.....	18
52	Stationären Handel unterstützen	19
53	Berufsorientierung verbessern.....	19
54	Berufliche Bildung aufwerten	19
55	Aus- und Weiterbildung fördern	19
56	Flüchtlingen in Ausbildung Bleiberecht gewähren	20

57	Den Innovationsstandort Deutschland durch Bildung zukunftsfest machen.....	20
58	Die Bankenregulierung mittelstandsfreundlich gestalten.....	20
59	Landwirtschaft für Deutschland	20
60	Heimische Produktion	20
61	Landwirtschaftliche Fläche schützen.....	21
62	Dünge- und Pflanzenschutzmittel praxisnah zulassen	21
63	Vielfalt der Landwirtschaft erhalten	21
64	Diversifizierung der Betriebe fördern	21
65	Wettbewerbsnachteile ausgleichen	22
66	Bauernland in Bauernhand – Spekulationen eindämmen	22
67	Landwirtschaft bei Freihandelsabkommen schützen	22
68	Regionale Anpassungsspielräume nutzen	22
69	Bürokratie abbauen und Überregulierung stoppen	23
70	Landwirtschaftliche Betriebe steuerlich spürbar entlasten.....	23
71	Bildung, Forschung und Innovationen.....	24
72	Durch neue Zuchtlinien sichere Ernteergebnisse gewährleisten.....	24
73	Biopatente in der Züchtung verhindern.....	24
74	Digitalisierung der Landwirtschaft beschleunigen.....	24
75	Ausbildung in den Grünen Berufen bewerben	24
76	Den Dialog zwischen Landwirtschaft, Verbrauchern und Politik intensivieren	25
77	Tierhaltung	25
78	Investitionen in Tierwohl fördern	25
79	Abwanderung der Tierhaltung verhindern	25
80	Wolfspopulationen reduzieren	25
81	Rechte von Landwirten schützen	26
82	Vermarktung.....	26
83	Versorgungssicherheit erhöhen und Landwirtschaft gegenüber	
84	Lebensmitteleinzelhandel stärken	26
85	Vielfältige regionale Wertschöpfung stärken	26
86	Bioenergie	27
87	Einspeisevergütung für Bioenergie weiterführen	27
88	Biogasproduktion ausbauen.....	27

89	Vermarktung vereinfachen	27
90	Durchleitungsentschädigung schaffen	27
91	Waldbewirtschaftung vor zentralistischer Überregulierung schützen	28
92	Fischerei und Teichwirtschaft fördern	28
93	Angeln in Deutschland stärken	28
94	Solide und generationengerechte Finanzen für Deutschland	29
95	Schuldenbremse beibehalten	29
96	Finanzlage der Kommunen verbessern	29
97	Leistungsbereitschaft erhöhen, Steuerfreibetrag auf 2000 Euro anheben	29
98	Subventionssystem grundlegend reformieren	30
99	Steuerverschwendung bekämpfen	30
100	Kleine und mittlere Einkommen entlasten, Steuerhinterziehung bekämpfen	30
101	Vergemeinschaftung von Schulden in der EU verhindern	30
102	Entlastung für den Mittelstand	30
103	Bürokratie abbauen	31
104	Investitionen und Innovation fördern	31
105	Erbschaftssteuer abschaffen	31
106	Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	31
107	Standortfaktoren verbessern	31
108	Mobilität für Deutschland	31
109	EU-Verbrennerverbot stoppen	32
110	Klimafreundliche Mobilität technologieoffen fördern	32
111	Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und aufs Wasser verlegen	33
112	Europäische Hauptstädte verbinden	33
113	Stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren	33
114	Generelles Tempolimit auf Autobahnen verhindern	33
115	Luft- und Lärmbelastungen senken	33
116	Maut für Individualverkehr verhindern	34
117	Privatisierung unserer Verkehrsinfrastruktur stoppen	34
118	Energie für Deutschland	34
119	Energieeffizienz steigern	35

120	Gebäudeenergiebilanz zur Gebäudeeffizienzbilanz umwandeln	35
121	Dezentrale Energie-Infrastruktur stärken.....	36
122	Regionale Stärken mobilisieren.....	36
123	Zuverlässige Energieversorgung garantieren.....	36
124	Verteilnetze fit für die regionale Energiewende machen	36
125	Potenziale der Speichertechnologien freisetzen	37
126	Speicherung regenerativer Energien ausbauen.....	37
127	Wärmeerzeugung regional gestalten, Bürgerschaften beteiligen	37
128	Energie klimaneutral erzeugen	37
129	Energiewende gesamtheitlich und ideologiefrei planen	38
130	Wasserstoffnutzung schon heute vorbereiten	38
131	Braunkohlereviere zu Innovatoren machen	39
132	Sicherheit für Deutschland	39
133	Sicherheit durch Recht.....	39
134	Grundgesetz als Basis allen Handelns verteidigen	39
135	Unsere abendländische und christliche Tradition pflegen.....	40
136	Vertrauen in den Rechtsstaat fördern	40
137	Bürgeranwaltschaft gegen Grundrechtseingriffe gründen	40
138	Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen	40
139	Dublin-Abkommen anpassen	41
140	EU-Seenotrettung muss „Rettung“ und sofortige Rückführung bedeuten.....	41
141	Asylmissbrauch beenden.....	41
142	Integration nach unserem Bedarf steuern.....	41
143	Integration durch Fordern und Fördern.....	42
144	Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden.....	42
145	Bund muss Kosten seiner Flüchtlingspolitik tragen	42
146	Extremismus bekämpfen	42
147	Verfassungsschutz personell stärken und fokussieren.....	43
148	Konsequentes Vorgehen gegen Gefährder	43
149	Konsequentes Vorgehen gegen Parallelstrukturen.....	43
150	Konsequente Bekämpfung von Terrorismus	43

151	Vorratsdatenspeicherung im Kampf gegen Gefährder ermöglichen	44
152	Straffällige Ausländer ausweisen	44
153	Gesetze zu Einbürgerungen nur mit breiter Mehrheit verändern.....	44
154	Mehr Sicherheit durch Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen.....	44
155	Versammlungsfreiheit schützen, Gewalt konsequent ahnden	45
156	Vollverschleierung und Vermummung verbieten	45
157	Körperliche Gewalt gegen Amtsträger härter bestrafen	45
158	Fundamentalistische Indoktrination in Religionsausübung und Religionsunterricht	
159	unterbinden	45
160	Strafmündigkeit an Realität anpassen	46
161	Budgetäre Ausstattung der Strafverfolgung verbessern.....	46
162	Strafverfahren beschleunigen.....	46
163	Bürgerschaft besser schützen – Opfer verhindern	46
164	Organisierte Kriminalität europaweit bekämpfen	46
165	Konsequent gegen Menschenhandel vorgehen	47
166	Nutzer in sozialen Medien besser schützen	47
167	Geltendes Recht im Internet durchsetzen	47
168	Aufrüsten gegen Cyberkriminalität.....	47
169	Unabhängigkeit der Strafermittlung sicherstellen.....	48
170	Bundeseinheitliche Fahndungs- und Vorgangsbearbeitungssysteme.....	48
171	Einsatzkräfte schätzen und fair behandeln	48
172	Attraktivität der Bundespolizei erhöhen.....	48
173	Trennung von Bundeswehr und Polizei beibehalten	49
174	Illegalen Waffenbesitz entschlossener bekämpfen	49
175	Zivil- und Katastrophenschutz stärken und flächendeckend sichern	49
176	Zivile Schutzräume aufbauen	50
177	Sicherheit durch Außenpolitik.....	50
178	Europäische Rückführungsabkommen mit Fluchtherkunftsländern abschließen .	50
179	UN-Schutz- & Aufbauzonen einrichten und unterstützen	50
180	Schlepperei bekämpfen	51
181	Ukraine durch Waffen und Diplomatie unterstützen	51
182	Stärke gegenüber Russland zeigen.....	52

183	EU-Nachbarschaftspolitik ausbauen	52
184	Keine Beitrittsverhandlungen mit Erdogan-Türkei führen	52
185	Deutsch-französische Freundschaft pflegen	52
186	Enge Partnerschaft mit Großbritannien ausbauen	53
187	Deutsch-amerikanische Freundschaft wertschätzen	53
188	Für Israels Sicherheit und Existenz eintreten	53
189	Humanitäre Hilfe für Gaza leisten	54
190	Zweistaaten-Lösung hinterfragen.....	54
191	Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern	54
192	Selbstbewusst gegenüber China auftreten	54
193	Indien näher an uns binden	55
194	Kooperation mit regionalen Bündnissen vertiefen	55
195	Zugang zu Rohstoffen partnerschaftlich sichern	55
196	Keine Entwicklungsgelder an strategische Rivalen zahlen	55
197	Der Verantwortung als Geberland gerecht werden	56
198	Vereinbartes 0,7-Prozent-Ziel für Entwicklungspolitik einhalten	56
199	Entwicklungshilfe europäisch aufstellen	56
200	Völkerverständigung durch Städte- und Gemeindepartnerschaften stärken	56
201	Sicherheit durch Verteidigung	56
202	Verteidigungsfähigkeit durch bedarfsgerechte Finanzen stärken	57
203	Beschaffungswesen schneller machen	57
204	Abwehr im Cyberraum stärken	57
205	Einbindung der Truppenexpertise bei Rüstungsprojekten gewährleisten	57
206	Rüstungspolitik europäisch organisieren	58
207	Europas Rolle in der NATO stärken	58
208	Friedenseinsätze rechtssicher und zielgerichtet gestalten	58
209	UN-Einsätze überdenken	58
210	Psychische Wunden besser versorgen	59
211	Dienst bei der Bundeswehr attraktiv gestalten	59
212	Rückhalt und Wertschätzung öffentlich zeigen	59
213	Gesellschaftsjahr für alle einführen	59

214	Altersvorsorge für Deutschland	60
215	Altersarmut entschieden bekämpfen	60
216	Flexibilität in der Rente ermöglichen.....	60
217	Renteneintrittsalter nicht erhöhen	60
218	Doppelbesteuerung von Renten abschaffen	60
219	Rente sichern	61
220	Doppelverbeitragung abschaffen	61
221	Gesundheit für Deutschland	61
222	Finanzierung des Gesundheitswesens erneuern	62
223	Pflegeversicherung reformieren	62
224	Notfallversorgung ausbauen	62
225	Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen	62
226	Einfluss profitorientierter Praxisketten (iMVZ) zurückdrängen	63
227	Freie Berufe stärken	63
228	Wohnortnahe Apotheke der Zukunft fördern	63
229	Arzneimittelproduktionsstandort Deutschland stärken	63
230	Apothekenhonorar fair gestalten.....	64
231	Digitalisierung in der Apotheke vorantreiben.....	64
232	Versandhandel von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verbieten.....	64
233	Gesundheitskompetenz stärken	64
234	Professionelle Pflege aufwerten	64
235	Rahmenbedingungen für eine professionelle Pflege verbessern	65
236	KI im Pflegealltag nutzen	65
237	Praktische Ausbildung in der Pflege aufwerten	65
238	Pflegende Angehörige stärken.....	65
239	Ärztliche Ausbildung bedarfsgerecht steuern	66
240	Zusammenarbeit von „ambulant“ und „stationär“ fördern	66
241	Anreize für längeren Verbleib im Beruf schaffen	66
242	Modellprojekte für flexible Patientenversorgung vorantreiben	66
243	Telemedizin ausbauen	67
244	Zahnärzte auf den Stand der Zeit bringen	67

245	Wohnortnahe Krankenhausversorgung erhalten	67
246	Impfberatung stärken, Impfzwang verhindern	67
247	Suizidprävention ausbauen	68
248	Patienten für die Digitalisierung gewinnen.....	68
249	Gesundheitsdaten schützen	68
250	Geschlechterspezifische Gesundheitsförderung stärken	68
251	Schwangerschaftsabbrüche (rechts-)sicher gewährleisten	69
252	Mutterschutz auch für Selbstständige ermöglichen	69
253	Geburtshilfliche Familienversorgung ausbauen	69
254	Kinderwunschbehandlungen unterstützen	70
255	Nationales Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ endlich umsetzen ...	70
256	Studienplätze für Hebammenwissenschaften ausbauen.....	70
257	Versorgung rund um die Geburt flächendeckend sicherstellen.....	70
258	Erklärpflicht für Organspende einführen	71
259	Das Recht auf Sterben in Würde umsetzen	71
260	HIV und AIDS bekämpfen	71
261	Süchtige als Kranke behandeln	72
262	Suchtprävention ausbauen	72
263	Behandlung / Hilfsangebote erweitern	72
264	Psychische Gesundheit besser schützen	72
265	Wohnraum für Deutschland	73
266	Bezahlbaren Wohnraum ohne Mietendeckel schaffen	73
267	Selbst genutztes Wohneigentum fördern	73
268	Wohnraum für Studierende gezielt fördern.....	73
269	Innenstädte und Ortskerne lebenswert erhalten.....	74
270	Neue Wohngemeinnützigkeit zügig umsetzen	74
271	Bildung für Deutschland	74
272	Bildung muss gerecht sein	75
273	Das Schulsystem durchlässig machen.....	75
274	Kostenfreie frühkindliche Bildung stärken	75
275	Fachkräftegewinnung für Kindertagesstätten und Kindergärten forcieren.....	75

276	Sprachförderung für Migranten früh beginnen	75
277	Medienkompetenz und kritisches Denken fördern.....	75
278	Themen der Grunderziehung in Kindergärten und Schulen verankern	76
279	Bildungslücken der Corona-Pandemie durch Förderprogramme schließen	76
280	Bildungslotsen für sozial benachteiligte Kinder einführen	76
281	Schulsozialarbeit und Schulgesundheit ausbauen.....	76
282	Förderkindertagesstätten und -schulen erhalten	76
283	Künstliche Intelligenz für die Unterrichtsgestaltung nutzen	77
284	Schulen besser ausstatten.....	77
285	Schulen mehr Autonomie geben.....	77
286	Fachkräftemangel im Bildungsbereich bekämpfen.....	77
287	Lehrkräfte gerechter entlohnen	77
288	Praxisschock minimieren	78
289	Lehrerbildung und -weiterbildung stärken	78
290	Lebenslanges Lernen fördern	78
291	Berufsorientierung an Schulen ausbauen.....	78
292	Wohnortnahe Schulen und Kindergärten erhalten.....	78
293	Ganztagsanspruch ab 2026 auf den Prüfstand stellen	78
294	Bildungsangebote für ältere Menschen ausbauen.....	79
295	Unbürokratisches, elternunabhängiges BAföG einführen.....	79
296	Breit zugängliches Stipendiensystem schaffen	79
297	Hochschulen und Universitäten auf Weltniveau bringen und halten	79
298	Planbare Karrierewege in der Wissenschaft.....	79
299	Teilzeit- und duale Studiengänge fördern	80
300	Europäisches Erasmus-Programm weiter fördern	80
301	Frauenrechte für Deutschland.....	80
302	Geschlechter in Wirtschaft und Politik gleichstellen	80
303	Geschlechterstereotypen aufbrechen	81
304	Gleichstellung der Geschlechter konsequent durchsetzen	81
305	Frauen in Führungspositionen fördern	81
306	Politische Teilhabe praktisch ermöglichen	81

307	Frauenrechte erhalten – Selbstbestimmungsgesetz überarbeiten.....	81
308	Zwangsprostitution verhindern.....	82
309	Gewalt gegen Frauen bekämpfen	82
310	Junge Menschen für Deutschland	82
311	Kinderbetreuung ausbauen	82
312	Mit dem Bildungsjoker mehr Chancengleichheit schaffen	83
313	Familien in Krisenzeiten stabilisieren.....	83
314	Kinder- und Jugendschutz stärken	83
315	Kinderehen verbieten	83
316	Kinderschutz und Kinderrechte stärken	84
317	Vielfalt für Deutschland	84
318	LSBTIQ*-Rechte stärken und im Grundgesetz verankern	84
319	Gesundheitsversorgung von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität	
320	sicherstellen	84
321	Vielfalt der Familienformen anerkennen	85
322	Inklusives Arbeitsumfeld in privaten und öffentlichen Unternehmen fördern	85
323	LSBTIQ* in ganzheitliche Seniorenpolitik einbeziehen.....	85
324	LSBTIQ*-Themen in Aufklärung und Bildung integrieren	86
325	Ansprechpersonen für LSBTIQ* in den Landespolizeibehörden etablieren.....	86
326	Sportförderung für Deutschland	86
327	Breitensport als Klammer der Gesellschaft fördern	87
328	Förderung des Spitzensportes durch den Bund festschreiben	87
329	Internationale Sportveranstaltungen in Deutschland ausrichten	87
330	Unabhängige Spitzensportagentur gründen	87
331	Durchführung von Sportstunden in der Schule garantieren	87
332	Bedarfsgerechte Räume für Sport und Bewegung schaffen	87
333	Mehr Übungsleiter und Trainer ausbilden.....	88
334	Kommunale Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen sanieren	88
335	Bürgerschaft vor Ort in die Planung von Freizeit-, Kultur- und Sportstätten einbeziehen	
336		88
337	E-Sport als Ergänzung zu klassischen Sportarten verstehen	88
338	Flächendeckendes Schwimmbadangebot erhalten	89

339	Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherstellen	89
340	Ehrenamt für Deutschland	89
341	Ehrenamt vor überzogener Bürokratie schützen	89
342	Ausübung eines Ehrenamts parallel zur Berufstätigkeit fördern	89
343	Anlaufstellen für Ehrenamtliche schaffen	90
344	Altersbegrenzung bei der Berufung von Schöffen aufheben	90
345	Einsamkeit bekämpfen	90
346	Förderprogramme für Vereine und Initiativen gegen Einsamkeit aufsetzen.....	90
347	Umweltschutz für Deutschland	91
348	Wasser wirksam schützen	91
349	Weltmarktführer für energieautarke Kläranlagen werden	91
350	Bau von Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken fördern	91
351	Meeres- und Küstenschutz intensivieren	92
352	Flächenverbrauch reduzieren	92
353	Urbane Klimaanpassung betreiben	92
354	Lebensmittel wertschätzen	92
355	Pflanzenschutz stärken	92
356	Haltbarkeitsdaten überdenken	93
357	Umsonstregale fördern	93
358	Recyclingquote und -fähigkeit	93
359	Recht auf Reparatur umsetzen	93
360	Plastikflut stoppen	93
361	Export von Plastikmüll, Elektroschrott sowie von Schrottfahrzeugen verbieten	93
362	Keine Steuergelder für Klimaschädigung ausgeben.....	94
363	Heimische Natur- und Artenvielfalt erhalten	94
364	Tierversuchsfreies Deutschland schaffen	94
365	Kultur und Medienvielfalt für Deutschland.....	94
366	Kultur- und Kreativwirtschaft fördern	95
367	Kulturförderung transparenter gestalten und reformieren.....	95
368	Kultur als Aufgabe der Daseinsfürsorge finanziell absichern.....	95
369	Kulturelles Erbe der deutschen Heimatvertriebenen schützen	95

370	Deutsche Minderheiten im Ausland stärker fördern	95
371	Schutz der nationalen Minderheiten im Grundgesetz.....	96
372	Jüdisches Leben fördern.....	96
373	Büchervielfalt erhalten	96
374	Rundfunkwahlen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk	96
375	Gesellschaftsspiele kulturell und bildungspolitisch anerkennen	97
376	Kulturgut und Wirtschaftsfaktor Computerspiele fördern	97

377

378 Wir FREIE WÄHLER – Ihre Stimme für echte Veränderung

379 Die FREIE WÄHLER Bundesvereinigung ist eine Bürgerbewegung für ein sicheres,
380 wirtschaftlich erfolgreiches und zukunftsfähiges Deutschland. Wir wollen, dass alle
381 Menschen in Deutschland frei und ohne Diskriminierung leben können. Extremismus und
382 Ausgrenzung lehnen wir klar ab. Deshalb erteilen wir Parteien mit solchen Positionen eine
383 klare Absage.

384 Deutschland steht vor großen Aufgaben. Wir wollen Lösungen, die pragmatisch sind, sich
385 bewähren und den Menschen wirklich helfen – bürgernah, ideologiefrei und umsetzbar.
386 Unsere Arbeit in Rathäusern und Gemeinden zeigt uns: Was zählt, ist eine
387 funktionierende Verwaltung, gute öffentliche Leistungen und ein starker Zusammenhalt
388 in der Gesellschaft.

389 Ein funktionierender Staat ist die Voraussetzung für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.
390 Er unterstützt, wo es nötig ist. Er hält sich aber zurück, wo die Menschen selbst handeln
391 können. Wir setzen auf Eigenverantwortung und Freiheit statt Gängelung und
392 Bevormundung.

393 Wir stärken die Mitte der Gesellschaft – die Menschen, die täglich arbeiten und das Land
394 voranbringen. Als wertkonservative-liberale Partei wollen wir die Grundsätze wieder
395 stärken, die Deutschland stark gemacht haben: Leistung, Zuverlässigkeit und
396 Zusammenhalt.

397 Wir FREIE WÄHLER wissen aus erster Hand, welche Politik die Menschen wollen und
398 brauchen. Denn wir sind keine Berufspolitiker, die ihr Leben lang nur Politik gemacht
399 haben und vieles nur vom Hörensagen kennen. Wir sind Bürger, Unternehmer,
400 Arbeitnehmer, Landwirte – eben Menschen, die mit beiden Beinen im Beruf und im Leben
401 stehen. Genau das macht uns anders als andere Parteien.

402 Ihre Stimme für die FREIE WÄHLER ist eine Stimme für den Wechsel. Mit mindestens drei
403 Direktmandaten haben wir die Chance, in den Bundestag einzuziehen. Jede Stimme
404 zählt. Denn je mehr Zweitstimmen wir haben, desto größer wird unsere Fraktion im
405 Bundestag. Wir können zum Zünglein an der Waage für das Zustandekommen einer
406 bürgerlichen Regierung der Mitte werden.

407 Daher jetzt FREIE WÄHLER wählen.

408 **VERANTWORTUNG FÜR DEUTSCHLAND.**

409 Zusammenhalt für Deutschland

410 Wir akzeptieren, dass die deutsche Gesellschaft heterogen und vielfältig ist und
411 verschiedene, teilweise konkurrierende Lebenswirklichkeiten, Lebensweisen sowie
412 Interessen nebeneinander existieren. Es bestehen zudem häufig unterschiedliche
413 Vorstellungen von einem guten und gerechten Leben. Individualismus und
414 Selbstentfaltung sind heute oft wichtiger als gemeinsame Werte und Normen. Es
415 erscheint uns daher zwingend geboten, sich diesem Prozess entgegenzustellen und die
416 Menschen wieder zueinander zu führen. Der Zusammenhalt macht uns als Gesellschaft
417 stark. Uneinigkeit und Hader schwächen uns in einer schwierigen Weltlage noch mehr.
418 Diesem Unfrieden wollen wir als konstruktive Kraft der Mitte entgegenwirken, in dem wir
419 allen Menschen in Deutschland einen gemeinsamen Rahmen, ein einendes Band bieten,
420 das von unseren freiheitlich-demokratischen Werten sowie unserer deutschen Kultur
421 getragen wird.

422 Dieser Rahmen soll das Gemeinschaftsgefühl stärken, zur Befriedung der Gesellschaft
423 beitragen, den demokratischen Gedanken erneuern, Integration ermöglichen und zur
424 Orientierung für alle Menschen beitragen.

425 Bekenntnis zur deutschen Kultur und freiheitlich-demokratischen 426 Ordnung

427 Wir bekennen uns zu unserer freiheitlich-demokratischen Ordnung sowie unserer
428 deutschen Kultur. Sie bildet den Rahmen, der es uns ermöglichen soll, die Gesellschaft
429 zu befrieden und sich zugleich den großen Herausforderungen einer sich schnell
430 wandelnden Zeit zu stellen.

431 Im Sinne der Mehrheit des Volkes handeln

432 Wir mussten mit Entsetzen wahrnehmen, dass der Politikstil in Deutschland über viele
433 Jahre von angeblicher Alternativlosigkeit und dem Übersehen der Bedürfnisse vieler
434 Menschen geprägt war. Als kommunal vernetzte Partei, lehnen wir diesen Politikstil ab
435 und werden im Sinne der Mehrheit der Bürger handeln. Deshalb unterstützen wir
436 Initiativen zu Bürgerentscheiden.

437 Mehr Demokratie wagen

438 Wir wollen die Bürger stärker in politische Entscheidungen einbeziehen. Direkte
439 Demokratie und Bürgerbeteiligung sollen ausgeweitet werden, damit die Menschen nicht
440 nur alle vier Jahre wählen, sondern auch zwischen den Wahlen an wichtigen
441 Entscheidungen teilhaben können.

442 Menschenrechte wahren, Minderheiten schützen

443 Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Toleranz und Respekt die Leitprinzipien sind.
444 Extremismus, egal ob von rechts oder links, lehnen wir entschieden ab. Nur eine tolerante
445 Gesellschaft kann langfristig in Frieden und Freiheit bestehen. Ebenso garantieren wir
446 den Schutz der Menschenrechte und von Minderheiten. Wir stärken unsere
447 demokratischen Institutionen und schützen die Presse- und Meinungsfreiheit. Wir stehen
448 für eine offene, plurale und freie demokratische Gesellschaft in einem starken
449 Rechtsstaat.

450 Extremismus entschieden bekämpfen

451 Wir stehen klar gegen jede Form des Extremismus. Wir treten jeglicher Form von
452 Antisemitismus, Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entschlossen
453 entgegen. Dies alles stellt eine Gefahr für die Demokratie und den gesellschaftlichen
454 Zusammenhalt dar. Wir werden uns mit aller Entschiedenheit dafür einsetzen,
455 extremistische Tendenzen zu bekämpfen und den Schutz der freiheitlich-demokratischen
456 Grundordnung zu gewährleisten.

457 Wirtschaft für Deutschland

458 Deutschland ist eine der größten Wirtschaftsmächte der Welt. Grund dafür sind die vielen
459 Millionen Bürger, die durch Leistung, Einsatz und Innovationsfreude unseren Wohlstand
460 erwirtschaften. Unternehmer mit Verantwortung auf der einen, Arbeitnehmer mit klugen
461 Köpfen auf der anderen Seite sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Wir wollen uns
462 dafür starkmachen, dass dies nicht aus den Fugen gerät. Deshalb wollen wir die hart
463 arbeitende Mittelschicht massiv entlasten. Wir brauchen neue Anreize, damit sich
464 Leistung wieder lohnt.

465 Digitalisierung neu denken

466 Wir sehen die Digitalisierung der Verwaltungen als einen essenziellen Punkt bei der
467 Erreichung des Zieles Bürokratieabbau. Wir wollen das Digitalisierungsresort aus dem
468 Verkehrsministerium herauslösen und ein Digitalministerium, nach bayerischem Vorbild
469 einrichten. Dieses Ministerium wird in Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien die
470 Federführung über Digitalprojekte in den Verwaltungen einnehmen und diese
471 vorantreiben. Auch wird dieses Ministerium in Koordination mit den Bundesländern

472 Projekte aufsetzen, die zum Ziel haben, die Kommunen in Deutschland bei der
473 Umstellung auf digitale Verfahren zu unterstützen und zu ertüchtigen. Dieses
474 Digitalministerium wird sich am „Estnischen Modell“ orientieren. Das baltische Land
475 Estland ist ein gutes Beispiel für die Digitalisierung in den Verwaltungen. Die Akzeptanz in
476 der estnischen Bevölkerung für die digitalen Dienstleistungen des Staates liegt bei über
477 90 Prozent.

478 Breitbandausbau vorantreiben

479 Wir sehen ein großes öffentliches Interesse am Breitbandausbau und an hohen
480 Mobilfunkstandards (Made in Europe). Eine erfolgreiche und flächendeckende
481 Breitbandversorgung sehen wir als wichtigen Standortfaktor an. Unternehmen und
482 Behörden sind von einer stabilen Breitband-Internetversorgung abhängig. Auch die
483 Versorgung des ländlichen Raumes mit Breitbandanschlüssen muss weiter mit
484 Nachdruck vorangetrieben werden.

485 Digitale Souveränität vorantreiben

486 Digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Bestandteil unseres täglichen Lebens und gehört,
487 mittlerweile zur sogenannten kritischen Infrastruktur. Diese sollte nicht in Händen
488 außereuropäischer Staaten sein. Das bedeutet, dass sensible Daten, wie z. B. Daten der
489 kritischen Infrastruktur (Wasserversorgung, Energieversorgung etc.), auf Systemen
490 liegen, die sich außerhalb Europas befinden und den gesetzlichen Regelungen von
491 Drittstaaten unterliegen. Auch der Einsatz von Software außereuropäischer
492 Unternehmen in den o. g. kritischen Bereichen ist zu überdenken. Der Einsatz von Open-
493 Source-Lösungen ist hier zu bevorzugen.

494 Kommunikation und Digitalisierung

495 Neben den wirtschaftlichen Aspekten ist die Digitalisierung als Chance für die
496 Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Barrierefreiheit zu betrachten und mit Blick
497 auf die notwendige Mobilitätswende gerade im ländlichen Raum zu forcieren. Wir wollen
498 in „Smart Villages“ mindestens genauso viel investieren wie in „Smart Cities“. Ein
499 Schwerpunkt muss dabei das Leben im Alter sein. Die Digitalisierung bietet Chancen für
500 ältere Menschen, damit diese möglichst lange in ihrem Umfeld leben können.

501 Digitalisierte Stadt (Smart City)

502 Der Begriff „Smart City“ ist weit gefasst. Er umfasst z. B. das elektronische Antragswesen
503 und das Internet der Dinge, wozu etwa das intelligente Steuern des Straßenverkehrs, die
504 Optimierung der Ressourcen des öffentlichen Personennahverkehrs und viele weitere
505 Informationsverarbeitungen und Kommunikationswege gehören. Sinnvolle
506 Anwendungen können das Leben der Menschen erleichtern, Effizienzen heben und zur
507 Emissionsvermeidung beitragen. In vielen europäischen Ländern findet der gesamte
508 Antragsprozess (Ausweis-, Meldewesen etc.) bereits nur noch via Internet statt. Aus

509 unserer Sicht ist es den Kommunen zu ermöglichen, ihren Bürgern diese Werkzeuge an
510 die Hand zu geben. Insbesondere körperlich eingeschränkte Personen würden davon
511 profitieren. Viele deutsche Kommunen arbeiten bereits an der Digitalisierung ihrer
512 Verwaltung. Bei staatlichen Projekten ist darauf zu achten, dass mindestens die
513 allgemein anerkannten Regeln der Technik hinsichtlich Verschlüsselung und
514 Authentifizierung eingehalten werden. Die nötige Infrastruktur (insbesondere Server)
515 sollte sich innerhalb der EU befinden. Wir fordern die Unterstützung des Bundes für
516 Landkreise und Kommunen bei der Planung, Finanzierung und Ausführung der
517 notwendigen Bauvorhaben.

518 Handwerk / Mittelstand

519 Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er stellt den Großteil der
520 Arbeitsplätze, bietet Jugendlichen eine berufliche Ausbildung und trägt wesentlich zur
521 Wertschöpfung bei. Gerade kleinere Unternehmen und das Handwerk haben andere
522 Ansprüche an die Wirtschaftspolitik als global handelnde Konzerne. Sie sind häufig
523 inhaber- oder familiengeführt und stehen deshalb für eine gesellschaftliche Verankerung
524 und Verantwortung. Sie benötigen spezielle Voraussetzungen im Wettbewerb mit
525 Großkonzernen und sind einem großen Verdrängungswettbewerb ausgesetzt. Zugang zu
526 Wissen, Fachkräften und Kapital sind Grundbedingungen für ihren Erfolg, den wir
527 gewährleisten wollen.

528 Kleine und mittlere Unternehmen entlasten

529 Wir werden die Verwaltung umfassend modernisieren. Durch digitale Prozesse und
530 bessere Zusammenarbeit zwischen Behörden sollen Unternehmen Zeit und Geld sparen.
531 Überflüssige Dokumentationspflichten müssen schnell abgebaut werden. Unsere
532 Unternehmen müssen sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren können, d. h. keine
533 weiteren bürokratischen Belastungen. Gleichzeitig planen wir eine Steuerreform, die
534 besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entlastet. Höhere Freibeträge und
535 gestaffelte Steuersätze in der Gewerbesteuer sollen KMUs zu mehr Investitionen
536 ermutigen und so ihr Wachstum fördern.

537 Fachkräftesicherung vorantreiben

538 Ein zentraler Punkt für die Fachkräftesicherung ist die gleiche Wertschätzung von Meister-
539 und Masterabschlüssen, um die Attraktivität der beruflichen Bildung zu steigern. Zudem
540 setzen wir uns dafür ein, die duale Ausbildung zu stärken und noch attraktiver zu
541 gestalten, um junge Menschen für eine Karriere im Handwerk zu begeistern. Die
542 Berufsorientierung an Schulen wollen wir weiter ausbauen, damit Schüler frühzeitig die
543 vielfältigen Möglichkeiten im Handwerk kennenlernen. Darüber hinaus legen wir einen
544 besonderen Fokus auf die gezielte Förderung von Aus- und Weiterbildung im Handwerk,
545 um die Qualifikationen der Fachkräfte kontinuierlich an die sich wandelnden
546 Anforderungen anzupassen und ihre berufliche Entwicklung zu unterstützen.

547 **Arbeitszeiten flexibilisieren**

548 Damit sowohl Beschäftigte als auch Arbeitgeber die Chancen der Digitalisierung
549 umfassend nutzen können, bedarf es einer grundlegenden Flexibilisierung der
550 Arbeitszeitregeln. Dazu müssen Arbeitsprozesse künftig flexibilisiert und Regelungen
551 familienfreundlich ausgestaltet werden, ohne den Arbeitnehmer- und
552 Gesundheitsschutz aufzuweichen. Wir fordern eine Flexibilisierung der Arbeitszeit nach
553 EU-Arbeitszeitrichtlinie mit wöchentlicher statt täglicher Höchstarbeitszeit.

554 **Bürgergeld reformieren**

555 Wir fordern eine grundlegende Überprüfung und Reform des sogenannten Bürgergelds.
556 Um die sozial Bedürftigen auch künftig unterstützen zu können, müssen in Zeiten der
557 Personalknappheit in der Wirtschaft die Arbeitsfähigen gezielter zur Arbeit aufgefordert
558 werden. Arbeitsfähige, die zumutbare Arbeit ablehnen, dürfen nicht genauso versorgt
559 werden wie kranke Arbeitsunfähige. Es ist Zeit für eine gerechte und effiziente
560 Sozialpolitik, die Anreize zur Arbeitsaufnahme schafft und Missbrauch verhindert.

561 **Innovationen im Mittelstand fördern**

562 Kernpunkt unserer Wirtschaftspolitik ist die Förderung von Innovationen in Handwerk und
563 Mittelstand. Wir wollen ein Netzwerk schaffen, das den Wissensaustausch zwischen
564 Forschung und Mittelstand verstärkt. Förderprogramme und praktische Hilfestellungen
565 für die Digitalisierung von Handwerksbetrieben werden weiter ausgebaut. Ziel ist es, die
566 technologische Wettbewerbsfähigkeit von Handwerk/KMUs langfristig zu verbessern.

567 **Bild des Unternehmers wieder positiv besetzen**

568 Deutsche Unternehmerinnen und Unternehmer spielen die entscheidende Rolle in der
569 wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Ihr positives Image wollen wir stärken, Macher
570 und Unternehmer müssen wir unterstützen. Um Unternehmer und deren Verantwortung
571 öffentlich wertzuschätzen, starten wir eine breit angelegte Kommunikationskampagne.
572 Diese soll die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung mittelständischer
573 Unternehmen hervorheben und so qualifizierte Arbeitskräfte für diesen Bereich
574 gewinnen.

575 Wir setzen uns für die Einführung eines „Unternehmer-Bonus“ ein, der Unternehmen
576 belohnt, die überdurchschnittliche Löhne zahlen und nachhaltig in die Weiterbildung
577 ihrer Mitarbeiter investieren.

578 **Wertschöpfung und Kaufkraft in den Regionen stärken**

579 Wir wollen, dass möglichst viel Wertschöpfung und Kaufkraft in den Regionen gebunden
580 werden. Durch den Kauf regionaler Waren und Dienstleistungen stärken wir unsere
581 Heimat, sichern Arbeitsplätze vor Ort, verbessern die Steuerkraft der Gemeinden und

582 schonen unsere Umwelt und das Klima. Regionale Unternehmen und Produkte wollen wir
583 u. a. durch die Kampagne „Kauf lokal“ stärken.

584 Das Markenimage „Made in Germany“ verbessern

585 Wir wollen regionale Wertschöpfungsketten durch die Unterstützung lokaler Zulieferer
586 und Produzenten stärken, um die Abhängigkeit von ausländischen Partnern zu reduzieren
587 und die Qualität „Made in Germany“ zu sichern. Unsere Idee: gezielte Werbung für „Made
588 in Germany“ auf globalen Märkten, um das Vertrauen in deutsche Produkte wieder und
589 weiter zu festigen.

590 Meisterpflicht im Handwerk erhalten

591 Wir stehen zum Erhalt regulierter Berufe und zum damit eng verbundenen dualen
592 Ausbildungssystem. Der Meisterbrief steht für höchste Qualität und ist ein Gütesiegel
593 deutscher Handwerkskunst. Deswegen wollen wir mit Bildungsgutscheinen für die
594 Meisterausbildung dem Fachkräftemangel entgegenwirken. Wir konnten die
595 Meisterpflicht in einigen Gewerken zurückbringen und möchten diese auf weitere
596 Branchen wie beispielsweise auf die Kosmetik ausweiten. Der Mittelstand ist unser
597 Rückgrat. Wir werden nicht zulassen, dass die EU dieses bewährte System antastet.

598 Lieferkettengesetz für den Mittelstand aufheben

599 Das Gesetz konkretisiert, in welcher Form die Unternehmen ihre menschenrechtliche
600 Sorgfaltspflicht erfüllen müssen. Dazu gehört, dass sie menschenrechtliche Risiken
601 analysieren, Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergreifen, Beschwerdemöglichkeiten
602 einrichten und über ihre Aktivitäten berichten müssen. Wir unterstützen den
603 Grundgedanken, werden den Mittelstand aber keinesfalls durch überbordende
604 Bürokratie, die dieses Lieferkettengesetz mit sich bringt, noch mehr belasten, zumal
605 Menschenrechte, Sorgfaltspflicht, Beschwerdemöglichkeiten und das Berichtswesen
606 über das unternehmerische Handeln an anderen Stellen bereits geregelt sind.

607 Unsere Daseinsvorsorge vor weiterer Privatisierung schützen

608 Die grundlegenden Dienstleistungen, die wir für unser Leben brauchen, müssen unter der
609 Kontrolle des Staats stehen. Wir sorgen dafür, dass etwa Trinkwasser, Bildung und die
610 Gesundheitsversorgung weiterhin in öffentlicher Hand bleiben und nicht dem freien
611 Wettbewerb und dem Profitstreben ausgesetzt werden. Den Versuchen, diese sensiblen
612 Bereiche über Handelsabkommen oder das Europarecht anzutasten, stellen wir uns
613 weiterhin massiv entgegen.

614 Einzelhandel und Großhandel stärken

615 Wir setzen uns für die Förderung der regionalen Wirtschaft und lokaler Produkte ein. Wir
616 stärken die heimische Wirtschaft und die Direktvermarktung, indem wir den Abbau von
617 Bürokratie für lokale Händler unterstützen. Zudem fordern wir eine klare

618 Herkunftskennzeichnung für Produkte, um den Vertrieb regionaler Erzeugnisse zu
619 erleichtern und Verbrauchern bewusste Kaufentscheidungen zu ermöglichen. Ein
620 besonderer Fokus liegt auch auf dem Erhalt des Ernährungshandwerks, wie Metzgern und
621 Bäckern, die wichtige Akteure im lokalen Handel sind.

622 Stationären Handel unterstützen

623 Wir betrachten den stationären Handel als Rückgrat der Innenstädte und wollen ihn durch
624 gezielte Maßnahmen unterstützen. Dazu gehören eine Ausbildungsinitiative, die
625 Förderung des „Made in Germany“-Siegels sowie Programme zur Innenstadtbelebung
626 durch gezielte Förderprogramme und städtebauliche Maßnahmen. Wir setzen uns dafür
627 ein, die Krisen-Resilienz des Handels zu stärken und faire Wettbewerbsbedingungen
628 zwischen Online- und Offline-Handel zu gewährleisten, um die Bedeutung des
629 stationären Handels für die Grundversorgung der Bevölkerung sowie den
630 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern.

631 Berufsorientierung verbessern

632 Wir werden die Berufsorientierung verbessern, denn knapp die Hälfte aller
633 Ausbildungsbetriebe gibt an, dass realistischere Berufsvorstellungen von Jugendlichen
634 die Ausbildungsaktivität erleichtern würden. Um dies zu gewährleisten, braucht es eine
635 verbesserte Berufsorientierung von Schülerinnen und Schülern. Die bestehenden
636 Berufsorientierungsangebote sollten daher ausgebaut und praxisorientierter gestaltet
637 werden.

638 Zudem muss die Berufsorientierung als fester und umfassender Bestandteil in
639 schulischen Lehrplänen verankert werden. Insbesondere an Gymnasien darf der Fokus
640 bei der Berufsinformation nicht nur auf der akademischen Bildung liegen.

641 Berufliche Bildung aufwerten

642 Die „duale Ausbildung“ in Deutschland ist ein Erfolgsmodell, das sich über Jahrzehnte
643 bewährt hat. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass die Bundesrepublik eine der
644 niedrigsten Arbeitslosigkeitsquoten innerhalb der Europäischen Union vorweisen kann.
645 Der Arbeitsmarkt der Zukunft verlangt nach fachlich versierten, lernfähigen und flexiblen
646 Arbeitskräften. Erstausbildungen sollten grundsätzlich kostenfrei sein.

647 Aus- und Weiterbildung fördern

648 Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und Arbeitsplätze zu erhalten bzw.
649 zukunftsfähig zu machen, setzen wir auf eine umfassende Weiterbildungsoffensive. Dazu
650 gehören die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer aller
651 Altersgruppen, insbesondere im Bereich Digitalisierung/Neue Technologien, und die
652 Beseitigung von Hindernissen für die Erwachsenenbildung durch Informationsangebote
653 und neue Lernmethoden wie Fernunterricht.

654 Flüchtlingen in Ausbildung Bleiberecht gewähren

655 Wir wollen Planungssicherheit für die Wirtschaft und fordern, dass integrations- und
656 leistungswillige Flüchtlinge ihre Ausbildung abschließen und eine zweijährige Praxiszeit
657 absolvieren können, ehe ihr Aufenthaltsstatus neu bewertet wird. Falls der
658 Aufenthaltsstatus dann negativ bewertet wird, bleibt dem Flüchtling die Ausbildung und
659 damit die beste Entwicklungshilfe.

660 Den Innovationsstandort Deutschland durch Bildung zukunftsfest machen

661 Der Innovationsstandort Deutschland bietet beste Voraussetzungen für die Schaffung
662 und Sicherung von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte. Dies ist die Bedingung für
663 unseren Wohlstand und die Zukunft unseres Landes. Wir stehen deshalb für eine Politik,
664 die den Standort Deutschland für in- wie ausländische Unternehmen attraktiv hält und
665 durch gute Bildung die klugen Köpfe von morgen hervorbringt.

666 Die Bankenregulierung mittelstandsfreundlich gestalten

667 Wir fordern eine mittelstandsfreundliche Bankenregulierung auf allen Ebenen. Die
668 unverhältnismäßig hohen und bürokratischen Belastungen, die in den vergangenen
669 Jahren insbesondere kleinen und mittleren Kreditinstituten unnötig auferlegt wurden,
670 sind unverzüglich zurückzunehmen. Künftige Anpassungen sind in enger Abstimmung der
671 betroffenen Banken mit der deutschen Bankenaufsicht „sozial verträglich“ umzusetzen.
672 Die Kreditinstitute brauchen praktikable Lösungen und keine übersteigerten Hemmnisse.

673 Landwirtschaft für Deutschland

674 Die familiengeführte, bäuerliche Landwirtschaft ist für uns Grundvoraussetzung für einen
675 lebensfähigen und lebenswerten ländlichen Raum. Zum einen versorgt sie die
676 Bevölkerung mit hochwertigen, sicheren, regional erzeugten Nahrungsmitteln. Das bleibt
677 auch in Zukunft die Hauptaufgabe der Landwirtschaft. Zum anderen erfüllt sie
678 wirtschaftliche, soziale und umweltbezogene Aufgaben im ländlichen Raum. Unser Motto
679 lautet: Schützen durch Nützen. Wir halten eine eigentumsorientierte, nachhaltige Land-
680 und Forstwirtschaft sowie Fischereiwirtschaft und eine an Grund und Boden gebundene
681 Jagd für die Grundvoraussetzungen für den ländlichen Raum, der eine Heimat für alle
682 bietet. Die heimische Landwirtschaft und die vor- und nachgelagerten
683 Wirtschaftsbereiche brauchen einen starken Partner in der Politik.

684 Heimische Produktion

685 Die hohen heimischen Standards dürfen nicht durch Billigimporte unterlaufen werden,
686 die dazu führen, dass die Lebensmittelproduktion in andere Länder abwandert und
687 unsere Landwirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit verliert. Dies führt zu einer größer

688 werdenden Abhängigkeit von zumeist bei niedrigeren Standards produzierten
689 Lebensmittelimporten und gefährdet damit die Versorgung unserer Bevölkerung.

690 Landwirtschaftliche Fläche schützen

691 Wenn es um Flächenkonkurrenz für Infrastruktur, Wohnbebauung, Industrieansiedelung
692 oder auch für den Ausbau regenerativer Energie geht, ist landwirtschaftliche Fläche,
693 neben anderen Schutzgütern, als gleichberechtigtes „Schutzgut zur Ernährung von
694 Mensch und Tier“ zu betrachten. Politische Verpflichtungen zur Stilllegung von land- und
695 forstwirtschaftlichen Nutzflächen lehnen wir ab. Wir stehen für eine nachhaltige
696 Bodennutzung, in der die vielfältigen Flächenansprüche künftig strategisch gesteuert
697 werden. Im Bereich des Baurechts stehen wir für einen nutzungsintegrierten Ansatz: Neu
698 besiedelte Fläche darf nicht mehr mit landwirtschaftlicher Nutzfläche ausgeglichen
699 werden, da diese komplett aus der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung fällt. Gerade
700 im Ausbau für die Energieproduktion werden wir die Verpflichtungen für
701 Ausgleichsmaßnahmen abschaffen und gezielt Bauprojekte mit doppelter, also
702 zusätzlicher landwirtschaftlicher Nutzung, fördern, z. B. Agri-PV oder Tierwohl-
703 Hühnerhaltung.

704 Dünge- und Pflanzenschutzmittel praxisnah zulassen

705 Wir bieten praxisnahe Rahmenbedingungen, unter denen unsere Landwirte Lebensmittel
706 produzieren können. Dazu gehört die fachgerechte Zulassung von Dünge- und
707 Pflanzenschutzmitteln. Gesetze, die diesen Bereich betreffen, müssen besonders
708 sensiblen Folgeabschätzungen immer im Sinne der praxis- und fachgerechten
709 Umsetzungsmöglichkeiten unterzogen werden.

710 Vielfalt der Landwirtschaft erhalten

711 Wir fördern eine zukunftsfähige, umwelt- und sozialverträgliche Entwicklung unserer
712 vielfältigen Landwirtschaft im ländlichen Raum mit dem Ziel, unsere bäuerlichen
713 Betriebe zu stärken und zu erhalten. Wir wollen die Vielfalt der Landwirtschaft und
714 bestehende Kulturlandschaften erhalten und treten für eine praxisnahe Förderung des
715 ländlichen Raums ein. Außerdem wollen wir familiäre und regionale Strukturen erhalten,
716 stärken und ausbauen. Regionale Spezialitäten, besondere Bewirtschaftungsweisen und
717 eine regionale Verarbeitung sind auch ein Stück gelebte Kultur, die es weiterhin zu fördern
718 gilt. Wir stehen für Planungssicherheit und Verlässlichkeit in der Landwirtschaft und
719 somit für eine gesicherte Zukunft.

720 Diversifizierung der Betriebe fördern

721 Wir stärken die Diversifizierung unserer heimischen landwirtschaftlichen Betriebe und
722 fördern die Etablierung neuer Betriebszweige, wie beispielsweise in den Bereichen der
723 erneuerbaren Energien oder des Tourismus, die neue Einkommenschancen und eine
724 Vielzahl neuer Arbeitsplätze bieten.

725 Wettbewerbsnachteile ausgleichen

726 Wir stehen dafür ein, dass bestehende Wettbewerbsnachteile gegenüber Importwaren
727 weiterhin über die erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik angemessen ausgeglichen
728 werden müssen. Aufwendige Umweltleistungen, die von der Landwirtschaft erbracht
729 werden, müssen angemessen bezahlt werden. Die zahlreichen hochbürokratischen
730 Maßnahmen und Dokumentationspflichten sollen durch wenige fachlich sinnvolle
731 Maßnahmen ersetzt werden, um tatsächlich messbare Verbesserungen für die Vielfalt der
732 Landwirtschaft zu erreichen.

733 Bauernland in Bauernhand – Spekulationen eindämmen

734 Unsere landwirtschaftlichen Nutzflächen sind vorrangig die Basis für unsere
735 Lebensmittelproduktion. Eigentümer und Bewirtschafter müssen diesem
736 gesellschaftlichen Ziel nachkommen. Der Rückgang landwirtschaftlicher Nutzflächen
737 hat die Konkurrenz um den knappen Boden in Deutschland erhöht. Die bäuerlichen
738 Familienbetriebe geraten damit immer stärker unter Druck. Wir sprechen uns gegen
739 weitere Spekulationen mit Grund und Boden mit außerlandwirtschaftlichem Kapital aus.
740 Wir fordern eine deutschlandweite Regelung, die inhabergeführten Betrieben einen
741 Vorrang gewährt. Das Vorkaufsrecht steht ausschließlich der Landwirtschaft zu.
742 Umweltorganisationen, industriellen Unternehmen und anderen
743 außerlandwirtschaftlichen Institutionen darf kein Vorkaufsrecht eingeräumt werden.

744 Landwirtschaft bei Freihandelsabkommen schützen

745 Unsere Landwirtschaft darf nicht der Verlierer von EU-Freihandelsabkommen werden.
746 Aufgrund unserer hohen Standards ist sie in vielen Bereichen landwirtschaftlicher
747 Produktion anderen Ländern im Wettbewerb unterlegen. Importe müssen verpflichtend
748 und nachweislich unsere Standards einhalten. Freihandel darf nicht zu Lasten der
749 weltweiten Grund- und Trinkwasserreserven, des Klimaschutzes und der Biodiversität
750 gehen. Ökologie und Ökonomie müssen Hand in Hand gehen. Dem massiven Abbau von
751 Regenwald muss entschieden entgegengetreten werden. Deswegen setzen wir uns für
752 heimische Rohstoff-Alternativen ein. Für Palmöl, Grillkohle, Soja oder Rindfleisch dürfen
753 die Urwälder weltweit nicht weiter zerstört werden.

754 Regionale Anpassungsspielräume nutzen

755 Die 1962 eingeführte Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU ist eine Partnerschaft
756 zwischen der Landwirtschaft und der Gesellschaft, zwischen Europa und seinen
757 Landwirten. Die EU-Richtlinien sind Rahmenrichtlinien und Verordnungen, deren
758 Umsetzung den jeweiligen Mitgliedsländern obliegt. Anders als in anderen EU-Ländern
759 setzt Deutschland diese Vorgaben meist bundeseinheitlich ohne Berücksichtigung der
760 regionalen Besonderheiten um. Nationale Auflagen müssen im Sinne der Subsidiarität
761 entsprechend auf Länderebene übertragen werden. Regionale Anpassungsspielräume

762 sind auszuschöpfen. Wettbewerbsbenachteiligungen im Vergleich zum europäischen
763 Standard müssen ausgeglichen werden. Des Weiteren sprechen wir uns für die
764 Beibehaltung der Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete aus.

765 Bürokratie abbauen und Überregulierung stoppen

766 Deutschland überfordert die bäuerliche Landwirtschaft und mittelständische Betriebe
767 der Ernährungswirtschaft mit überbordenden bürokratischen Vorgaben. Und es kommen
768 jährlich immer noch mehr dazu. Diese Regulierungswut bietet keine Vorteile, sondern
769 führt zu extremen psychischen Belastungen und einem immer schnelleren Höfesterben
770 in Deutschland. Die Überregulierung in der Landwirtschaft muss gestoppt,
771 Verwaltungsaufgaben und Dokumentationspflichten müssen dringend vereinfacht und
772 reduziert werden. Maßgeblich müssen die einheitlichen europäischen Regelungen sein,
773 nach denen sich auch Deutschland zu richten hat. Kontrollen nach nationalem und
774 europäischem Recht, die den gleichen Bereich betreffen, müssen zusammengelegt und
775 die Kontrollen insgesamt auf ein gesundes, nachvollziehbares Maß reduziert werden.
776 Beim Einsatz von digitaler Kontrolltechnik muss es das Ziel sein, andere Kontrollformen
777 zu ersetzen und nicht die Kontrolle zu verdoppeln. Wir fordern, wieder mehr Vertrauen in
778 die aktiven Landwirte zu setzen und sie in ihren Bemühungen zu unterstützen, anstatt
779 immer neue verwaltungsrechtliche Erschwernisse zu schaffen. Maßnahmen müssen
780 erforderlich, angemessen, verlässlich und in der Praxis umsetzbar sein.

781 Landwirtschaftliche Betriebe steuerlich spürbar entlasten

782 Wir stehen für wirksame, für die Betriebe existenzsichernde und spürbare
783 Steuererleichterungen im Agrarbereich: Wir gestalten die steuerlichen
784 Rahmenbedingungen neu und werden die Landwirtschaft damit spürbar entlasten. Die
785 landwirtschaftliche Hofübergabe wird steuerfrei möglich sein: Wir sagen Nein zur
786 Erbschaftssteuer, denn durch sie ist die Existenz unserer landwirtschaftlichen Betriebe
787 beim Übergang auf die nächste Generation gefährdet. Dabei muss auch eine
788 Umgestaltung von Flächen zur Erzeugung erneuerbarer Energien schenkungssteuerfrei
789 werden. Wir überarbeiten die Regeln zur Vor- und Umsatzsteuer, so dass die
790 Umsatzsteuerpauschalierung die Landwirtschaft nicht zusätzlich belastet. Das
791 Berechnungsschema für unter § 24 UstG fallende Betriebe muss an die realen
792 Bedingungen vor Ort angepasst und EU-konform gestaltet werden. Ausnahmen von der
793 Pauschalierung bei der Urproduktion schaffen wir ab. Um Einkommensverluste durch
794 Natur- und Klimarisiken auszugleichen, führen wir eine Risikorücklage ein. Dies
795 entspricht dem Investitionsabzugsbetrag nach § 7g EStG für kleine und mittlere Betriebe.
796 So können wir eine weitere Beschneidung des landwirtschaftlichen Einkommens
797 verhindern. Abschreibungen von landwirtschaftlichen Gütern, vor allem in der
798 Tierhaltung, sind verlässlich bis zum Stichtag von Gesetzesänderungen zu ermöglichen.
799 Dabei müssen ein verbindlicher Bestandsschutz und eine klare Planbarkeit bis zum Ende

800 der Abschreibung gewährleistet sein. Wir halten mit der Rücknahme der
801 Agrardieselmrückstellungen Wort und sorgen dafür, dass die Beantragung wieder in
802 ursprünglicher Höhe ermöglicht wird oder dass, nach dem Vorbild der übrigen EU-Länder
803 zur Herstellung der Wettbewerbsgleichheit, ein eigener Agrardieselsatz eingeführt wird.

804 Bildung, Forschung und Innovationen

805 Klimatische Veränderungen und Extremwetterereignisse, wie beispielsweise
806 Hitzeperioden und Starkregen, fordern in der Landwirtschaft Bewirtschaftungsweisen
807 und Technik, die auch künftig die Lebensmittelproduktion gewährleisten können. Neue
808 Möglichkeiten dafür zeigen Forschung und Innovationen auf. Wir fordern, dass
809 Erkenntnisse aus der Agrarforschung direkt nicht nur auf Hochschul- bzw. Institutsebene,
810 sondern besonders eng mit den landwirtschaftlichen Praktikern ausgetauscht werden.

811 Durch neue Zuchtlinien sichere Ernteergebnisse gewährleisten

812 Wir sehen eine große Chance für unsere Landwirtschaft, durch neue Zuchtlinien sowie
813 durch eine größere Resilienz gegenüber sich verändernden klimatischen Bedingungen,
814 Krankheiten und Schaderregern weiterhin sichere Ernteergebnisse zu erwirtschaften.
815 Auch im Hinblick auf die weltweite Versorgung der rasant steigenden Weltbevölkerung
816 fordern wir eine starke Fokussierung auf die Züchtung von Öl- und Proteinpflanzen.

817 Biopatente in der Züchtung verhindern

818 Biopatente in der Züchtung lehnen wir ab. Grundsätzlich wird es mit uns keine Patente,
819 die sich auf biologisches Material oder genetische Ressourcen von Tieren oder Pflanzen
820 beziehen, geben.

821 Digitalisierung der Landwirtschaft beschleunigen

822 Um die Digitalisierung in der Landwirtschaft zu ermöglichen, fordern wir die ausreichende
823 Netzabdeckung mit 5G- bzw. mindestens LTE-Mobilfunk an jedem Fleck
824 landwirtschaftlicher Nutzfläche in Deutschland. Gleiches gilt für den Anschluss an ein
825 Glasfasernetz buchstäblich „bis zum letzten Weiler“. Im Bereich des „Smart Farming“
826 sowohl auf dem Acker als auch im Stall ist sicherzustellen, dass die Daten immer
827 Eigentum der Anwender bleiben und sie jederzeit die Hoheit über ihre eigenen Daten
828 behalten. Daten für die Satellitennavigation (RTK) sind den Landwirten deutschlandweit
829 kostenlos zur Verfügung zu stellen. Im Bereich der Sensorik, Regeltechnik und Software
830 ist für einheitliche Schnittstellen und Standards über alle Anbieter hinweg zu sorgen.

831 Ausbildung in den Grünen Berufen bewerben

832 Der Fachkräftemangel macht sich auch in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft
833 bemerkbar. Bereits jetzt hat Deutschland die weltweit am besten ausgebildeten
834 Fachkräfte in den Grünen Berufen. Und das soll auch so bleiben. Durch den
835 demografischen Wandel scheiden in den nächsten Jahren viele Berufstätige aus dem

836 Erwerbsleben aus. Hier wollen wir gezielt die Ausbildungsberufe in der Land-, Forst- und
837 Fischereiwirtschaft fördern. Wir bieten damit unseren jungen Menschen eine
838 zukunftsfähige Berufsperspektive, um auch künftig am Arbeitsmarkt zu bestehen und
839 unsere Versorgung zu sichern.

840 Den Dialog zwischen Landwirtschaft, Verbrauchern und Politik intensivieren

841 Wir brauchen eine Intensivierung des Dialoges zwischen Verbrauchern, Landwirten und
842 politisch Verantwortlichen. Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der Landwirtschaft
843 stärken und die Wertschätzung für unsere heimische Landwirtschaft steigern.
844 Wissenschaftliche Erkenntnisse und praxisnahe Sachargumentation müssen Klarheit
845 schaffen gegenüber emotional geführten Kampagnen.

846 Tierhaltung

847 Tierzucht und Tierhaltung sind wichtige Standbeine der deutschen Landwirtschaft. Eine
848 nachhaltige Landwirtschaft funktioniert nur mit Tierhaltung. Die erwerbsmäßige Haltung
849 von Tieren in Deutschland erfolgt zu weltweit höchsten Standards. Das Tierwohl nimmt in
850 unseren bäuerlichen Familienbetrieben einen großen Stellenwert ein. Wir unterstützen
851 nachdrücklich die Weiterentwicklung der Tierhaltungsbedingungen zu mehr Tierwohl.
852 Allerdings dürfen sich eine Verbesserung der Tierhaltungsbedingungen und der
853 wirtschaftliche Erfolg bäuerlicher Strukturen nicht gegenseitig ausschließen.

854 Investitionen in Tierwohl fördern

855 Mehr Tierwohl gibt es nicht zum Nulltarif. Wir stehen für verlässliche
856 Rahmenbedingungen in der Tierhaltung und honorieren langfristig die Anstrengungen in
857 der Landwirtschaft für die Umsetzung höherer Standards. Wir fordern attraktive
858 Investitionsförderungen und faire Erzeugerpreise am Markt. Wir sorgen für verlässliche
859 Rahmenbedingungen mit langfristiger Planungssicherheit für unsere
860 landwirtschaftlichen Betriebe.

861 Abwanderung der Tierhaltung verhindern

862 Wir lehnen alle Regelungen ab, die dazu führen, dass die Produktion tierisch erzeugter
863 Lebensmittel aus Deutschland in andere EU-Staaten oder Nicht-EU-Länder abwandert.
864 In diesen Ländern, in denen das Tierwohl eine andere politische und gesellschaftliche
865 Priorität hat, werden Lebensmittel oftmals mit viel geringeren Tierwohl- und
866 Umweltstandards als in Deutschland erzeugt.

867 Wolfspopulationen reduzieren

868 Wölfe, Bären und Luchse sind in Deutschland Spitzenprädatoren ohne natürliche Feinde.
869 Die ungehemmte Ausbreitung der Wolfspopulation in Deutschland gefährdet unsere
870 Weidewirtschaft. Der Erhaltungsstatus des Wolfes ist in unserem Land bereits erreicht
871 und muss offiziell festgestellt werden. Daher fordern wir die Herabsetzung seines

872 Schutzstatus in Deutschland. Die Zahl der Wolfsübergriffe, besonders auf Schaf- und
873 Rinderherden, nimmt exponentiell zu. Sie stellen eine erhebliche Gefahr für
874 Weidetierhaltung, Küstenschutz, Almwirtschaft und die Diversität unserer
875 Kulturlandschaft dar. Aktuelle Maßnahmen des Wolfsmanagements sowie zum
876 Herdenschutz sind wirkungslos oder sind baulich nicht umsetzbar. Wir werden die
877 gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, dass Wölfe einer deutschlandweit
878 einheitlich geregelten Jagd unterzogen werden, mit einer Schonzeit während der
879 Welpenaufzucht. Wir sorgen dafür, dass alle Schäden, die durch große Beutegreifer, also
880 Wolf, Bär oder Luchs erfolgen, mit dem Zuchtwert bzw. dem Marktwert entschädigt
881 werden. Eine Höchstgrenze darf es dabei nicht geben. Solange ein Übergriff nicht
882 einwandfrei Wolf, Wolfshybriden, Goldschakal oder Bär zugeordnet werden kann, muss
883 die Beweislastumkehr gelten: Die Beweislast liegt bei der Behörde.

884 Rechte von Landwirten schützen

885 Wir stehen für unsere deutschen Landwirte und auch für ihre Rechte ein. Wir werden
886 entschieden illegalen Handlungen, wie beispielsweise Einbrüchen in Ställe, Bild- und
887 Tonaufnahmen ohne Einverständnis des Tierhalters sowie Sabotageaktionen,
888 entgegentreten. Die Persönlichkeitsrechte müssen zwingend eingehalten werden.

889 Vermarktung

890 In Deutschland wird der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) zu 84 Prozent von vier
891 Konzernen beherrscht. Dieses Oligopol missbraucht seine Marktmacht gegenüber den
892 landwirtschaftlichen Erzeugern, Erzeugergemeinschaften, Molkereien, Schlachtern und
893 den vor- und nachgelagerten Bereichen, um Einkaufspreise unter die eigentlichen
894 Erzeugungskosten zu drücken und höhere Verbraucherpreise zu generieren.

895 Versorgungssicherheit erhöhen und Landwirtschaft gegenüber 896 Lebensmitteleinzelhandel stärken

897 Durch langfristige Handelspartnerschaften mit der heimischen Lebensmittelwirtschaft
898 muss der LEH für Versorgungssicherheit und Regionalität von Nahrungsmitteln sorgen.
899 Unfaire Handelspraktiken, wie Zahlungsziele nach dem Verkauf der Ware, Regalmieten
900 oder die Zwangsrücknahme von unverkaufter Frischware, müssen unterbunden werden.

901 Vielfältige regionale Wertschöpfung stärken

902 Wir wollen durch die Förderung von Direktvermarktung und besonders
903 tierschutzgerechten Lösungen, wie beispielsweise bei der Hofschlachtung oder der
904 Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, die Produktion und den Verkauf
905 regional erzeugter Produkte unterstützen. Dabei gilt es, die Marktposition der
906 Landwirtschaft zu stärken. So bleibt die Wertschöpfung in der Region und die bäuerliche
907 Landwirtschaft erhält eine echte Zukunftsperspektive. Die kurzen Wege zwischen
908 Produzent und Verbraucher sind umweltfreundlich. Die Nahversorgung ist ein wichtiger

909 Faktor im ländlichen Raum. Wir fordern das Einhalten von einheitlichen EU-Standards
910 ohne deutsche Zusatzregelungen. So ist u. a. die Direktvermarktung von der
911 Verpackungsrichtlinie auszunehmen oder die Auflagen bei der Verarbeitung von Fleisch
912 und Milch zu verändern.

913 Bioenergie

914 Die Bioenergie stellt heute den größten Anteil an der Bereitstellung erneuerbarer Energien
915 in Deutschland dar. Sie ist als grundlastfähige Energiequelle unverzichtbar. Bioenergie ist
916 eine große Wertschöpfungsquelle für die Land- und Forstwirtschaft und für die ländlichen
917 Räume.

918 Einspeisevergütung für Bioenergie weiterführen

919 Wir setzen uns für eine Novelle des EEG ein und werden die Rahmenbedingungen für die
920 Produktion von Bioenergie in Deutschland anpassen. Wir fordern die langjährige
921 Weiterführung einer wirtschaftlich tragbaren Einspeisevergütung.

922 Biogasproduktion ausbauen

923 Das Reservoir von verwertbaren Reststoffen aus Landwirtschaft, Handel und Industrie
924 muss für unsere Biogasproduktion weiter gehoben werden. Wir fordern die Zulassung von
925 weiteren Bioreststoffen für die Biogasproduktion im Einklang mit einheitlichen
926 europäischen Regelungen. Biogas ist vielfältig, denn es produziert nicht nur Energie und
927 Wärme, sondern auch Biomethan als Erdgasersatz, welches als Kraftstoff oder Brennstoff
928 für die Wärmeerzeugung genutzt werden kann. Der flexible Ausbau von
929 Biogaskraftwerken ist gerade in Zeiten der Energieknappheit wichtig. Hier werden wir
930 nachbessern, damit Biomasse als Eckpfeiler für das Gelingen der Energiewende erhalten
931 bleibt, wobei die Balance zwischen Nahrungsmittel- und Energieproduktion auf
932 landwirtschaftlichen Flächen weiterhin gewährleistet sein muss.

933 Vermarktung vereinfachen

934 Wir stärken die Versorgung mit dezentral im ländlichen Raum produzierter Energie und
935 sorgen für Vereinfachungen und neue Rahmenbedingungen für Bioenergieproduzenten in
936 der Energievermarktung.

937 Durchleitungsentschädigung schaffen

938 Wir fordern eine faire und dauerhafte Vergütung aller Eigentümer, die ihre Flächen für den
939 bundesweiten Netzausbau zur Verfügung stellen. Hier muss es bundesweit einheitliche
940 Vereinbarungen geben. Ein einmaliges „Abspeisen“ der Grundstückseigentümer ist
941 ungerecht und wird von uns abgelehnt. Ein naturschutzrechtlicher Ausgleich muss bei
942 ökologischen Maßnahmen ausgeschlossen werden.

943 Waldbewirtschaftung vor zentralistischer Überregulierung schützen

944 Wir lehnen die aktuellen Bestrebungen einer Novellierung des Bundeswaldgesetzes mit
945 den zahlreichen neuen Regelungen und Vorgaben bis ins kleinste Detail ab. Dieser
946 Gesetzesentwurf hat eine Überregulierung zur Folge und gefährdet Wälder,
947 Waldbesitzerfamilien und die Forstwirtschaft. Jedes Bundesland hat durch die
948 unterschiedlichen natürlichen Gegebenheiten eigene Herausforderungen, um dem Ziel,
949 einer zukunftsfähigen, klimastabilen Waldbewirtschaftung näher zu kommen. Es bedarf
950 waldbaulichen Spielraums, um den Umbau unserer heimischen Forstbestände
951 voranzutreiben. Wir fordern eine gezielte Beratung für Waldeigentümer und effiziente
952 Förderprogramme, die unseren deutschen Wald als Ganzes widerstandsfähiger machen.

953 Fischerei und Teichwirtschaft fördern

954 Die Fischerei in Deutschland ist ein traditioneller Bestandteil der Wirtschaft und Kultur an
955 der Küste, aber auch an Flüssen, Seen, Teichen und in immer mehr Betrieben mit
956 Aquakultur in ländlichen Räumen. See- und Binnenfischerei sowie die Teichwirtschaften
957 sind ein kulturelles Erbe, das nicht zuletzt auch von touristischer Bedeutung ist. Aktuell
958 steht die See- und Binnenfischerei vor großen Herausforderungen, inklusive strenger
959 Naturschutzauflagen. Speziell für die Seefischerei kommen die teils ungünstigen
960 Bestandszustände und der Verlust von Fanggebieten durch den Brexit hinzu. Klimatische
961 Veränderungen und damit veränderte Lebensbedingungen für Fische und andere
962 Wasserlebewesen erhöhen zusätzlich den Druck auf Bestände und Unternehmen. Neben
963 der Flussfischerei erfüllt auch die Teichwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur
964 Lebensmittelsicherung und darüber hinaus zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Wir
965 unterstützen daher eine gezielte Förderung der Teichwirtschaft. Wir fordern das aktive
966 Management der natürlichen Fressfeinde wie Otter und Kormorane, die unter
967 Schutzstatus stehen. Wir treten für den Erhalt des Berufsstandes der Fischerei sowie der
968 Kutter- und Küstenfischerei ein. Wir fördern den nachhaltigen Fischfang sowie den
969 Ausbau der Aquakultur.

970 Angeln in Deutschland stärken

971 Das Angeln gehört zu den ältesten Traditionen in Deutschland. Damit wir dieses Kulturgut
972 auch in Zukunft bewahren und weiterführen können, setzen wir uns für einen Schutz des
973 Angelns ein und wollen dafür die Strukturen nachhaltig stärken. Angler sind nicht nur
974 Nutzer der Natur, sondern auch deren Schützer. Sie halten eingewanderte Arten in
975 Schach und sind meist die Ersten, die auf Einleitungen, schlechte Gewässerzustände und
976 ähnliches aufmerksam machen. Dadurch könnten gewässerschädliche Zustände schnell
977 abgestellt werden. Angeln ist eine nachhaltige Freizeitbeschäftigung mit vielen
978 ökonomischen und ökologischen Vorteilen für die Gesellschaft. Wir wollen, dass Angler
979 auf möglichst vielen Gewässerflächen, sowie an Nord- und Ostsee Ihrem Hobby
980 nachgehen können. Angelverbote, oder eine Schlechterstellung gegenüber dem

981 kommerziellen Fischfang lehnen wir ab. Angler bezahlen bundesweit für ihr Recht zu
982 angeln.

983 Solide und generationengerechte Finanzen für 984 Deutschland

985 Eine solide Haushaltspolitik ist die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Wir
986 setzen uns für die anhaltende Generationengerechtigkeit ein. Der Staat muss
987 handlungsfähig bleiben, damit er auch in Krisenzeiten noch reagieren kann. Wir wollen
988 das mit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik für Deutschland und die EU
989 erreichen. Aus dem Ruder laufende deutsche Haftungsrisiken für die EU sind abzulehnen.

990 Schuldenbremse beibehalten

991 Wir setzen uns konsequent für einen verfassungskonformen Bundeshaushalt ein. Die
992 Einhaltung der Vorgaben des Grundgesetzes ist für uns nicht verhandelbar. Trickreiche
993 Gestaltung oder Schattenhaushalte lehnen wir entschieden ab. Die Schuldenbremse hat
994 sich als wirksames Instrument zur Begrenzung der Staatsverschuldung bewährt. Wir
995 stehen zu diesem Verfassungsgebot und lehnen Versuche, die Schuldenbremse
996 aufzuweichen oder zu umgehen, entschieden ab. Gleichwohl dürfen Haushaltsregeln
997 nicht die dringend notwendige Modernisierung des Landes aufhalten. Deshalb halten wir
998 an unserer Forderung nach einer Investitionsklausel für einige wenige elementare
999 Vorhaben von überragender Bedeutung – etwa in Form eines investiven
1000 Sondervermögens – unter Beibehaltung der Schuldenbremse fest.

1001 Finanzlage der Kommunen verbessern

1002 Die Finanzsituation vieler deutscher Städte und Gemeinden ist nach wie vor angespannt.
1003 Sie haben allein 40 Milliarden Euro in sogenannten Kassenkrediten zur kurzfristigen
1004 Finanzierung ihrer Kernaufgaben aufgenommen. Diese Situation ist Folge einer
1005 jahrzehntelangen chronischen Unterfinanzierung der kommunalen Ebene. Wir stehen
1006 deshalb für eine grundlegende Reform der Kommunalfinanzierung und wollen eine
1007 Altschuldenreduktion erreichen. Hieran muss auch die Bundesebene beteiligt werden.
1008 Unsere Kommunen müssen leistungs- und handlungsfähig bleiben.

1009 Leistungsbereitschaft erhöhen, Steuerfreibetrag auf 2000 Euro 1010 anheben

1011 Leistung muss sich wieder lohnen. Wir müssen deshalb den Mut aufbringen, die
1012 Einkommensteuerkurve schrittweise nach rechts zu verschieben und mit der
1013 Steuerpflicht nicht schon ab dem Freibetrag von 11.784 Euro im Jahr zu beginnen,
1014 sondern erst ab 24.000 Euro, also einem monatlichen Freibetrag von 2000 Euro. Mit dieser

1015 Entlastung möchten wir die Leistungsbereitschaft stärken und den Arbeitnehmern eine
1016 faire Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg ermöglichen. Wenn Arbeitnehmer wieder mehr
1017 Netto vom Brutto bekommen, entlasten wir damit auch die Arbeitgeber, welche weniger
1018 Lohnkosten aufwenden müssen. Auch die steuerfreie Hinzuverdienstgrenze für Rentner
1019 wollen wir auf 2000 Euro pro Monat anheben.

1020 Subventionssystem grundlegend reformieren

1021 Subventionen müssen zielgerichtet und zeitlich begrenzt sein. Wir fordern eine
1022 grundlegende Reform des Subventionssystems. Dazu gehören u. a. die regelmäßige
1023 Überprüfung aller Subventionen auf ihre Wirksamkeit und der Abbau von
1024 klimaschädlichen Subventionen.

1025 Steuerverschwendung bekämpfen

1026 Der sorgsame Umgang mit Steuergeldern hat für uns höchste Priorität. Wir setzen uns für
1027 eine konsequente Bekämpfung von Steuerverschwendung und den Abbau von Bürokratie
1028 zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen ein. Hierfür setzen wir auf eine
1029 grundlegende Digitalisierung und Modernisierung der Finanzverwaltung.

1030 Kleine und mittlere Einkommen entlasten, Steuerhinterziehung 1031 bekämpfen

1032 Wir streben ein faires und leistungsgerechtes Steuersystem an. Dazu gehören für uns
1033 Entlastungen von kleinen und mittleren Einkommen, die Bekämpfung von
1034 Steuerhinterziehung und aggressiver Steuervermeidung sowie eine Vereinfachung des
1035 Steuersystems.

1036 Vergemeinschaftung von Schulden in der EU verhindern

1037 Wir lehnen eine Vergemeinschaftung von Schulden auf EU-Ebene entschieden ab. Wir
1038 wollen zum Verschuldungsverbot der EU zurückkehren und die mit dem
1039 Wiederaufbaufonds geschaffene EU-Verschuldung schnellstmöglich beenden.

1040 Entlastung für den Mittelstand

1041 Wir setzen uns für ein einfaches, transparentes und gerechtes Steuersystem ein, das
1042 insbesondere freie Berufe sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) entlastet und
1043 fördert. Unser Ziel ist es, Leistung zu belohnen, Bürokratie abzubauen und Investitionen
1044 zu erleichtern. Neben unserer Forderung nach einer Erhöhung des Grundfreibetrags auf
1045 24.000 Euro pro Jahr fordern wir die Anhebung der Grenze für Kleinunternehmer von
1046 22.000 Euro auf 35.000 Euro Jahresumsatz sowie die Erhöhung der
1047 Abschreibungsgrenzen für geringwertige Wirtschaftsgüter auf 3.500 Euro.

1048 Bürokratie abbauen

1049 Wir fordern die konsequente Umsetzung einer „Onein, two out“-Regel. Für jede neue
1050 bürokratische Belastung müssen zwei bestehende Vorgaben abgeschafft werden.
1051 Gleichzeitig setzen wir auf die Vereinfachung der Steuererklärung für Selbstständige und
1052 Freiberufler durch Pauschalierungen und digitale Lösungen.

1053 Investitionen und Innovation fördern

1054 Wir wollen eine steuerliche Forschungsförderung für KMU mit Steuergutschriften von 25
1055 Prozent der Forschungs- und Entwicklungsausgaben einführen. Wir setzen auf eine
1056 Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten für Digitalisierungsinvestitionen und
1057 setzen auf die Schaffung eines Zukunftsfonds zur Förderung innovativer Start-ups und
1058 Mittelständler.

1059 Erbschaftssteuer abschaffen

1060 Wir setzen zum Schutz von mittelständischen, familiengeführten Unternehmen auf eine
1061 Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer.

1062 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

1063 Um den Wirtschaftsstandort Deutschland im internationalen Vergleich attraktiver zu
1064 gestalten, sind Innovationsanreize zu setzen, Bürokratie abzubauen und die
1065 Besteuerungen zu vereinfachen. Auch die finanzielle Unterstützung von Start-ups in ihrer
1066 späten Wachstumsphase dient der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland.
1067 Ein attraktiver Wirtschaftsstandort zeichnet sich durch gute Infrastruktur, auch in
1068 ländlichen Gebieten sowie ein hohes Niveau der Schulbildung und Qualifikation der
1069 Arbeitskräfte aus.

1070 Standortfaktoren verbessern

1071 Wir werden durch mehr Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten,
1072 Bildungseinrichtungen und Unternehmen für steigende Investitionen im Bereich F+E
1073 werben.

1074 Mobilität für Deutschland

1075 Politischen Handlungsbedarf sehen wir im Ausbau und in der Finanzierung des
1076 öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Fahrradverkehrs. Die Finanzierung
1077 des ÖPNV muss dringend geklärt werden. Wir befürworten ein Deutschland-Ticket, dies
1078 darf jedoch nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Aktuell geben Bund und Länder den
1079 Preis für das Deutschland-Ticket vor und überlassen den Kommunen die Frage der
1080 Deckung des Defizites. Hier muss dringend der Grundsatz der Konnexität gewahrt
1081 werden. Verbote oder Förderungen einzelner Technologien erachten wir auch im

1082 Mobilitätssektor für den falschen Weg. Treibhausgasemissionen sowie die Nachhaltigkeit
1083 von Herstellung, Transport und Nutzung der Kraftstoffe sollten die einzigen Maßstäbe für
1084 die politische Lenkung sein. Eine einseitige Förderung einer Technologie lehnen wir ab. Für
1085 diese ergibt sich allein aus der CO₂-Bepreisung bereits ein Wettbewerbsvorteil.

1086 EU-Verbrennerverbot stoppen

1087 Wir setzen auf Technologieoffenheit statt Verbots-Politik und lehnen das EU-
1088 Verbrennerverbot ab dem Jahr 2035 ab. Das geplante Verbot wird zur Abwanderung von
1089 Technik und Produktion aus Deutschland in andere Regionen führen. Weltweit wird der
1090 Verbrenner noch jahrzehntelang eine Rolle spielen. Der Wettbewerb am Markt steigt,
1091 gerade auch die Konkurrenz aus China. Umso wichtiger sind in der Automobilindustrie
1092 jetzt Modernisierung, Kostensenkung, Weiterbildung und Weiterqualifizierung, damit die
1093 betroffenen Menschen neue Arbeitsplätze finden. Die konstruktive Begleitung dieser
1094 Transformation hat eine hohe Priorität. Wir unterstützen hier etwa mit
1095 Technologieförderungen, um die Modernisierung in den Unternehmen zu beschleunigen.
1096 Wir lehnen die drohenden EU-Strafzahlungen für deutsche Autohersteller wegen
1097 Nichterreichung der neuen CO₂-Flottenziele ab. Es kann nicht sein, dass die
1098 Autohersteller Strafen in Millionenhöhe an die EU zahlen sollen, weil die Kunden lieber
1099 Verbrenner als Elektroautos kaufen.

1100 Klimafreundliche Mobilität technologieoffen fördern

1101 E-Fuels, Biokraftstoff, Gas, Wasserstoff, leitungsgebundene oder batteriebetriebene
1102 Elektromobilität können wichtige Bausteine für den klimafreundlichen Umbau des
1103 Verkehrssektors sein, vorausgesetzt der Treibstoff wird nachhaltig erzeugt. Aufgabe der
1104 Politik ist die Förderung von Forschung und Entwicklung in allen Technologien sowie die
1105 Schaffung eines Preisbestandteils, der technologieoffen, transparent und verlässlich den
1106 wahren Treibhausgaseffekt bepreist. Für die Luftfahrt bedeutet dies kein Verbot. Jedoch
1107 ist die Branche gezwungen, ihre Antriebstechnologien klimafreundlich
1108 weiterzuentwickeln, damit sie bezahlbare Dienstleistungen anbieten kann. Verlässliche
1109 politische Rahmenbedingungen, die eine Bepreisung der CO₂-Äquivalente über einen
1110 Zertifikate-Handel langfristig festschreiben, schaffen die Voraussetzung dafür, dass die
1111 Branche in die Entwicklung und den Umstieg investiert. Wir sehen eine Chance im Ausbau
1112 der Elektromobilität. Diese kann über Leitungen, etwa bei Straßenbahnen, Seilbahnen
1113 oder Oberleitungsbussen, erfolgen. Meist wird sie wegen geringerer
1114 Infrastrukturanforderungen batteriebetrieben eintreten. Deswegen setzen wir uns für die
1115 weitere Forschung zur Entwicklung sowie Etablierung neuer, nachhaltigerer Speicher ein.
1116 Ein Recycling der Batterien muss aufgebaut und sichere Techniken für Rettungskräfte
1117 entwickelt werden. Eine emissionsfreie Mobilität steigert vor allem in Städten die
1118 Lebensqualität. Elektro-, Wasserstoff- und Erdgasbusse im öffentlichen Nahverkehr
1119 leisten einen wichtigen Beitrag.

1120 Güterverkehr von der Straße auf die Schiene und aufs Wasser verlegen

1121 Wir wollen Anreize schaffen, um den Güterverkehr auf klimafreundlichere Verkehrswege
1122 wie Schienen- und Wasserstraßen zu verlegen. Die Trassen für den Güterverkehr müssen
1123 ausgebaut und dabei aus den Wohnbereichen herausgeholt werden. Vor allem
1124 Gefahrguttransporte sollten nicht inmitten von Wohnbebauungen rollen. Deutschland
1125 bremst durch Nichtstun trotz vertraglicher Zusicherung den europäischen Gütertransport
1126 zwischen Genua und Rotterdam aus und belastet die Anwohner der bestehenden
1127 Strecken im Übermaß. Wir treten für umfassende Investitionen in Güterverkehrsstraßen
1128 ein.

1129 Europäische Hauptstädte verbinden

1130 Wir unterstützen den Ausbau eines schnellen Schienenverkehrs zwischen den
1131 europäischen Metropolen. Gute Taktungen und Nachtverbindungen sollen eine echte
1132 Alternative zum Flugverkehr bieten. Wir setzen uns für die Schaffung eines europäischen
1133 Verkehrsverbundsystems ein, das den Kauf von grenzübergreifend gültigen Tickets
1134 vereinfacht und Abos ermöglicht (Bahncard Europa). Unsere Mobilität ist im Umbruch.
1135 Viele Innovationen werden gerade entwickelt und der schnelle Transport von Menschen
1136 und Gütern innerhalb Europas wird immer wichtiger. Mit der „Hyperloop“-Technologie
1137 können wir uns in Europa künftig mit bis zu Schallgeschwindigkeit bewegen und die
1138 Reisezeit zwischen unseren Städten erheblich verkürzen. Europa wollen wir zum
1139 Leitmarkt und Leitanbieter dieser Technologie entwickeln.

1140 Stillgelegte Bahnstrecken reaktivieren

1141 Mit der Neubelebung stillgelegter Eisenbahnstrecken könnten mehr als drei Millionen
1142 Menschen in Deutschland wieder ans Schienennetz angebunden werden. Wir wollen
1143 Bahnstrecken in ländlichen Regionen leichter wieder in Betrieb nehmen können. Die
1144 Anbindung ländlicher Regionen an den Schienenverkehr darf nicht an fehlenden
1145 Investitionen scheitern. Wer ein Deutschland-Ticket vermarktet, sollte auch ganz
1146 Deutschland damit verbinden.

1147 Generelles Tempolimit auf Autobahnen verhindern

1148 Wir sind gegen die Forderungen, ein generelles Tempolimit auf Autobahnen einzuführen.
1149 Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten ausschließlich der Sicherheit oder dem
1150 Anwohnerschutz dienen. Für den Klimaschutz halten wir andere Lenkungsmaßnahmen
1151 wie die CO₂-Bepreisung für angemessener.

1152 Luft- und Lärmbelastungen senken

1153 Gesundheitsschädlicher und für das Wohlbefinden nicht zumutbarer Lärm und
1154 Luftverschmutzungen im Umfeld von Flughäfen, Straßen und Schienen müssen im Sinne
1155 der betroffenen Bürger reduziert werden. Feinstaub- und Stickoxidbelastungen sollten

1156 durch die Hersteller der Fahrzeuge vermieden werden. Als eigenständiger Tatbestand
1157 neben den Treibhausgasemissionen sollte auch dieser Aspekt Berücksichtigung finden.
1158 Fahrverbote müssen durch Innovationen vermieden werden. Dennoch sollen Kommunen
1159 weiterhin die Möglichkeit haben, durch eigene Ge- und Verbote die Luft- und
1160 Lärmbelastungen zu regulieren. Die Überprüfung der Einhaltung von aktuell schon
1161 bestehenden Regulierungen muss immer Vorrang vor der Schaffung schärferer Gesetze
1162 haben. Nicht die kollektive Bestrafung ganzer Nutzergruppen, sondern die Einhaltung der
1163 angemessenen Regeln muss der Maßstab staatlichen Handelns sein. Die Verfolgung von
1164 Verstößen muss von staatlicher Seite zum Schutz der Anwohner gewährleistet werden.
1165 Die Vermeidung von Lärm- und Feinstaubbelastungen durch den Schienenverkehr muss
1166 weiterverfolgt werden.

1167 Maut für Individualverkehr verhindern

1168 Wir haben uns von Anfang an gegen die Einführung einer Maut für den Individualverkehr
1169 auf deutschen Straßen eingesetzt. Wir werden uns weiterhin gegen eine Wiederauflage
1170 des bereits gescheiterten Einführungsversuchs starkmachen. Es entspricht nicht unserer
1171 Vorstellung von europäischer Zusammenarbeit, wenn Gleiches mit Gleichem vergolten
1172 wird. Deswegen wollen wir uns auch in diesem Fall auf unser Ziel konzentrieren: Wir
1173 wollen, dass die Bürger in ganz Europa freie Fahrt haben. Wir wollen deshalb ein
1174 mautfreies Europa für den privaten Verkehr. Die für das europäische Verkehrsnetz
1175 relevanten Straßen müssen deshalb eine Gemeinschaftsaufgabe werden.

1176 Privatisierung unserer Verkehrsinfrastruktur stoppen

1177 Die Infrastruktur muss verlässlich sein. Daher gehört die Bereitstellung von Infrastruktur
1178 zur Daseinsvorsorge und damit zu den Staatsaufgaben. Die Verkehrsinfrastruktur sollte
1179 steuerfinanziert sein. Denn Wirtschaftlichkeit allein sollte nicht maßgeblich für die
1180 Entscheidung über Infrastrukturausbau und -erhalt sein. Übergeordnete Ziele, wie die
1181 Gleichheit der Lebensbedingungen sowie ökologische und volkswirtschaftliche Aspekte,
1182 müssen ausschlaggebend sein. Neben einem offensichtlichen Investitionsstau bei der
1183 Sanierung der Schieneninfrastruktur und der Modernisierung der Züge ist
1184 Personalmangel für regelmäßige Zugausfälle verantwortlich. Wer möchte, dass
1185 Fahrpläne wieder eine Bedeutung haben, muss auch in das Personal investieren. Aktuell
1186 ist die Folge der Privatisierung ein nicht mehr nachvollziehbares Geflecht aus
1187 verschiedenen Subunternehmen.

1188 Energie für Deutschland

1189 Die Strompreise in Deutschland sind u. a. durch verschiedene Steuern die höchsten
1190 innerhalb der EU. Diese Mehrbelastung der privaten Verbraucher ist deutlich zu
1191 verringern. Wir setzen uns für eine nachhaltige, sichere und bezahlbare Stromversorgung

1192 ein. Deswegen wollen wir die Energiewende nicht den Stromkonzernen überlassen,
1193 sondern wollen die Bürgerschaft, Unternehmen, regionalen Energiedienstleister und
1194 Energieversorgungsunternehmen sowie die Landwirte zu Akteuren bei dieser Entwicklung
1195 machen. Wir stehen für eine dezentrale Energieerzeugung, an deren Wertschöpfung die
1196 Gemeinden und die Bürger vor Ort teilhaben. Umweltpolitik beginnt im Bewusstsein der
1197 Bürgerschaft vor Ort.

1198 **Energieeffizienz steigern**

1199 Die Steigerung der Effizienz ist gerade vor dem Hintergrund der gleichzeitigen
1200 Elektrifizierung der Mobilität und der Wärmeerzeugung sowie des steigenden
1201 prozentualen Anteils erneuerbarer Energien unerlässlich. Die Steigerung der
1202 Energieeffizienz ist zudem nicht nur ein Innovationsmotor, der Arbeitsplätze sichert,
1203 sondern sie kann auch den Bürger Geld sparen. Insbesondere eine technologieoffene
1204 Unterstützung von Unternehmen bei der Verbesserung der Energiebilanz erachten wir als
1205 sinnvoll.

1206 **Gebäudeenergiebilanz zur Gebäudeeffizienzbilanz umwandeln**

1207 Wer neu baut oder saniert, sieht sich mit dem Gebäudeenergiegesetz konfrontiert. Der
1208 Primärenergiefaktor beschreibt darin die Bilanz aus Energieverbrauch und
1209 Eigenproduktion des Gebäudes. Der Grundidee, im Neubau und Bestand
1210 Mindeststandards festzulegen, widersprechen wir mit Blick auf die bis 2050 zu
1211 erreichende Klimaneutralität nicht. Doch die aktuelle Ausgestaltung ist zu einseitig auf
1212 den Energieverbrauch und die Energieproduktion ausgerichtet. Der notwendige Energie-
1213 und Ressourcenverbrauch für die Baumaterialien, die Entsorgung und den Bau selbst
1214 werden nicht in die Bilanzierung einbezogen. Dies führt unserer Ansicht nach zu einem
1215 Trend der Ressourcenvernichtung und der Auswahl klimaschädlicher Baumaterialien. Die
1216 Energieeinsparung durch die Weiternutzung des Bestandes muss zusammen mit dem
1217 höheren Energieverbrauch in die Berechnung einfließen. Ebenso sollte die Verwendung
1218 von Holz und anderen alternativen Baustoffen positiver gewertet werden, da darin sogar
1219 CO₂ gespeichert wird, während für Beton viel Energie und wertvolle Ressourcen, wie
1220 Sand, benötigt werden und CO₂ bei der Verarbeitung freigesetzt wird. Auch die
1221 Gipsgewinnung muss in die Betrachtung stärker einbezogen werden. Die
1222 Beeinträchtigung der Flächen durch die Gewinnung von Gips und Sand muss
1223 insbesondere vor dem Hintergrund des Endes des Kohleabbaus eine stärkere Beachtung
1224 finden. Denn der Abbau dieser Rohstoffe auf den ohnehin schon bearbeiteten Flächen
1225 wird nicht länger stattfinden. Auch das Lebensalter von Eigentümer in selbstgenutzten
1226 Immobilien muss bei Sanierungsregeln einbezogen werden. Eine Verdrängung älterer
1227 Personen in Seniorenheime oder eine Mietwohnung wegen wirtschaftlich
1228 unverhältnismäßiger Sanierungsaufgaben muss verhindert werden.

1229 **Dezentrale Energie-Infrastruktur stärken**

1230 Für uns ist der Ausbau der dezentralen Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen im
1231 Zusammenhang mit Speichertechnologie der zentrale Baustein für die Energieversorgung
1232 der Zukunft und das Erreichen der Klimaziele im Energiesektor.

1233 **Regionale Stärken mobilisieren**

1234 Unterschiedliche Flächennutzungskonflikte und topografische Gegebenheiten sorgen
1235 dafür, dass der Ausbau nicht in allen Regionen Deutschlands gleich gute Bedingungen
1236 hat. Um das Ausbauziel im nationalen Energiemix zu erreichen, müssen wir regionale
1237 Stärken mobilisieren und regional unterschiedliche Strategien verfolgen.
1238 Fördermechanismen müssen auf diese Unterschiede eingehen, wenn eine dezentrale
1239 Erzeugung gewünscht ist.

1240 **Zuverlässige Energieversorgung garantieren**

1241 Die Wirtschaft und die Digitalisierung verschiedener Lebensbereiche brauchen eine
1242 stabile, kostengünstige und nachhaltige Energieversorgung. Wir stehen für ein
1243 verlässliches, flexibles Energieversorgungssystem. Wir wollen die dezentrale
1244 Energiegewinnung aus regenerativen Quellen klimagerecht ausbauen. Beim
1245 Übertragungsnetzausbau müssen die Belastungen der Betroffenen und die Belastung der
1246 Umwelt berücksichtigt werden. Eine detaillierte Gegenüberstellung von Kosten und
1247 Nutzen ist von den Übertragungsnetzbetreibern sowie von der Bundesnetzagentur zu
1248 erbringen. Verfügbarkeit, Effizienz, Klimabilanz und Kosten der Erzeugung müssen im
1249 Energienetz der Zukunft gleichermaßen bedacht werden. Die Verteilnetzebene nimmt
1250 hierbei die entscheidende Rolle ein. 90 Prozent aller dezentral einspeisenden
1251 Erzeugungsanlagen speisen in diese Netzebene ein. Deswegen müssen auch politisch
1252 dieser Ebene vermehrt Kompetenz und Beachtung beigemessen werden. Durch die
1253 kommunale Beteiligung an den Verteilnetzbetreibern wird somit auch der Beteiligung der
1254 Kommunen und Bürgerschaften an der Energiewende stärker nachgekommen. Wir setzen
1255 uns für die Steigerung des Autarkiegrades der Kommunen sowie für die Bürgerenergie ein.
1256 Kommunen müssen unabhängig von ihrer Finanzkraft die Möglichkeit haben, in die
1257 lokalen Wärmenetze zu investieren. Die Privatisierung von lokalen Wärmenetzen mit
1258 Monopolstellung und damit die Abhängigkeit der Anschlussnehmer ist zu vermeiden.
1259 Bürgergenossenschaften der Anschlussnehmer sollten demgegenüber besondere
1260 Unterstützung erfahren.

1261 **Verteilnetze fit für die regionale Energiewende machen**

1262 Im Zuge der Energiewende ist die Finanzierung der dafür notwendigen Netze
1263 unzureichend angeglichen worden. Längst ist die alleinige Orientierung an der bezogenen
1264 Leistung nicht mehr sachgerecht. Aktuell tragen jene die Finanzierung der Netze, die nicht
1265 durch Eigenerzeugung direkt an der Energiewende teilhaben können. Doch gerade die

1266 Vielzahl der dezentralen Einspeiser erfordert Investitionen in die Netzstabilität,
1267 beispielsweise durch eine intelligente Netzinfrastruktur und steuerbare Speicher. Über
1268 die Netzentgelte sollte grundsätzlich eine möglichst kostenreflexive Zurechnung der
1269 Netzkosten zu den Netznutzern stattfinden. Der wirtschaftliche Betrieb von Speichern
1270 kann Abhilfe schaffen. Die Umsetzung der flexiblen Energietarife ist dafür zwingend
1271 notwendig. Sofern Lenkungsstrukturen diskutiert werden, sollten dabei netzdienliche
1272 Aspekte im Vordergrund stehen.

1273 Potenziale der Speichertechnologien freisetzen

1274 Das Feld der Speichertechnologien muss ambitionierter unterstützt werden. Und das
1275 bidirektionale Laden muss endlich auch in Deutschland möglich sein. Hier verhindern
1276 Gesetze die Anwendung bestehender Technologien, die unsere Netze entlasten könnten
1277 und wirtschaftliche Vorteile für dezentrale Einspeiser und Energiekunden bedeuten
1278 würden.

1279 Speicherung regenerativer Energien ausbauen

1280 Wir wollen einen schnellen Ausbau von regenerativen Energien und Speichern mit einer
1281 effektiven Sektorenkopplung. Auch Pumpspeicherkraftwerke erachten wir dabei als
1282 sinnvolle Bausteine für eine verlässliche Energieversorgung. Die Umweltverträglichkeit
1283 solcher Maßnahmen muss jedoch immer gegeben sein. Damit trotz Kohle- und
1284 Atomausstieg die Verlässlichkeit der Energieversorgung weiterhin garantiert werden
1285 kann, muss der Verteilnetzausbau entsprechend vorangetrieben werden.

1286 Wärmeerzeugung regional gestalten, Bürgerschaften beteiligen

1287 In den letzten Jahren haben sich bei den Bürgern eine immense Unsicherheit und Ängste
1288 hinsichtlich der zukünftigen Wärmeversorgung entwickelt. Dem gilt es entgegenzuwirken,
1289 indem wir die lokale Wärmeversorgung als Stabilisator unserer Versorgungssicherheit
1290 und der regionalen Wertschöpfung gestalten. Wir wollen die Bürger bei diesem Projekt
1291 mitnehmen; informativ, aber auch durch die Möglichkeit selbst oder über ihre Kommunen
1292 zu Investoren zu werden. Damit werden Abhängigkeiten beseitigt. Wir benötigen einen
1293 massiven Ausbau aller regenerativen Erzeugungsarten im gesamten Bundesgebiet. Dazu
1294 gehört auch Biogas, das leider in den vergangenen Jahren vernachlässigt wurde. Gerade
1295 wegen der Steuerbarkeit der Erzeugung sehen wir darin eine wichtige Ergänzung. Abfall-
1296 und Reststoffe sowie die Weiterentwicklung des Pflanzenanbaus werden die Ökobilanz
1297 der Biogaserzeugung zukünftig verbessern. Die Biogaserzeugung muss so
1298 weiterentwickelt werden, dass sie nicht im Konflikt mit der Biodiversität steht.

1299 Energie klimaneutral erzeugen

1300 Priorität muss sein, dass die Grundlast baldmöglichst klimaneutral, ohne CO₂-
1301 Emissionen und Atommüll gesichert werden kann. Neben dem naturverträglichen

1302 Ausbau der regenerativen Energieerzeugung wollen wir die biomassebasierten
1303 Energieversorgungssysteme weiter ausbauen. Grundlastfähige Kraftwerke sowie
1304 Forschung, Entwicklung und Anwendung im Bereich Wasserstoff und die
1305 wissenschaftliche Weiterentwicklung von Kernkraft- und Kernfusionsoptionen stellen
1306 unverzichtbare Potenziale für eine klimaneutrale Energieversorgung dar. Dies sichert
1307 nicht nur nahezu unerschöpfliche Energiequellen, sondern auch wegweisende
1308 Industrien.

1309 **Energiewende gesamtheitlich und ideologiefrei planen**

1310 Die integrierte Energiewende wird Strom-, Wärme- und Erdgasnetze durch die
1311 zunehmende Einbindung von Wasserstoff und grünen Gasen in das System verbinden. Es
1312 ist eine der wichtigsten Infrastrukturaufgaben der kommenden Legislaturperiode, die
1313 nationalen und europäischen Rahmenbedingungen für dieses System zu definieren. Nur
1314 wenn der Regulierungsrahmen und der Zeitplan verlässlich definiert sind, werden
1315 Investitionen getätigt werden. Ein Gasnetztransformationsplan wurde seitens der
1316 Gasnetzbetreiber vorgelegt. Es gilt nun, diesen Plan mit dem produzierenden Gewerbe
1317 und den Kommunen vor Ort abzustimmen und Potenziale zu nutzen. Elektrolyseure
1318 können auf allen Stromnetzebenen entlastend wirken. Ihre Platzierung in vielen
1319 verschiedenen Regionen Deutschlands hat einen Nutzen für das gesamte Energiesystem.
1320 Keinesfalls darf der Einsatz von Wasserstoff automatisch als unwirtschaftlich
1321 abgewunken werden. Der Markthochlauf muss erfolgen und darf nicht länger
1322 ausgebremst werden.

1323 **Wasserstoffnutzung schon heute vorbereiten**

1324 Die Verfügbarkeit und Nutzung von Wasserstoff bzw. Methan aus methanisiertem
1325 Wasserstoff müssen durch einen gemeinsamen Zeitplan definiert werden. Strom und Gas
1326 müssen gemeinsam in einem Netzausbauplan gedacht werden. Dezentrale
1327 Speicherungen und Nutzungen sollen dabei für einen geringen Ausbaubedarf sorgen. Wir
1328 sind davon überzeugt, dass auch der Bedarf an aus erneuerbaren Energieträgern
1329 gewonnenen synthetischen Brennstoffen stetig zunehmen wird. Anwendungsbereiche,
1330 die durch Strom nicht oder nur ineffizient versorgt werden können (z. B. Bereitstellung von
1331 gesicherter Leistung, Langzeitspeicher, Schiffs-, Flug- und Schwerlastverkehr,
1332 industrielle Prozesse), können so klimafreundlich werden. Die Verbraucher sowie die
1333 Fahrzeug- und Gerätehersteller benötigen verlässliche Aussagen, z. B. über den Zeitplan
1334 zur Beimischung von Wasserstoff in das Erdgasnetz. Nur so kann bei langfristigen
1335 Modernisierungsplanungen der Umstieg bereits mitberücksichtigt werden.
1336 Investitionsverluste werden dadurch vermieden.

1337 Braunkohlereviere zu Innovatoren machen

1338 Die deutschen Kohleabbaureviere und ihre gesamten Regionen befinden sich in einem
1339 historischen Umbruch. Die Auswirkungen des Kohleausstiegs müssen dringend beachtet
1340 werden. Hierzu zählen ein neuer Flächenbedarf für den Abbau von Naturgips oder die
1341 Beeinträchtigung der Wasserqualität durch eine Flutung der Braunkohletagebauegebiete.
1342 Die Folgen müssen, soweit dies möglich ist, gemindert und ökologisch wie auch finanziell
1343 ausgeglichen werden. Lösungen sollen durch Innovationsförderung und Forschung in den
1344 betroffenen Regionen erarbeitet und vorangetrieben werden. Die Empfehlungen der
1345 Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ müssen zur Umsetzung
1346 kommen. Wir werden nicht zulassen, dass die betroffenen Länder und Regionen
1347 abgehängt werden. Stattdessen sollen sie die Möglichkeit erhalten, Klimavorreiter und
1348 Innovatoren zu werden. Ein wichtiges Anliegen ist uns der Aufbau von
1349 Forschungskapazitäten und der Transfer der Ergebnisse in die regionale Industrie, um die
1350 Folgen des Kohleausstiegs (Wegfall von REA-Gips für die Baustoffindustrie) durch die
1351 Entwicklung neuer, alternativer Baustoffe zu kompensieren. Forschung und Entwicklung
1352 wollen wir gezielt im Mitteldeutschen Revier fördern, um diese Region damit interessant
1353 für Industrieansiedlungen zu machen.

1354 Sicherheit für Deutschland

1355 Sicherheit ist die Kernaufgabe des Staates. Für uns bedeutet Sicherheit in erster Linie
1356 persönliche und gesellschaftliche Unversehrtheit gegen Gewalt. Gegen die zunehmende
1357 Gewalt und Bedrohungen wollen wir vorgehen und den Bürgern Freiheit und Sicherheit
1358 zurückgeben. Wir stellen uns allen Vorstößen aus gesellschaftlichen Randgruppen und
1359 der Politik entgegen, die das Zusammenleben erschweren und den Frieden gefährden.

1360 Sicherheit durch Recht

1361 Sicherheit beginnt bei den gesetzlichen Regeln, die wir uns für unser Zusammenleben
1362 geben. Vieles an Laissez-faire bei der Rechtsdurchsetzung muss beendet, anderes in der
1363 Rechtssetzung neu geregelt werden.

1364 Grundgesetz als Basis allen Handelns verteidigen

1365 Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer Rechtsstaat und für diesen
1366 stehen wir ein. Das Grundgesetz sichert ihn und die enthaltenen Grundrechte schaffen
1367 die Basis unserer freien und demokratischen Gesellschaftsordnung. Angriffe auf diese
1368 Gesellschaftsordnung müssen wir mit Kraft und Entschlossenheit bekämpfen und
1369 abwehren. Wir erteilen jeglichen politischen und religiös motivierten Vorstößen eine
1370 Absage, welche die Grundwerte unserer Verfassung in Frage stellen.

1371 Unsere abendländische und christliche Tradition pflegen

1372 Deutschland muss ein weltlich-säkularer Staat bleiben, mit einer Geschichte und Basis
1373 in Christentum und Aufklärung. Insbesondere Handlungen, die vor allem
1374 fundamentalistischen religiösen Geboten folgen und unserem Grundgesetz und unserer
1375 Rechtsordnung widersprechen, sind zu unterbinden und mit den Mitteln des
1376 Rechtsstaats zu verfolgen. Christliche Feiertage erhalten unsere abendländische Kultur
1377 und wir lehnen jegliche Versuche entschieden ab, christliche Feste in Frage zu stellen. Sie
1378 sind Teil unseres Wertefundaments.

1379 Vertrauen in den Rechtsstaat fördern

1380 Das persönliche Sicherheitsgefühl vieler Bürger schwindet. Inkonsequente Asyl- und
1381 Migrationspolitik, öffentliche Gewaltexzesse, Clanstrukturen und die Zunahme der
1382 Organisierten Kriminalität sowie Angst vor Terroranschlägen haben hierzu maßgeblich
1383 beigetragen. Auch befinden wir uns in einer kritischen Phase des Wertverlustes unserer
1384 Gesellschaft. Wir wollen es den Bürgern ermöglichen, in den kommenden Jahren ihr
1385 Vertrauen in den Staat im Allgemeinen und den Rechtsstaat im Besonderen
1386 zurückzugewinnen. Eine erhöhte Polizeipräsenz und mehr Mittel für
1387 Ermittlungsbehörden, um eine technisch moderne Strafprävention und -verfolgung zu
1388 ermöglichen, sind dafür unerlässlich.

1389 Bürgeranwaltschaft gegen Grundrechtseingriffe gründen

1390 Konsequentes Handeln des Staates für die Sicherheit der Bürger erfordert im Einzelfall
1391 Grundrechtseingriffe. Diese Grundrechtseingriffe müssen von einer staatlichen, aber nur
1392 der Bürgerschaft und dem Grundgesetz verantwortlichen, unabhängigen Stelle – der
1393 Bürgeranwaltschaft – überprüft werden können. Diese ist zu gründen und ihre Mitglieder
1394 sind vom Bundesverfassungsgericht zu bestellen. Die Bürgeranwaltschaft führt
1395 vertraulich Aufsicht über alle Grundrechtseingriffe und dient als Anlaufstelle für Bürger,
1396 die ihre Fälle überprüft sehen wollen. Sie hat einmal jährlich öffentlich Bericht zu
1397 erstatten.

1398 Kontrolle über unsere Grenzen zurückgewinnen

1399 Wollen wir eine dauerhafte Rückkehr zu Schlagbäumen und Kontrollen an unseren
1400 europäischen Binnengrenzen verhindern, müssen wir gemeinsam und engagiert unsere
1401 Außengrenzen schützen. Das erfordert den Aufbau eines echten gemeinsamen
1402 europäischen Grenzschutzes für die europäischen Außengrenzen. Wir fordern die
1403 Aufstellung einer leistungsfähigen gemeinsamen europäischen Grenzschutzeinheit,
1404 bestehend aus Kontingenten der Mitgliedstaaten. Diese Einheit muss in der Lage sein, die
1405 gesamte EU-Außengrenze effektiv zu schützen und illegale Migration zurückzuweisen.
1406 Neben ausreichendem Personal muss sie auch die notwendige technische Ausstattung
1407 sowie den entsprechenden Rechtsrahmen erhalten. Die direkt betroffenen

1408 Mitgliedstaaten wie Italien oder Griechenland dürfen wir beim Außengrenzschutz nicht
1409 allein lassen. Alle Mitgliedstaaten müssen die finanziellen Lasten gemeinsam tragen.

1410 Dublin-Abkommen anpassen

1411 Wir streben weiterhin eine europäische Lösung der Migrationsfrage an. Dazu muss
1412 Deutschland seine Migrationsregeln verschärfen und an den europäischen
1413 Rechtsrahmen anpassen. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass das als
1414 gescheitert anzusehende Dublin-Abkommen an die Herausforderungen der Gegenwart
1415 und Zukunft angepasst wird. Eine Umverteilung von Flüchtlingen innerhalb der Union
1416 lehnen wir ab. Ein europäisches Problem ist europäisch zu lösen – primär durch direkte
1417 Rückführungen oder Abweisungen – und nicht den Mitgliedstaaten aufzubürden. Im
1418 Zweifel sind Auffang- und Rückführungslager nahe den Außengrenzen von der EU zu
1419 betreiben und zu finanzieren.

1420 EU-Seenotrettung muss „Rettung“ und sofortige Rückführung bedeuten

1421 Europa muss weiterhin dafür sorgen, dass nicht unzählige Menschen im Mittelmeer
1422 ertrinken. Dafür ist primär sicherzustellen, dass das In-See-Stechen der Schlepperschiffe
1423 verhindert wird und dass – wo immer möglich – eine umgehende Rückführung der
1424 Flüchtlinge noch auf See durch den EU-Außengrenzschutz erfolgt. Nachbarstaaten, von
1425 denen die Boote ablegen und die bei Rückführungen nicht kooperieren, sind mit
1426 spürbaren Sanktionen zu belegen. Im Ergebnis ist die Rückführung zu erzwingen, wenn
1427 die Fluchtroute z. B. mit Satellitenbildern und Überwachungsdrohnen nachgewiesen
1428 werden kann. Institutionalisierte zivile Seenotrettung ist in die Befehlsstrukturen des EU-
1429 Außengrenzschatzes einzubinden oder zu unterbinden.

1430 Asylmissbrauch beenden

1431 Wir wissen, dass Europa ein attraktives Ziel vor allem für Menschen ist, die den
1432 wirtschaftlichen Aufstieg suchen oder Unterdrückung und Not entkommen wollen und
1433 dafür ihre Heimat Richtung Europa verlassen. Wir können bei aller Hilfsbereitschaft die
1434 Krisen in den Heimatländern oder die geringere Attraktivität der Länder entlang der
1435 Migrationsrouten nicht durch dauerhafte Zuwanderung nach Europa und speziell nach
1436 Deutschland überwinden. Hinzu kommt, dass die Berufung auf das Asylrecht fehlgeleitet
1437 ist, wenn mehrere sichere Staaten am Weg nach Deutschland durchschritten wurden. Die
1438 Flüchtlingspolitik der EU und Deutschlands ist schon seit Jahren massiv falsch.

1439 Integration nach unserem Bedarf steuern

1440 Die nötige Immigration muss in Europa neu strukturiert werden und sich nach dem Bedarf
1441 der europäischen Länder richten. Hinzukommen sollte mögliche Migration innerhalb
1442 Europas, die man z. B. bei einer Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent in Teilen
1443 Spaniens primär in den Fokus für Einwanderung nach Deutschland nehmen sollte.
1444 Darüber hinaus sind aus verschiedensten Regionen der Welt Menschen klar und

1445 transparent für konkrete Berufsgruppen und Regionen oder Städte anzuwerben. Dabei ist
1446 auf Integrationsfähigkeit und -willen Rücksicht zu nehmen. Auf die Herkunftsländer
1447 sollte, so weit möglich, Rücksicht genommen werden, um in diesen keine Probleme durch
1448 vermehrten Wegzug gerade Gebildeter zu schaffen.

1449 Integration durch Fordern und Fördern

1450 Damit Integration gelingt, ist duales staatliches Handeln erforderlich: fördern und
1451 fordern. Der Erwerb der deutschen Sprache, die Bereitschaft, sich für unseren
1452 Arbeitsmarkt zu qualifizieren und unsere freiheitlich demokratische Grundordnung
1453 bedingungslos als Bestandteil einer offenen Gesellschaft anzuerkennen, sind
1454 unverzichtbare Eckpfeiler eines Eingliederungsprozesses. Hierfür sind die nötigen
1455 Rahmenbedingungen zu schaffen und staatliche Unterstützung zu gewähren. Der
1456 Entstehung von Parallelwelten ist entschieden zu begegnen.

1457 Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden

1458 Europäische Freizügigkeit darf nicht Zuzug in das bestausgebaute Sozialsystem
1459 bedeuten. Da alle EU-Mitgliedstaaten dem Sozialstaatsgebot verpflichtet sind, ist eine
1460 entsprechende Absicherung gewährleistet und gleichzeitig werden falsche Anreize
1461 unserer sozialen Sicherungssysteme beseitigt. Ein- und Ausreisen von Nicht-EU-Bürgern,
1462 die in Deutschland Leistungsbezieher sind, sind in einem Register zu erfassen, das den
1463 Sicherheits-, Sozial- und Justizbehörden zugänglich ist. Wer als Asylbewerber freiwillig in
1464 sein Herkunftsland ausreist, dessen Ausreise ist zu dokumentieren und er verliert
1465 dauerhaft den Anspruch auf Unterstützung und Sozialleistungen.

1466 Bund muss Kosten seiner Flüchtlingspolitik tragen

1467 Zahlreiche Kommunen in Deutschland sind in finanzieller Not und dürfen nicht weiter
1468 zusätzlich durch die überbordende Flüchtlingspolitik des Bundes belastet werden. Wir
1469 wollen, dass über den Haushalt des Bundes – im Rahmen des von uns geforderten
1470 Konnexitätsprinzips – alle Kosten, die im Zusammenhang mit Immigration, Eingliederung
1471 und Abschiebung entstehen, vollumfänglich vom Bund getragen werden.

1472 Extremismus bekämpfen

1473 Mit Migration geht auch die Einreise von unserer Kultur und Lebensweise feindlich
1474 gesinnten Menschen einher. Dies muss tunlichst verhindert werden. Das größte
1475 Extremismusproblem geht dabei von Islamisten aus. Auf diese, genau wie auf rechts- und
1476 linksextreme Gruppen, müssen wir entschlossen mit allen Mitteln unserer wehrhaften
1477 Demokratie reagieren. Wir wollen, dass islamistische Vereine, wie beispielsweise
1478 salafistische Gruppierungen, konsequent verboten werden. Ihr Handeln ist mit unserer
1479 freiheitlichen Ordnung nicht vereinbar. Islamistische Zentren und Vereine sowie Prediger
1480 sind permanent durch die Behörden als Prüf- oder Verdachtsfall zu überwachen. Wir
1481 halten es zudem für erforderlich, dass die Präventions- und Deradikalisierungsarbeit

1482 gegen Extremismus ausgebaut und ein offener gesellschaftlicher Diskurs mit sachlichen
1483 Argumenten geführt wird.

1484 **Verfassungsschutz personell stärken und fokussieren**

1485 Der Verfassungsschutz muss sowohl online als auch offline Radikalisierungen frühzeitig
1486 erkennen und diesen situationsgerecht entgegenwirken, z. B. mittels
1487 Aussteigerprogrammen. Hierfür bedarf es einer signifikanten Personalaufstockung bei
1488 den Nachrichtendiensten. Politische Instrumentalisierung der Nachrichtendienste und
1489 der Polizei muss verhindert werden. Insbesondere die Freiheit der Presse und der
1490 Meinungsäußerung ist zu schützen und darf nicht mit missbräuchlicher Bedrohung durch
1491 Strafverfolgung und Strafrecht – insbesondere nicht auf Veranlassung höchster
1492 Regierungsorgane - bedroht werden.

1493 **Konsequentes Vorgehen gegen Gefährder**

1494 Eine verfehlte Zuwanderungspolitik darf nicht zum Sicherheitsrisiko für unsere
1495 freiheitliche Gesellschaft werden. Deshalb fordern wir die sofortige Abschiebung oder
1496 Inhaftierung von Gefährdern und in unserem Land wiederholt straffälligen Flüchtlingen.
1497 Solche, die mangels Papieren oder Rücknahmebereitschaft des Herkunftslands nicht
1498 abgeschoben werden können, müssen als Sicherheitsrisiko eingestuft und in
1499 Abschiebehaft genommen werden. Auch dem Straftatbestand der Bildung einer
1500 terroristischen Vereinigung muss konsequent mehr Beachtung geschenkt werden. Aus
1501 unserer Sicht darf nicht erst etwas passieren, bevor der Staat handelt.

1502 **Konsequentes Vorgehen gegen Parallelstrukturen**

1503 Die Demokratie lebt von Veränderungen und den Beiträgen verschiedener politischer
1504 Parteien. Für uns sollten Parteien thematisch keine Partikularinteressen vertreten,
1505 sondern müssen immer das gesamte Gemeinwesen betrachten. Deklariert auf ein oder
1506 wenige Themen fokussierte und an ausländische Minderheiten gerichtete Parteien
1507 lehnen wir daher ab. Versuche einer nicht rechtstaatlich legitimierten Paralleljustiz sind
1508 zu unterbinden. Doppelpässe sind mit Ländern außerhalb der EU auf wenige, individuell
1509 begründete Ausnahmefälle zu beschränken.

1510 **Konsequente Bekämpfung von Terrorismus**

1511 Wir stehen für eine konsequente Bekämpfung des Terrorismus in unserem Land. Mehr
1512 Investitionen in schlagkräftige Antiterrorereinheiten halten wir deshalb ebenso für
1513 notwendig wie eine hürdenfreie Zusammenarbeit zwischen den Geheimdiensten in
1514 Europa. Datenschutzrechte müssen bei klar definierten Gruppen von Gefährdern oder
1515 Verbrechern zurücktreten. Über diese Grundrechtseingriffe hat die zu bestellende
1516 Bürgeranwaltschaft vertraulich Aufsicht zu führen.

1517 **Vorratsdatenspeicherung im Kampf gegen Gefährder ermöglichen**

1518 Die Sicherheitsbehörden benötigen Zugriff auf umfassende Daten, um Gefährder-
1519 Strukturen nachhaltig überwachen zu können. Das ist zu ermöglichen. Dem Bedürfnis der
1520 rechtschaffenen Bürger, nicht in einem Überwachungsstaat zu leben, ist Rechnung zu
1521 tragen. Die zu gründende Bürgeranwaltschaft hat über die Sicherheitsbehörden und
1522 deren Datennutzung Aufsicht zu führen.

1523 **Straffällige Ausländer ausweisen**

1524 Wer bei uns als Gast schwer oder wiederholt straffällig wird, ist für unsere Gesellschaft
1525 ein Sicherheitsrisiko. Solche Personen müssen deshalb schnellstmöglich und
1526 konsequent aus Deutschland ausgewiesen werden. Abschiebungen müssen nachhaltig
1527 gestaltet sein, so dass nicht mit einer Rückkehr der betreffenden Person zu rechnen ist.
1528 Abschiebeverträge mit sicheren Drittländern sind zu verhandeln. Schwere Straftäter sind
1529 in Haft zu behalten oder in Haft zu übergeben. Die Definition sicherer Drittländer soll
1530 einheitlich innerhalb der EU erfolgen.

1531 **Gesetze zu Einbürgerungen nur mit breiter Mehrheit verändern**

1532 Die gesetzlichen Regeln für Einbürgerungen sind aktuell – genau wie jene des Wahlrechts
1533 – mit einfacher Regierungsmehrheit änderbar. Regeln, die für unser Zusammenleben und
1534 das Funktionieren unserer Demokratie so fundamental sind, müssen im Grundgesetz
1535 verankert werden und mit 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Der Mindestzeitraum für die
1536 Verleihung der Staatsbürgerschaft darf 7 Jahre nicht unterschreiten und ist an gute
1537 deutsche Sprachkenntnisse, ausgesprochene und erwiesene Loyalität zum Grundgesetz
1538 und nachgewiesene Integrationsleistung zu koppeln. Für Immigranten und Staatenlose
1539 ist sind Rechtsinstitute anzuwenden, die diese für die Zeit bis zur Staatsbürgerschaft
1540 nicht von Reisemöglichkeiten ausschließen (Passwesen), sehr wohl aber von Wahlen.

1541 **Mehr Sicherheit durch Videoüberwachung im öffentlichen Raum schaffen**

1542 Eine offen erkennbare und transparente Videoüberwachung erhöht nicht nur das
1543 Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung, sondern ist auch geeignet, potenzielle Straftäter
1544 von der Tatausführung abzuschrecken und die Beweisführung vor Gericht zu erleichtern.
1545 Diese polizeiliche Befugnis ist in die Landespolizeigesetze aufzunehmen. Die Maßnahme
1546 ist regelmäßig zu evaluieren sowie auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Den
1547 Kommunen soll es ermöglicht werden Video-Zonen klar ersichtlich auszuweisen. Das
1548 sind zusammenhängende Straßenzüge, v. a. für Fußgänger – insbesondere im Umfeld von
1549 Bahnhöfen und in Fußgängerzonen, aber auch in ausgewiesenen Wohngebieten –, die
1550 flächendeckend videoüberwacht sind. Voraussetzung dafür soll sein, dass alternative
1551 Wege, z. B. in parallelen Straßen, zur Verfügung stehen. Diese Video-Zonen dienen der
1552 höheren Sicherheit insbesondere auch von schwächeren Teilnehmern des öffentlichen
1553 Lebens, die sich dort besonders auf ein umgehendes Eingreifen der Polizei verlassen

1554 können. Durch die alternativen Routen und Wege wird für jene Personen, die einer
1555 flächigen Überwachung entgehen wollen, Sorge getragen; die Bürger können also wählen.

1556 **Versammlungsfreiheit schützen, Gewalt konsequent ahnden**

1557 Bei öffentlichen Versammlungen sind Videoüberwachungen durch Sicherheitsbehörden
1558 zulässig. Die zu gründende Bürgeranwaltschaft hat betroffenen Bürgern dazu Auskunft
1559 und Einsicht in die polizeilichen Aufnahmen zu gewähren. Wir wollen verhindern, dass
1560 Verfassungsfeinde identitätsfeststellende Videoaufnahmen von Demonstrationen
1561 anfertigen, mit dem Ziel verfassungstreue Bürger in ihrem Privatleben zu verfolgen. Bei
1562 Ausschreitungen im Zuge von Versammlungen sind die Beteiligten der Ausschreitungen
1563 zwingend umgehend dingfest zu machen und die Personalien zu nehmen. Die
1564 betreffenden Personen sind für den weiteren Verlauf der Versammlung und bis zu 2
1565 Stunden nach deren Ende anzuhalten.

1566 **Vollverschleierung und Vermummung verbieten**

1567 Wir sprechen uns gegen die Verschleierung und Vermummung von Menschen aus. Wer
1568 bei uns am gesellschaftlichen Leben teilnimmt, muss den Mitbürgern im täglichen Leben
1569 offen und ohne Verschleierung entgegentreten. Die Sichtbarkeit der Mimik ist wichtig für
1570 die Kommunikation und entscheidend für die Identifizierung einer Person.
1571 Religionsfreiheit ist nur ein vorgeschobenes Argument. Verschleierung ist Symbol der –
1572 auch freiwilligen – Absonderung und Differenzierung einer Personengruppe von einer
1573 anderen und widerspricht damit unserer freiheitlich-demokratischen Kultur.

1574 **Körperliche Gewalt gegen Amtsträger härter bestrafen**

1575 Die Zahl tätlicher Angriffe auf Einsatzkräfte, wie Polizisten und Rettungskräfte, nimmt
1576 kontinuierlich zu. Die Attacken von gewaltbereiten Gruppierungen und Einzeltäter werden
1577 zunehmend brutaler. Wir wollen daher, dass Straftaten gegen Amtsträger konsequent
1578 verfolgt werden und das Strafmaß ausgereizt wird, insbesondere bei Gewaltdelikten
1579 gegen Vollstreckungsbeamte und Hilfskräfte.

1580 **Fundamentalistische Indoktrination in Religionsausübung und** 1581 **Religionsunterricht unterbinden**

1582 Mit Sorge sehen wir die Radikalisierungen in arabischsprachigen Moscheen und
1583 Koranschulen in Deutschland. Im Interesse unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts
1584 und unserer Werteordnung ist Kindern und Jugendlichen im gegebenen Fall ein Islam-
1585 Unterricht frei von fundamentalistischer Indoktrination in deutscher Sprache anzubieten.
1586 Überlegungen, einen allgemeinen staatlichen Religionsunterricht für alle großen
1587 Religionen und alle Kinder in einem Unterricht anzubieten, unterstützen wir ausdrücklich
1588 und sehen darin den staatlichen Bildungsauftrag. Unterricht sollte nur von ausgebildeten
1589 staatlichen Lehrern nach fachbezogener Ausbildung an einer deutschen Hochschule
1590 durchgeführt werden dürfen.

1591 Strafmündigkeit an Realität anpassen

1592 Die Strafmündigkeit ist, um die Strafverfolgung zu ermöglichen, auf unter 14 Jahre
1593 abzusenken. Dies soll nach Individualprüfung durch einen gerichtlich bestellten
1594 Sachverständigen richterlich geschehen und nur für den Fall, dass das Kind in diesem
1595 Alter ein schweres Vergehen oder Verbrechen begangen hat. Das
1596 Jugendstrafvollzugsrecht ist um jene Maßnahmen zu ergänzen, die für diese Altersgruppe
1597 sinnvoll sind. Diese Rechtsänderung dient dazu, kriminelle Karrieren schon im Entstehen
1598 zu beenden, gerichtliche Erziehungsmaßnahmen anordnen zu können und die bisherige
1599 Praxis von Clans und gewerblich tätigen kriminellen Familien auszutrocknen. Insgesamt
1600 ist die Strafbarkeit auch bei leichten Vergehen – Eigentumsdelikten wie Ladendiebstahl
1601 und Fahrgelderschleichung – beizubehalten, da es sich oft um Einstiegs- oder
1602 gewerbliche Kriminalität handelt und die negativen Auswirkungen bei den Opfern in erster
1603 Linie berücksichtigt werden müssen.

1604 Budgetäre Ausstattung der Strafverfolgung verbessern

1605 Zur Stärkung des Rechtsstaates und zum Erhalt seiner Funktionsfähigkeit ist der Sach-
1606 und Personalbedarf bei der Polizei, den Staatsanwaltschaften und Richtern unverzüglich
1607 den Erfordernissen anzupassen und als erste und primäre Position bei
1608 Haushaltsplanungen anzusetzen.

1609 Strafverfahren beschleunigen

1610 Ein wesentlicher Teil der präventiven Wirkung von Strafverfahren ist, dass sie sehr
1611 kurzfristig nach der Tat stattfinden. Das ist heutzutage nicht mehr der Fall und dies
1612 schwächt den Rechtsstaat. Eine wieder engere zeitliche Korrelation ist daher
1613 sicherzustellen. Die Beschleunigung von Strafverfahren ist auch im Sinne der
1614 ökonomischen Rechtspflege weiterzuentwickeln. Dazu ist das zu erwartende Strafmaß
1615 auf „bis zu 2 Jahre Freiheitsstrafe“ anzuheben. Die personellen Voraussetzungen sind
1616 hierfür bei der Staatsanwaltschaft und den Richtern zu schaffen.

1617 Bürgerschaft besser schützen – Opfer verhindern

1618 Die Bürger sollen generell durch Präventionsmaßnahmen und konsequente
1619 Strafverfolgung besser geschützt werden. Drastisch gestiegene Zahlen von Straftaten und
1620 Gewaltdelikten erfordern politisches Handeln zum Schutze der Bevölkerung.

1621 Organisierte Kriminalität europaweit bekämpfen

1622 Egal ob Menschenhandel, Geldwäsche oder Drogenhandel – die Organisierte Kriminalität
1623 muss effektiver bekämpft werden. Offene Grenzen haben unsere Sicherheitssituation
1624 komplizierter gemacht. Es braucht deshalb europäische Antworten auf dieses
1625 europaweite Problem. Wir wollen die EU-Sicherheitsagenturen OLAF, CEPOL, Europol
1626 und Eurojust mit weitreichenden Handlungsbefugnissen ausstatten sowie international

1627 die Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen von Interpol
1628 intensivieren.

1629 **Konsequent gegen Menschenhandel vorgehen**

1630 Deutschland darf nicht länger wegschauen, wenn Menschen entführt und sexuell oder
1631 auf andere Weise ausgebeutet werden. Deshalb fordern wir härtere Strafen und gezielte
1632 Kontrollen gegen den illegalen Menschenhandel. Opfer derartiger Straftaten in
1633 Deutschland sollen Ausstiegs- und Hilfsprogramme erhalten.

1634 **Nutzer in sozialen Medien besser schützen**

1635 Wir fordern die Schaffung von rechtlichen Rahmenbedingungen zur Regulierung der
1636 sozialen Medien. Jugendschutz und Schutz vor objektiv falschen Informationen sollen die
1637 Richtschnur sein. Ursprünglich als sehr nützliche Werkzeuge zur sozialen Interaktion
1638 entwickelt, dienen Social-Media-Plattformen heute der gezielten Manipulation der Nutzer
1639 mit dem Ziel der Gewinnmaximierung der dahinterstehenden meist ausländischen
1640 Anbieter und verfügen darüber hinaus über ein sehr hohes Suchtpotenzial. In sozialen
1641 Medien bewegen wir uns auf unterschiedlichen Wahrheitsebenen, man nimmt nur noch
1642 die Informationen auf, die dem eigenen Weltbild entsprechen. In großem Maßstab ist auf
1643 Information kein Verlass mehr. Verschwörungstheorien und radikale Weltbilder werden
1644 exponentiell verbreitet und erlangen so schnell den Status einer vermeintlichen Wahrheit.

1645 **Geltendes Recht im Internet durchsetzen**

1646 Wir brauchen klare Regeln im Internet, damit es nicht gegen unsere freiheitlich-
1647 demokratische Grundordnung eingesetzt wird. ‚Trusted Flagger‘ sind unter die Aufsicht
1648 der zu gründenden Bürgeranwaltschaft zu stellen. Die Organisation und Kommunikation
1649 von Extremisten müssen wir auch im Internet unterbinden und illegale Handlungen
1650 müssen intensiver verfolgt werden, seien es Aufrufe zu islamistischer Gewalt,
1651 Aufwiegelung oder Verhetzung oder gewerblich-kriminelle Taten wie Kinderpornografie
1652 oder illegaler Drogen- und Waffenhandel.

1653 **Aufrüsten gegen Cyberkriminalität**

1654 Auch der Kampf um Cybersicherheit gewinnt immer mehr an Bedeutung, doch fehlen
1655 unseren Sicherheitsbehörden die Ressourcen für eine schlagkräftige Antwort auf die
1656 Bedrohung. Wir wollen deshalb schnellstmöglich eine überzeugende Gesamtstrategie
1657 entwickeln, die alle Strafverfolgungsbehörden einbindet und die Zusammenarbeit
1658 zwischen Behörden und Unternehmen als Opfer von Cyberattacken intensiviert.
1659 Insbesondere braucht es hierfür mehr Spezialisten und große Investitionen in die
1660 technische Ausstattung, um angemessen reagieren zu können.

1661 Unabhängigkeit der Strafermittlung sicherstellen

1662 Ein demokratischer Rechtsstaat muss über eine unabhängige Justiz verfügen. Das
1663 Weisungsrecht des Bundesjustizministers muss aufgehoben werden, damit die
1664 Ermittlungen nicht durch politische Wünsche beeinflusst werden können. Das Recht des
1665 Justizministers, eine Anklage zu erzwingen und damit die Gerichte zuständig zu machen,
1666 soll beibehalten werden. Die allzu leichtfertige Einstellung von Strafverfahren durch die
1667 Staatsanwaltschaften muss zukünftig erschwert werden. Gerade Opfer haben das Recht,
1668 dass Täter auch der Strafverfolgung zugeführt werden. Die zu gründende
1669 Bürgeranwaltschaft soll in diesem Sinne Einsicht in alle von der Staatsanwaltschaft
1670 eingestellten Straftaten haben, wenn der Anzeigende ihr den konkreten Fall meldet. Die
1671 Bürgeranwaltschaft soll eine Wiederaufnahme erzwingen können.

1672 Bundeseinheitliche Fahndungs- und Vorgangsbearbeitungssysteme

1673 Im Sinne des Föderalismus ist in Deutschland geregelt, dass die Polizeihochheit
1674 grundsätzlich bei den Ländern liegt. Schwierigkeiten und Dissynergien, die dadurch
1675 entstehen, müssen zügig und umfassend aufgelöst werden. Unterschiedliche
1676 Vorgangsbearbeitungs- und Fahndungssysteme in den Bundesländern führen zu
1677 personal- und zeitaufwendigen Datenübermittlungen zwischen den Polizeibehörden. Wir
1678 wollen die relevanten EDV-Systeme vereinheitlichen, um einen schnellen, effizienten und
1679 unbürokratischen Datenaustausch zu garantieren.

1680 Einsatzkräfte schätzen und fair behandeln

1681 Wir stehen fest an der Seite der Polizeibeschäftigten, Rettungskräfte sowie der Mitarbeiter
1682 von Hilfsorganisationen und zollen ihnen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit. Wer
1683 Einsatzkräfte im Dienst angreift, greift uns alle an. Ein latentes Misstrauen gegenüber der
1684 Arbeit der Polizei ist nicht gerechtfertigt. Deshalb verwahren wir uns gegen pauschale
1685 Vorverurteilungen der gesamten Institution. Wie in allen Bereichen gibt es Missstände
1686 und Verstöße auch innerhalb der Polizei. Diese müssen aufgeklärt und entsprechend
1687 dienstrechtlich und strafrechtlich in einem fairen und objektiven Verfahren verfolgt
1688 werden, in einem fairen und objektiven Verfahren. Wir unterstützen eine Vorbeugung
1689 gegen extremistische Haltungen in der Gesellschaft und damit auch innerhalb der Polizei.
1690 Hier sind entsprechende Konzepte gemeinsam mit der Polizei zu erarbeiten. Wir setzen
1691 uns für die bundesweite Institutionalisierung eines unabhängigen
1692 Landespolizeibeauftragten ein, der vom jeweiligen Landesparlament gewählt wird und
1693 nur diesem über den inneren Zustand der Polizei berichtspflichtig ist.

1694 Attraktivität der Bundespolizei erhöhen

1695 Wir wollen den Dienst in der Bundespolizei attraktiver gestalten. Deshalb halten wir es für
1696 erforderlich, dass das von der Bundespolizeigewerkschaft entwickelte Eckpunktepapier
1697 für ein schlüssiges Personalentwicklungskonzept berücksichtigt wird. Wir unterstützen

1698 die Forderungen zur Aufhebung der Behördentrennung nach Paragraf 3 des
1699 Bundespolizeibeamtengesetzes (Bundespolizei, Bundeskriminalamt, Polizei beim
1700 Deutschen Bundestag) und damit den Zugang der Bundespolizei zu den Laufbahnen für
1701 den Kriminaldienst sowie die geforderte Spezialisierung der Laufbahnbezeichnungen.
1702 Darüber hinaus braucht es insbesondere Maßnahmen, um die Berufszufriedenheit der
1703 Beschäftigten zu erhöhen.

1704 Trennung von Bundeswehr und Polizei beibehalten

1705 Wir stellen uns gegen Bestrebungen, Bundeswehreinätze im Inneren durch eine
1706 Änderung unseres Grundgesetzes auszuweiten. Unser Verfassungsrecht sieht aus
1707 historisch guten Gründen eine klare Trennung der Aufgaben von Polizei und Bundeswehr
1708 vor. Zudem ist nur die Polizei für die Aufgaben der inneren Sicherheit ausgebildet. Die
1709 vorgesehenen Ausnahmen, wie etwa in Katastrophenfällen und im Fall des sogenannten
1710 inneren Notstands, sind ausreichend. Die Nutzung von militärischem Gerät wie
1711 Fahrzeugen durch die Polizei muss aus Effizienzgründen möglich sein.

1712 Illegalen Waffenbesitz entschlossener bekämpfen

1713 Wir setzen auf die Eigenverantwortung der Bürger, die legal Waffen besitzen. Wir haben
1714 eines der strengsten Waffenrechte der Welt und halten dies für ausreichend. Weitere
1715 Verschärfungen sind unverhältnismäßig. Eine zentrale Lagerung der Waffen in Schützen-
1716 und Vereinsheimen lehnen wir ab. Es muss mehr gegen den illegalen Waffenbesitz getan
1717 werden.

1718 Zivil- und Katastrophenschutz stärken und flächendeckend sichern

1719 In den letzten Jahren wurde der Zivil- und Katastrophenschutz deutlich vernachlässigt.
1720 Der Bevölkerungsschutz sowie das Katastrophenmanagement müssen gestärkt sowie die
1721 bauliche und technische Infrastruktur (z. B. Notstromaggregate) erneuert und ausgebaut
1722 werden, damit die hierzu vorgesehenen Kräfte ihrem Auftrag zum Schutz und zur
1723 Unterstützung der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophenfällen nachkommen können.
1724 Hierzu bedarf es wieder regelmäßiger Katastrophenschutzübungen, vom europäischen
1725 Katastrophenschutzzentrum bis hin in die Kommunen. Auch dezentrale Versorgungs- und
1726 Lagerstrukturen für systemrelevante Artikel müssen wieder flächendeckend aufgebaut
1727 werden. Die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der Verwaltung sowie von
1728 Sicherheit und Ordnung auf allen Ebenen ist von elementarer Bedeutung. Hierzu
1729 brauchen insbesondere die Kommunen finanzielle Unterstützung für notwendige
1730 Infrastrukturmaßnahmen, etwa in Form von Förderprogrammen. Bei all diesen Aufgaben
1731 können auch Tätigkeitsbereiche im Rahmen eines Gesellschaftsjahres für alle geschaffen
1732 werden.

1733 Zivile Schutzräume aufbauen

1734 Städte ab 50.000 Einwohnern sollten verpflichtet werden, für mindestens 10 Prozent ihrer
1735 Einwohner Schutzräume aufzubauen und vorzuhalten. Dies dient dem Schutz der
1736 Bevölkerung und erhöht die Resilienz sowie die Sicherheit.

1737 Sicherheit durch Außenpolitik

1738 Damit viele Sicherheitsprobleme gar nicht zu uns kommen, müssen wir auch unsere
1739 Interessen in der Außenpolitik wieder klarer und deutlicher wahrnehmen. Eine
1740 konsequente Außen- und Grenzpolitik muss umgehend implementiert werden. Wir
1741 wollen die außenpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts unideologisch,
1742 lösungsorientiert, aber auch geleitet durch eigene deutsche und europäische Interessen
1743 angehen. Wir wollen, dass sich Deutschland als zuverlässiger Partner und ehrlicher
1744 Vermittler in die Weltpolitik einbringt. Mit einer friedlichen, berechenbaren und
1745 wertegebundenen Außenpolitik wollen wir das globale Zusammenleben
1746 verantwortungsvoll mitgestalten. Friedenssicherung oder -schaffung ist unser
1747 wichtigstes Ziel. Wichtig ist für uns, den Menschen vor Ort sichere Räume zu schaffen,
1748 die insbesondere durch Entwicklungshilfe mittelfristig zu einem Nukleus in der jeweiligen
1749 Region werden sollen, um Gesellschaften durch wirtschaftlichen Aufschwung zu
1750 stabilisieren, gemeinsam dem Klimawandel entgegenzuwirken, Ressourcensicherheit
1751 und insbesondere Energieversorgung für Europa sicherzustellen. Wir wollen aber keine
1752 außenpolitischen Alleingänge und sehen Außenpolitik als europäische und nicht
1753 nationale Agenda, wobei jedes Land seine zugewiesene Aufgabe haben sollte.

1754 Europäische Rückführungsabkommen mit Fluchtherkunftsländern 1755 abschließen

1756 Ein zügiger Abschluss der Asylverfahren und die konsequente Rückführung abgelehnter
1757 Asylbewerber sind unerlässlich. Es ist nicht sinnvoll, dass jedes EU-Mitglied einzeln
1758 Rückführungsabkommen mit den Herkunftsländern der Geflüchteten schließt. Wir
1759 wollen, dass die EU den Abschluss von EU-Rückübernahmeabkommen voranbringt. Die
1760 wiederaufnehmenden Fluchtherkunftsländer sollen im Gegenzug eine privilegierte Rolle
1761 in der europäischen Entwicklungszusammenarbeit einnehmen. Dabei ist darauf zu
1762 achten, dass EU-Gelder nicht versickern, sondern an geprüfte Projekte und
1763 Organisationen vor Ort fließen. Gezielte wirtschaftliche, privilegierte Zusammenarbeit
1764 soll dieses Ziel unterstützen, während nicht kooperative Länder mit klaren Sanktionen
1765 belegt werden.

1766 UN-Schutz- & Aufbauzonen einrichten und unterstützen

1767 Wir setzen uns auf internationaler Ebene für die Einrichtung von UN-Schutzzonen ein, um
1768 vergangene Fehler und humanitäre Katastrophen zu vermeiden. Diese sollen nicht als
1769 reine Schutzlager fungieren, sondern verbunden mit Entwicklungshilfebemühungen

1770 nachhaltige Infrastruktur, Städte inkl. Schulen und Krankenhäuser aufbauen, sowie
1771 Fabriken und den Handel mit der Welt beginnen. Dorthin soll primär unser
1772 Entwicklungshilfegeld fließen. Unter Führung der Vereinten Nationen muss die
1773 internationale Staatengemeinschaft in Krisengebieten schnell geeignete Landstriche
1774 sichern, um fliehenden Menschen vor Ort Sicherheit und Grundversorgung zu bieten.
1775 Damit bleibt ihnen die lebensgefährliche Weiterflucht nach Europa erspart. Die
1776 Sicherheit der Grenzen dieser Gebiete ist mittels UN-Mandat auch mit kämpfenden
1777 deutschen und weiteren westlichen Truppen zu sichern.

1778 Schlepperei bekämpfen

1779 Die Bekämpfung von Schlepperei ist eines unserer zentralen Anliegen. Die
1780 Kommunikation in den Herkunftsländern, dass illegaler Grenzübertritt und Schlepperei
1781 ein Ausschlussgrund für dauerhaften Aufenthalt in Deutschland sein werden, ist massiv
1782 zu forcieren. Ausschließlich legal und angeworben ins Land kommende Personen dürfen
1783 die Perspektive auf dauerhaften Aufenthalt haben. Für diese Menschen wollen wir legale
1784 Wege der Einreise schaffen, um dem menschenverachtenden Geschäftsmodell der
1785 Schlepper den Boden zu entziehen. Für schutzbedürftige Menschen muss es Lösungen
1786 vor Ort geben, die wir nötigenfalls militärisch mit UN-Mandat sichern müssen. Auch
1787 Flüchtlingszentren in Drittstaaten bieten hierzu eine pragmatische Lösung. Asylanträge
1788 sollen immer nur im ersten sicheren Drittland gestellt werden dürfen, daher in aller Regel
1789 nicht in Deutschland.

1790 Ukraine durch Waffen und Diplomatie unterstützen

1791 Die Ukraine ist in jüngerer Zeit Opfer einer beispiellosen Aggression durch Russland
1792 geworden, für die es keine Rechtfertigung gibt. Gegen aggressive Diktatoren ist
1793 Appeasement heute so falsch, wie es das 1938 war. Unsere Unterstützung der Ukraine
1794 mit allem, was nötig ist, um den Krieg nicht zu verlieren, ist daher richtig. Modernste
1795 Waffentechnik gehört selbstverständlich dazu. Die Sicherheitsgarantien des Budapester
1796 Memorandums sind von der EU einzuhalten. Ein direkter Krieg mit Russland muss
1797 verhindert werden. Auch wenn mit vertretbaren Mitteln nicht mehr alle Teile der Ukraine
1798 zu befreien sein werden, muss die klare Konsequenz gegenüber Putin sein, dass er mit
1799 dem Angriff die Integration der Ukraine in NATO und EU erst erzwungen hat. Um
1800 deeskalierend zu wirken, sind von Europa die schon lange überfälligen diplomatischen
1801 Vorschläge für einen Friedensplan zu entwickeln. Dabei braucht es eine undogmatische
1802 Abstimmung der Ukraine mit ihren Unterstützern. Ein möglicher Friedensplan mit
1803 Russland sollte nach Möglichkeit die übrigen offenen Fragen des Kalten Krieges ebenfalls
1804 adressieren und die Konflikte um Moldawien und Georgien (Südossetien, Abchasien)
1805 beinhalten.

1806 **Stärke gegenüber Russland zeigen**

1807 Putin-Russland hat sich mit der Besetzung der Krim und weiter Teile der Ostukraine 2014
1808 und mit dem beispiellosen, darüber hinausgehenden Angriffskrieg ab 2022 selbst
1809 außerhalb der europäischen Völkerfamilie gestellt. Das ist historisch schmerzhaft, weil
1810 Russland kulturell und geografisch ein Teil Europas ist und wieder werden sollte. Unter
1811 den heutigen Umständen ist Russland jedoch der größte Unsicherheitsfaktor in Europa,
1812 seine Bestrebungen destabilisieren große Teile der Welt. Umso mehr muss Europa so
1813 lange unüberwindliche Stärke zeigen, bis Russland die Souveränität aller europäischen
1814 Staaten anerkennt und seine post-sowjetischen Machtbestrebungen aufgibt.

1815 **EU-Nachbarschaftspolitik ausbauen**

1816 Wir wollen die EU-Nachbarschaftspolitik mit den an die EU angrenzenden Regionen
1817 intensivieren. Hierdurch wollen wir die Achtung der Menschenrechte, die
1818 Rechtsstaatlichkeit und die Entwicklung der Demokratie und Marktwirtschaft jenseits der
1819 EU-Außengrenzen nachhaltig stärken und durch Anreizprogramme unterstützen. Wir
1820 wollen die Chancen nutzen, die Nachbarländer der EU bei ihren inneren Reformen, die zu
1821 mehr Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft führen, zu unterstützen. In
1822 erster Linie gilt dies für die Balkanländer wie Serbien, Albanien und Moldawien, aber auch
1823 für die christlichen Länder Vorderasiens wie Georgien und Armenien, die schwer von allen
1824 Seiten bedrängt werden. Es gilt weiter für die Länder Nordafrikas, mit denen wir eine
1825 erneuerte Basis der Zusammenarbeit finden müssen, die diese insbesondere beim
1826 nachhaltigen ökonomischen Aufbau unterstützt und Europa als Absatzmarkt für
1827 erneuerbare Energielieferungen wie Wasserstoff positioniert.

1828 **Keine Beitrittsverhandlungen mit Erdogan-Türkei führen**

1829 Die Erdogan-Türkei ist ein autokratischer Staat am Rande Europas. Unter Erdogan hat sie
1830 sich von der laizistischen Gründungsverfassung Atatürks, die das Land sogar in die NATO
1831 geführt hat, bis zur Unkenntlichkeit entfernt. Eine Aufnahme in die EU ist daher
1832 ausgeschlossen. Die schon ausgesetzten Beitrittsverhandlungen mit diesem Land, das
1833 immer wieder für Unruhe am östlichen Rand Europas sorgt, müssen dauerhaft beendet
1834 werden. Eine Perspektive wie mit den Ländern Nordafrikas, also eine privilegierte
1835 Partnerschaft, muss das neue Ziel für die Türkei werden.

1836 **Deutsch-französische Freundschaft pflegen**

1837 Ein historisch, wie geografisch und ökonomisch besonders enger Partner ist und soll
1838 immer Frankreich sein. Immer wenn Deutschland und Frankreich eng verbündet und
1839 geschlossen handelten, konnten die Krisen in Europa überwunden werden. Wir wollen
1840 deshalb dem deutsch-französischen Zusammenwirken wieder größte Bedeutung
1841 zukommen lassen und streben eine enge Absprache gemeinsamer Ziele mit unseren
1842 französischen Freunden an. Dies muss institutionalisiert und dauerhaft etabliert werden

1843 und über Besuche und Freundschaftstreffen deutlich hinausgehen. Gegenseitige
1844 Unterstützung auch im Umgang mit innenpolitisch konfliktreichen Punkten darf dabei
1845 nicht ausgeklammert werden. Insbesondere der Aufbau gemeinsamer militärischer
1846 Strukturen in Europa und der Umbau der EU zu einer schlagkräftigen Institution im
1847 globalen Wettbewerb bei Beibehaltung der nationalstaatlichen Rechte und Kultur
1848 müssen im Fokus der deutsch-französischen Kooperation stehen.

1849 **Enge Partnerschaft mit Großbritannien ausbauen**

1850 Der Austritt des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union ist nach wie vor
1851 eine schmerzhaft Wunde. Zu einem geeinten Europa gehört Großbritannien dazu. Mit
1852 seiner Wirtschaftsleistung, seiner Einwohnerzahl sowie der militärischen Stärke und
1853 dabei ähnlich gelagerten Interessen muss Großbritannien eine neue europäische
1854 Perspektive bekommen. Dabei ist die notwendige eigene Erneuerung der Europäischen
1855 Union zu nutzen, um Wege zu finden, unsere partnerschaftlichen Beziehungen neu und
1856 auf hohem Niveau auszuhandeln. Wir wollen, dass dies mit dem Ziel einer fairen
1857 Partnerschaft, aber ohne Sonderzugeständnisse an das Vereinigte Königreich geschieht.

1858 **Deutsch-amerikanische Freundschaft wertschätzen**

1859 Eine besondere historische und kulturelle Verbindung haben wir Deutschen zu den
1860 Vereinigten Staaten. Nicht nur stammen Millionen Amerikaner von hier ab, auch hat
1861 dieses Land ganz maßgeblich und unter unsäglichen menschlichen Opfern dazu
1862 beigetragen, Deutschland und Europa vom Joch des Nationalsozialismus zu befreien.
1863 Dafür sind wir ewig zu Dank verpflichtet und der Respekt gebietet es, bei aller möglichen
1864 Kritik dies zu reflektieren. Aus diesen Gründen ist die Partnerschaft mit den USA – und
1865 Kanada – für uns keine normale partnerschaftliche Beziehung wie mit anderen Ländern
1866 der freien Welt außerhalb Europas. Unsere gemeinschaftliche Geschichte, vergleichbare
1867 Wertesysteme und ein funktionierendes demokratisches Verständnis der Bevölkerung
1868 bilden für diese Beziehung eine besondere, einzigartige Basis, die wieder vermehrt
1869 gefördert werden muss. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Beziehung in Zukunft
1870 wieder stärker von gegenseitigem Respekt getragen wird.

1871 **Für Israels Sicherheit und Existenz eintreten**

1872 Israel ist das einzige demokratische Land und der einzige Rechtsstaat im Nahen Osten.
1873 Seine Einwohner sind in großer Zahl Nachkommen von Vertriebenen aus unseren
1874 Ländern. Daher haben wir ihnen gegenüber eine außerordentliche Verantwortung. Wir
1875 sehen die Existenz und die Sicherheit Israels als unumstößlichen Pfeiler der deutschen
1876 Außenpolitik an. Wir wollen auch in schweren Stunden unverrückbar an der Seite Israels
1877 stehen. Die Existenz und Sicherheit Israels muss dauerhaft garantiert sein. Israel verdient
1878 dabei unsere Unterstützung auf allen Ebenen. Die diametrale Außenpolitik der EU-
1879 Staaten in diesem Zusammenhang muss umgehend beendet werden. Das Anerkenntnis

1880 von Judäa, Samaria und Gazas als Staat ‚Palästina‘ durch Belgien, Irland, Slowenien und
1881 Spanien war falsch.

1882 Humanitäre Hilfe für Gaza leisten

1883 Die schon über viele Jahrzehnte kritische Situation der Menschen in Palästina ist seit dem
1884 Angriff der islamistischen Terrororganisation Hamas auf israelische Bürger am 7. Oktober
1885 2023 noch dramatischer geworden. Der Terror der Hamas sowie der Hisbollah mit direkter
1886 Unterstützung von Seiten des Irans verurteilen wir auf das Schärfste. Terroristen dürfen
1887 keine politische Rolle im Nahen Osten einnehmen. Der Iran als Terrorfinanzier muss klar
1888 in die Grenzen verwiesen werden. Wir müssen alles Mögliche tun, um dem großen Leid in
1889 Palästina rasch Abhilfe zu schaffen. Dabei müssen wir darauf achten, von Israel in seiner
1890 ihm unbestritten zugestandenen Kriegsführung nichts zu verlangen, was noch nie ein
1891 Land im Krieg leisten musste und vielleicht auch nie konnte, nämlich Kollateralschäden
1892 zu verhindern. Gleichzeitig aber müssen wir unseren eigenen Beitrag leisten, um zu helfen
1893 und dabei über das bisher Geleistete deutlich hinausgehen. Israel vertraut vielleicht zu
1894 Recht den UN-Koordinatoren vor Ort nicht mehr und kann Hilfslieferungen aus
1895 islamischen Ländern aus Sicherheitsgründen nicht akzeptieren. Die westlichen Staaten
1896 aber sollten in der Lage sein, dieses Vertrauen bei Israel zu erzielen und in enger
1897 Abstimmung mit Israel die notwendigen humanitären Lieferungen nach Gaza
1898 vorzunehmen.

1899 Zweistaaten-Lösung hinterfragen

1900 Der Nahe Osten braucht erneuertes Denken und Handeln, um Lösungen für Frieden und
1901 Ordnung näher zu kommen. Das von der bisherigen Bundesregierung hochgehaltene
1902 Dogma der Zweistaaten-Lösung darf dabei nicht im Wege stehen. Die aktuelle Eskalation
1903 in der Region macht es notwendig, bisherige Gewissheiten zu hinterfragen.

1904 Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern

1905 Wir wollen unsere Welt sicherer machen, deshalb unterstützen wir alle Maßnahmen, die
1906 dazu beitragen, die Ausbreitung von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.
1907 Besonders wichtig ist uns dabei, jegliche Inbesitznahme solcher Waffen für Terroristen
1908 und Terrorstaaten zu verhindern. Gegen einen nuklear bewaffneten Iran sind alle
1909 vertretbaren Mittel zu ergreifen. Jene Staaten wie Nordkorea, die schon Atommächte sind,
1910 müssen mit Nachdruck wieder dazu angehalten werden, einer vertraglichen Grundlage
1911 für die Reduzierung von Mittel- und Langstreckenraketen sowie Nuklearsprengköpfen
1912 zuzustimmen.

1913 Selbstbewusst gegenüber China auftreten

1914 China stellt eine immer stärker werdende Wirtschafts- und Industriemacht dar. Dazu
1915 kommt, dass die militärischen Fähigkeiten Chinas rasch wachsen und seine Politik in
1916 (un)mittelbarer Nachbarschaft zunehmend einer schärfer werdenden Rhetorik folgt.

1917 China ist darüber hinaus bestrebt, seinen Einfluss weltweit – vor allem wirtschaftlich,
1918 aber auch mit Militärbasen – auszubauen. Für Europa ist China ein wichtiger
1919 Handelspartner, zunehmend aber auch ein politischer und ökonomischer Rivale. Wir
1920 müssen uns davor schützen, sowohl beim Außenhandel wie auch bei den Lieferketten in
1921 zu große wirtschaftliche Abhängigkeiten zu geraten. Wir wollen unsere nationale
1922 Sicherheit und Schlüsseltechnologien besser vor chinesischer Einflussnahme schützen.

1923 Indien näher an uns binden

1924 Indien wird mit seiner rasch wachsenden Marktwirtschaft und der größten Bevölkerung
1925 aller Länder der Welt ein wichtiger Partner. Aktuell bewegt sich Indien geschickt zwischen
1926 allen internationalen politischen Lagern und kooperiert sowohl mit Russland und China
1927 als auch mit Europa und den USA. Ziel unserer Politik muss es sein, diese größte
1928 Demokratie der Welt nachhaltig an den Westen zu binden. Dafür braucht es mehr als
1929 Diplomatie; eine umfassende Wirtschafts- und ggf. Militärpartnerschaft mit den Staaten
1930 der EU und Amerikas ist aufzubauen.

1931 Kooperation mit regionalen Bündnissen vertiefen

1932 Wir beobachten die Entwicklungen um die BRICS-Staaten genau. So legitim es ist, dass
1933 die neuen Industrie- und Schwellenländer sich koordinieren, so problematisch ist die
1934 damit verbundene weitere Aufwertung von autokratischen oder expansiven Regimen wie
1935 Putin-Russland, Erdogan-Türkei oder auch China. Wir wollen dem auch eine intensiviertere
1936 Zusammenarbeit mit den bestehenden regionalen Bündnissen in Afrika, Asien,
1937 Lateinamerika und Ozeanien entgegenstellen. Wir brauchen Strategien und
1938 gemeinsames Handeln gegen die Bedrohung der Freiheit, für einen fairen, nachhaltigen
1939 Welthandel und im Umgang mit instabilen Ländern. Ziel muss gemeinsamer Wohlstand
1940 und Sicherheit sein.

1941 Zugang zu Rohstoffen partnerschaftlich sichern

1942 Wir wollen den Zugang zu seltenen Erden, Industriemineralien und fossilen Rohstoffen
1943 zur Energiegewinnung partnerschaftlich mit den entsprechenden Ländern im
1944 afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Raum organisieren. Übergeordnetes
1945 Ziel muss es allerdings sein, Rohstoffe im Kreislauf wiederzuverwenden und Alternativen
1946 zu fossilen Energieträgern zu fördern. Dabei muss klar sein, dass die Schutzräume in der
1947 Arktis und Antarktis erhalten bleiben und ihre Unantastbarkeit erreicht wird.

1948 Keine Entwicklungsgelder an strategische Rivalen zahlen

1949 Die bisherige Entwicklungspolitik hat nicht überzeugt. Insbesondere muss die Praxis
1950 enden, dass europäische Steuergelder an strategische Rivalen der EU wie z. B. die BRICS-
1951 Staaten und an korrupte Regime abfließen. In Konsequenz sollte die bisherige
1952 Entwicklungspolitik Deutschlands durch Programme der wirtschaftlichen und
1953 bildungspolitischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten ersetzt werden; dies auch mit

1954 dem Ziel, die werte- und rechtegebundene Bildung in den Zielstaaten messbar und
1955 nachhaltig zu stärken.

1956 **Der Verantwortung als Geberland gerecht werden**

1957 UN-Hilfsorganisationen wie das UNHCR leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Es
1958 kommt regelmäßig zu Verzögerungen der versprochenen Zahlungen. Die prekären
1959 Situationen in vielen Flüchtlingscamps stellen für viele der dort untergekommenen
1960 Menschen einen Grund zur Weiterflucht in Richtung Europa dar. Wir stehen deshalb für
1961 eine kontinuierliche Finanzierung durch die EU. Ziel muss mehr Planungssicherheit durch
1962 einen eigenen Haushalt auf Ebene der Vereinten Nationen sein. Neben der unmittelbaren
1963 Versorgung mit Nahrung, Medizin, Unterkunft und Kleidung muss humanitäre Hilfe vor Ort
1964 auch intensive Bildungsangebote beinhalten.

1965 **Vereinbartes 0,7-Prozent-Ziel für Entwicklungspolitik einhalten**

1966 Wir werden uns dafür einsetzen, dass Deutschland das international vereinbarte Ziel, 0,7
1967 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Entwicklungshilfe bereitzustellen, dauerhaft
1968 einhält. Diese Gelder sind eine wichtige Investition in unsere Sicherheit, weil sie der
1969 Flucht nach Europa und Radikalisierungen vorbeugen. Wir streben eine Erhöhung der
1970 Mittel für Entwicklungszusammenarbeit auf EU-Ebene an. Gemeinsam steht Europa in
1971 der Verantwortung, Fluchtursachen entschieden zu bekämpfen.

1972 **Entwicklungshilfe europäisch aufstellen**

1973 Historisch bedingt haben die einzelnen EU-Mitgliedstaaten zu bestimmten Regionen
1974 dieser Welt besondere Beziehungen. Das gilt es europaweit besser zu koordinieren und
1975 eine gemeinsame Schwerpunktsetzung abzustimmen. In der deutschen
1976 Entwicklungspolitik wollen wir erreichen, dass wir mit den dann für Deutschland
1977 ausgewählten Regionen und Staaten intensiv kooperieren und dort gezielt und
1978 nachvollziehbar Projekte voranbringen, die auch in unserem Interesse sind.

1979 **Völkerverständigung durch Städte- und Gemeindepartnerschaften stärken**

1980 Wir wollen unsere Erfahrungen aus den Städten und Gemeinden in den Bundestag tragen
1981 und den Ausbau der Städte- und Gemeindepartnerschaften voranbringen.
1982 Völkerverständigung findet schließlich nicht zwischen Staaten, sondern zwischen deren
1983 Bürgerinnen und Bürgern statt. Deshalb müssen diese Begegnungen in den Kommunen
1984 stattfinden, dort wo die Politik den Menschen am nächsten ist. Hier wurde in den letzten
1985 Jahren viel zu wenig getan. Die Mittel dafür müssen aufgestockt werden.

1986 **Sicherheit durch Verteidigung**

1987 Trotz all unserer Bemühungen um eine bessere Welt werden wir auch immer wieder mit
1988 Gefahren und Gewalt konfrontiert werden. Dafür müssen wir uns deutlich besser

1989 wappnen und konsequenter aufstellen. Wenn es ernst wird, müssen wir bereit und so
1990 aufgestellt sein, dass wir unsere Ziele sicher erreichen können.

1991 Verteidigungsfähigkeit durch bedarfsgerechte Finanzen stärken

1992 Deutschland hat sich verpflichtet, zwei Prozent seines Bruttoinlandsproduktes in die
1993 Verteidigung zu investieren. Trotzdem ist dies bis 2024 nie geschehen. Wir stehen für das
1994 klare Bekenntnis zum dauerhaften 2-Prozent-Ziel der NATO, um ein verlässlicher NATO-
1995 Partner zu sein und die deutsche Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen. Die aktuellen
1996 deutschen Verteidigungsstrukturen sind den heutigen globalen Herausforderungen nach
1997 dem radikalen Sparkurs der letzten Jahrzehnte aber nicht gewachsen. Das
1998 „Sondervermögen“ war ein richtiger erster Schritt, der jedoch nicht hinreichend ist,
1999 unsere Sicherheit in den nächsten Jahren zu garantieren. Wir wollen das Sondervermögen
2000 verdoppeln und die Finanzierung der Bundeswehr für die kommenden Jahre auf 3 Prozent
2001 des BIP anheben, bis wir die nötige Wehrfähigkeit wieder erreicht haben.

2002 Beschaffungswesen schneller machen

2003 Die veränderte Bedrohungslage durch weltweite Kriege, Krisen, Terrorismus, eine hybride
2004 Kriegsführung und Cyberkriege stellen die Bundeswehr vor große Herausforderungen.
2005 Grobe Fehler in der Beschaffungspolitik kosten uns Milliarden. Auch im Hinblick auf das
2006 Sondervermögen steht das Erfordernis einer Reform des gesetzlich aufwendig regulierten
2007 Beschaffungswesens. Es ist nicht vermittelbar, wenn trotz eines hohen
2008 Investitionsbedarfs bei den Streitkräften bereitgestellte Haushaltsmittel aufgrund
2009 vielfältiger Defizite im Beschaffungswesen nicht investiert werden.

2010 Abwehr im Cyberraum stärken

2011 Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands zeigt, dass die militärische Gefahr nicht
2012 nur von konventionellen Mitteln der Kriegsführung ausgeht, sondern auch von hybrider
2013 Kriegsführung. Die hybride Kriegsführung zeichnet sich durch verbrecherische Aktivitäten
2014 im Cyberraum aus. Die Bundeswehr hat deswegen den Organisationsbereich des Cyber-
2015 und Informationsraumes in eine Teilstreitkraft aufgewertet. Jedoch wird dieser Bereich
2016 nicht genug gefördert. Wir wollen deswegen die Abwehr im Cyberraum stärken und
2017 Kompetenzen schaffen, um in einem Verteidigungsfall gegen hybride Angriffe gewappnet
2018 zu sein.

2019 Einbindung der Truppenexpertise bei Rüstungsprojekten gewährleisten

2020 Bei den letzten Bundeswehr-Reformen wurde die Weiterentwicklung in allen
2021 Organisationsbereichen in die Kommandobehörden verlagert. Die Projektleitung ist
2022 dadurch nicht nahe genug an der Fachexpertise der Truppe, wodurch der bürokratische
2023 Aufwand im Prozess der Weiterentwicklung steigt. Künftige Beschaffungsprozesse
2024 werden hierdurch zusätzlich erschwert. Wir wollen die Weiterentwicklung wieder näher

2025 an die Truppe verlagern, um Projekte bedarfsgerecht und schneller bei gleichzeitiger
2026 Einsparung von Haushaltsmitteln umsetzen zu können.

2027 **Rüstungspolitik europäisch organisieren**

2028 Wir wollen unsere Rüstungspolitik und Rüstungsbeschaffung stärker europäisch
2029 organisieren. Eine gemeinsame Verteidigungsindustrie gewährleistet eine strategische
2030 Autonomie und unsere technologische Unabhängigkeit. Die hohen Kosten für
2031 militärische Hochtechnologie sind immer schwerer durch nationale Haushalte zu
2032 finanzieren. Eine gemeinschaftliche Entwicklung und Beschaffung ist daher notwendig.
2033 Gemeinsame Rüstungsprojekte auf europäischer Ebene ermöglichen durch höhere
2034 Stückzahlen und geringere Overhead-Kosten deutliche Einsparungen. Ziel muss sein, die
2035 Anzahl der verschiedenen Waffensysteme zu reduzieren. Gemeinsam genutzte Systeme
2036 gewährleisten die notwendige Interoperabilität und reduzieren den logistischen Aufwand
2037 bei gemeinsamen Operationen. Wir wollen deshalb die „Ständige Strukturierte
2038 Zusammenarbeit“ schnellstmöglich intensivieren und Rüstungsprojekte auf die
2039 europäische Ebene verlagern. Das derzeitige Beschaffungswesen der Bundeswehr ist
2040 dysfunktional, es ist nicht geeignet, den quantitativen und qualitativen Rüstungsbedarf
2041 zeitgerecht zu decken. Ein erheblich größerer Anteil europäischer Beschaffung soll
2042 Kosten sparen und Prozesse optimieren. Wir wollen deshalb die Beschaffung auf die
2043 europäische Ebene verlagern.

2044 **Europas Rolle in der NATO stärken**

2045 Ein möglicher Rückzug US-amerikanischer Truppen aus Europa würde ein
2046 Sicherheitsvakuum entstehen lassen, das wir gesamteuropäisch füllen müssen. Wir
2047 streben eine enge europäische Zusammenarbeit im Wehrbereich an, die keine
2048 Dopplungen zur NATO-Struktur schaffen, sondern eine Ergänzung darstellen soll. Ein
2049 starkes Europa in der NATO kann den USA gleichberechtigt zur Seite stehen. Wir wollen
2050 eine starke NATO, um schlagkräftig auf die Herausforderungen des Cyberkriegs und des
2051 internationalen Terrorismus sowie der gemeinsamen Landes- und Bündnisverteidigung
2052 reagieren zu können.

2053 **Friedenseinsätze rechtssicher und zielgerichtet gestalten**

2054 Einsätze der Bundeswehr müssen mit dem Grundgesetz und dem internationalen Recht
2055 vereinbar sein und dürfen nur dazu dienen, den Frieden zu wahren oder
2056 wiederherzustellen. Die Ziele müssen klar definiert, mit Zeitplänen verknüpft und stetig
2057 überprüft und kontrolliert werden.

2058 **UN-Einsätze überdenken**

2059 Seit mehreren Jahrzehnten ist festzustellen, dass Einsätze humanitärer sowie militärischer
2060 Art korrumpiert werden. Der UNIFIL-Einsatz, auch unter Beteiligung der Bundeswehr,
2061 konnte nicht die extreme Wiederaufrüstung der Hisbollah verhindern. Zuletzt hat der

2062 UNRWA-Einsatz im Gazastreifen erschreckend aufgezeigt, wie schnell sich die gute
2063 Absicht ins Gegenteil wendet. Wir fordern, dass Deutschland als Gebernation der UN die
2064 Finanzierung und Unterstützung von Terror durch die Hintertür nicht weiter duldet und
2065 entsprechende Konsequenzen in der UN durchsetzt oder sich aus solchen Programmen
2066 zurückzieht.

2067 Psychische Wunden besser versorgen

2068 Jeder aktive Soldat, Veteran und Bundeswehrangehörige verdient eine faire und schnelle
2069 Unterstützung – insbesondere wenn es um psychische Wunden geht. Unsere
2070 Gesellschaft trägt die Verantwortung, eine verlässliche und freie Wahl von Psychologen
2071 und Therapeuten zu ermöglichen. Nur durch wirksame Reformen können wir diesen
2072 Menschen gerecht werden und ihre Hoffnung auf ein lebenswertes Leben erhalten.

2073 Dienst bei der Bundeswehr attraktiv gestalten

2074 Wir wollen, dass den Soldaten das Material zur Verfügung steht, das sie für ihren Dienst
2075 benötigen. Die moderne und einsatzfähige Ausrüstung ist eine der
2076 Grundvoraussetzungen für einen attraktiven Dienst. Attraktive Arbeitsbedingungen für
2077 alle Beschäftigten der Bundeswehr sind untrennbar mit einer effektiven und effizienten
2078 Aufgabenerfüllung verbunden. Neben attraktiven sozialen Rahmenbedingungen sind der
2079 Rückhalt in Politik und Gesellschaft sowie eine konsequente Beschaffung
2080 bedarfsgerechter Ausstattung und die zwingende Bereitstellung der erforderlichen
2081 Ressourcen von elementarer Bedeutung. Länger dienende Soldaten dürfen bei
2082 Attraktivitätsprogrammen nicht vergessen werden. Der Überalterung der Streitkräfte
2083 muss aber entgegengearbeitet werden. Der Soldatenberuf erfordert ein hohes Maß an
2084 Resilienz und stellt große Anforderungen an die körperliche und geistige
2085 Leistungsfähigkeit. Mit zunehmendem Lebensalter reduzieren sich diese Fähigkeiten.
2086 Deshalb lehnen wir die Erhöhung der besonderen Altersgrenze ab.

2087 Rückhalt und Wertschätzung öffentlich zeigen

2088 Wir wollen, dass die Bundeswehr den erforderlichen Rückhalt und Wertschätzung aus der
2089 Gesellschaft erfährt. Wir stehen zu öffentlichen Gelöbnissen,
2090 Informationsveranstaltungen durch Jugendoffiziere an Schulen sowie auf Messen zur
2091 Gewinnung des wichtigen Nachwuchses aus der Breite der Gesellschaft. Die Reservisten
2092 müssen in allen Bereichen gefördert werden, um sie flexibel, vor allem in
2093 Mangelverwendungen, einsetzen zu können. Die Bürokratie rund um Wehrübungen muss
2094 abgebaut werden und die Rahmenbedingungen müssen eng mit den
2095 Interessenverbänden abgestimmt werden.

2096 Gesellschaftsjahr für alle einführen

2097 Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wurde eines der letzten gesellschaftlichen
2098 Bindeglieder ohne Not aufgegeben. Die veränderten Sicherheits- und Bedrohungslagen

2099 erfordern zudem eine Anpassung der militärischen Strukturen, womit sich der Bedarf an
2100 qualifiziertem Nachwuchs erhöht. Wir fordern deshalb ein Gesellschaftsjahr für Frauen
2101 und Männer. Dabei soll es eine Wahlfreiheit zwischen dem Dienst in der Bundeswehr, im
2102 Katastrophenschutz, bei der Feuerwehr und weiteren Blaulichtorganisationen sowie im
2103 sozialen Bereich geben.

2104 Altersvorsorge für Deutschland

2105 Altersarmut entschieden bekämpfen

2106 Wir setzen uns dafür ein, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Gleichzeitig
2107 müssen private und betriebliche Altersvorsorge gestärkt werden, um allen Menschen eine
2108 würdige Altersversorgung zu ermöglichen. Wir lehnen es ab, dass Rentner durch Steuern
2109 oder hohe Lebenshaltungskosten übermäßig belastet werden. Der Schutz vor
2110 Altersarmut ist ein zentrales Anliegen unserer Sozialpolitik.

2111 Flexibilität in der Rente ermöglichen

2112 Wir setzen uns für eine Rentenpolitik ein, die den individuellen Lebenslagen der
2113 Menschen gerecht wird. Deshalb fordern wir die Einführung flexiblerer Rentenmodelle,
2114 die es den Bürgern erlaubt, je nach persönlicher Situation früher oder später in den
2115 Ruhestand zu gehen. Diese Flexibilität soll sicherstellen, dass jeder selbst entscheiden
2116 kann, wann der richtige Zeitpunkt für den Renteneintritt gekommen ist, und so die
2117 Bedürfnisse einer alternden Gesellschaft berücksichtigt werden.

2118 Renteneintrittsalter nicht erhöhen

2119 Wir sprechen uns klar gegen eine Erhöhung des Rentenalters aus. Menschen, die ihr
2120 Leben lang gearbeitet haben, sollen die Möglichkeit haben, ihren Ruhestand in Würde und
2121 Sicherheit zu genießen. Statt das Rentenalter anzuheben, setzen wir uns für alternative
2122 Maßnahmen zur Stabilisierung der Rentensysteme ein, die den Bedürfnissen der älteren
2123 Generation gerecht werden.

2124 Doppelbesteuerung von Renten abschaffen

2125 Wir fordern die Abschaffung der Doppelbesteuerung von Renten. Es ist ungerecht, dass
2126 Rentner, die während ihres Erwerbslebens bereits Steuern gezahlt haben, im Alter
2127 nochmals zur Kasse gebeten werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Renten fair und
2128 gerecht besteuert werden, ohne dass es zu einer doppelten Belastung kommt. Jeder
2129 Mensch soll im Alter die Früchte seiner Arbeit ohne unnötige finanzielle Belastungen
2130 genießen können.

2131 Rente sichern

2132 Wir wollen die gesetzliche, betriebliche und freiwillige Vorsorge so aufstellen, dass wieder
2133 ein möglichst hoher Rentenanspruch sichergestellt wird und ein Absinken des
2134 Rentenniveaus der Vergangenheit angehört. Die gesetzliche Rentenversicherung soll
2135 maßgeblich den Erhalt des Lebensstandards gewährleisten. Bei der Verwendung von
2136 Beiträgen und Steuermitteln ist eine größtmögliche Transparenz herzustellen. Es muss
2137 sichergestellt werden, dass die betriebliche und private Vorsorge vom Staat honoriert
2138 wird. So stellt z. B. Kanada Kapitalerträge für das private Altersvorsorgekonto steuer- und
2139 abgabenfrei. Kapital darf erst mit Eintritt in die Rente daraus entnommen werden.

2140 Doppelverbeitragung abschaffen

2141 Wir fordern in Zusammenarbeit mit dem Verein der Direktversicherungsgeschädigten
2142 endlich eine Lösung für Millionen von Betroffenen, die eine Betriebsrente erhalten. Wir
2143 wollen die Abschaffung der Doppelverbeitragung auf Direktversicherungen und
2144 Betriebsrenten zur Kranken- und Pflegeversicherung beenden und eine Entschädigung
2145 der Direktversicherungsgeschädigten erreichen.

2146 Gesundheit für Deutschland

2147 Die aktuellen mehrdimensionalen Missstände gefährden den sozialen Frieden in
2148 Deutschland. Die demografischen Entwicklungen und damit einhergehende finanzielle
2149 Mehrbelastungen des Sozial- und Gesundheitssystems in Deutschland stellen unser
2150 gesamtes System, wie wir es bisher kennen, vor große Herausforderungen.

2151 Die Herausforderungen in den Bereichen „Gesundheit“, „Pflege“ und „Medizin“ brauchen
2152 ambitionierte Antworten. Wir erleben seit Langem einen Rückbau in der Qualität und der
2153 Quantität vieler Leistungen. Nicht nur der ländliche Raum droht der große Verlierer dieser
2154 Entwicklung zu werden, auch in den Städten ist die negative Entwicklung deutlich
2155 spürbar. Wir müssen dies durch umfassende Maßnahmen und Reformen verändern, hin
2156 zu einem sozialen Gesundheitskonzept, in dem das deutsche und europäische
2157 Vorsorgeprinzip eingehalten wird. Dabei gilt es, alle Menschen mit in die Verpflichtung zu
2158 nehmen, nicht nur finanziell, sondern auch in Bezug auf die Prävention und
2159 Selbstfürsorge. Durch unsere kommunale Verankerung sehen wir es als eine unserer
2160 Hauptaufgaben an, uns für eine wohnortnahe und flächendeckende medizinische
2161 Versorgung in Deutschland mit u. a. freiberuflichen Haus- und Fachärzten sowie mit
2162 inhabergeführten Apotheken einzusetzen. Zudem wollen wir sicherstellen, dass
2163 leistungsstarke Not- und Rettungsdienste sowie Krankenhäuser auch auf dem Land in
2164 erreichbarer Entfernung verfügbar sind.

2165 Finanzierung des Gesundheitswesens erneuern

2166 Wir wollen den Generationenvertrag erneuern. Wir setzen uns als Ziel, die bestehende
2167 Struktur der Sozialversicherung zu überarbeiten. Dabei setzen wir auf die Eckpfeiler:
2168 soziale Verantwortung, Eigenverantwortung und Generationengerechtigkeit. Eine gute
2169 Versorgung in Krankheit und den Unterstützungsbedarf im Alter wollen wir für jeden
2170 Bürger sicherstellen. Dabei wollen wir mittelfristig Familien entlasten und die Möglichkeit
2171 geben, eigenes Vermögen aufzubauen. Das bestehende System wollen wir durch neue
2172 Vorsorgebausteine ergänzen.

2173 Pflegeversicherung reformieren

2174 Die bestehende Gesetzeslage lässt eine Verhandlung der Pflegesätze auch nach den
2175 tatsächlich anfallenden Kosten zu. So kann weiterhin eine hohe Qualität der Pflege durch
2176 Tarifentlohnung gewährleistet werden. Es ist aber nicht hinnehmbar, dass Bewohner der
2177 Senioreneinrichtungen zu Sozialhilfeempfängern werden, wenn die Eigenanteile dadurch
2178 drastisch erhöht werden müssen. Wir setzen uns für eine Reform der
2179 gesetzlichen Pflegeversicherung ein, so dass die zu leistenden Eigenanteile
2180 sozialverträglich gestaffelt und gedeckelt werden.

2181 Notfallversorgung ausbauen

2182 Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau einer adäquaten, flächendeckenden
2183 Notfallversorgung ein und sind bereit, dafür auch neue Wege zu gehen. Dazu gehört die
2184 Förderung von Projekten wie Telemedizin, landesweiten integrierten Leitstellen,
2185 Alarmierungs-Apps und Helfern vor Ort (HvO).

2186 Bürokratie im Gesundheitswesen abbauen

2187 Gerade im Gesundheitswesen erwächst durch die teilweise undurchsichtige und
2188 überbordende Bürokratie eine ausufernde Verwaltung. Die damit verbundene Arbeitszeit
2189 geht der eigentlichen Patientenversorgung verloren. Wir möchten die
2190 Eigenverantwortlichkeit der Leistungserbringer im Gesundheitswesen wieder stärken, so
2191 dass auch das Vertrauen in Pflegepersonal und Ärzte wieder zunimmt. Wir setzen uns
2192 deshalb dafür ein, dass in Zukunft der Regelfall nicht mehr dokumentiert werden muss,
2193 sondern die Ausnahmen von der Regel mit einer Begründung, warum abgewichen werden
2194 musste. Wir wollen den Paragrafendschub von Normen, Regeln und Gesetzen
2195 durchforsten und unnötige Dokumentationspflichten abbauen. Wir stehen für den
2196 gezielten Auf- und Ausbau KI-basierter Dokumentationssysteme. Qualitätskontrollen
2197 durch Heimaufsicht, Gewerbeaufsichtsamt, Gesundheitsamt und den Medizinischen
2198 Dienst der Krankenkassen (MDK) wollen wir flexibilisieren und Strukturen
2199 zusammenlegen, um Doppelstrukturen und damit entsprechende Überbürokratisierung
2200 zu vermeiden. Wir setzen hierbei auf Innovation und wollen Chancen für
2201 Öffnungsklauseln, Erprobungsmöglichkeiten und Modellprojekte eröffnen.

2202 Einfluss profitorientierter Praxisketten (iMVZ) zurückdrängen

2203 Wir stehen zu unserer guten Gesundheitsversorgung durch Praxismgemeinschaften. Was
2204 wir verhindern wollen, ist die Ausbreitung weiterer (profitorientierter)
2205 investorenbetriebener Medizinischer Versorgungszentren (iMVZ). Solche Zentren
2206 gefährden die ambulante Versorgung. Der zunehmenden Einflussnahme von
2207 renditenorientierten Kapitalinvestoren auf die ambulante medizinische Versorgung ist
2208 Einhalt zu gebieten und die Unabhängigkeit der ärztlichen Entscheidung zu stärken.
2209 Diverse Private-Equity-Gesellschaften dominieren bereits jetzt die ambulante
2210 Versorgung. In diesem System werden immer mehr Arztpraxen zu „Ketten“
2211 zusammengefügt. Wir fordern, dass die versprochene gesetzliche Regulierung von iMVZ
2212 in die Tat umgesetzt wird.

2213 Freie Berufe stärken

2214 Versorgungslücken werden wir nur in Zusammenarbeit mit freiberuflichen sowie
2215 niedergelassenen Haus- und Fachärzten, Hebammen, Apothekern und Therapeuten
2216 verhindern können. Diesen freien Gesundheitsberufen kommt eine Schlüsselfunktion in
2217 unserer Gesundheitsversorgung zu. Eine Stärkung und mehr Schutz der
2218 Leistungserbringer im Gesundheitswesen können durch eine effizientere
2219 Qualitätssicherung, den Abbau von Bürokratie und durch die Sicherung eines hohen
2220 Qualitätsstandards in der Ausbildung erzielt werden. Wir wollen den Staat wieder zu
2221 einem verlässlichen Partner der freien Berufe machen. Dazu gehört für uns, dass man die
2222 staatlich zugestandene Autonomie der freien Berufe respektiert und wieder herstellt und
2223 dass ebenso eine zeitgemäße Honorierung der Leistungen erfolgt sowie die
2224 Gebührenordnungen endlich angepasst und dynamisiert werden.

2225 Wohnortnahe Apotheke der Zukunft fördern

2226 Wir setzen uns dafür ein, dass die wohnortnahe, flächendeckende Versorgung unserer
2227 Bevölkerung durch Apotheken gestärkt wird. Die Apotheken schaffen in Deutschland
2228 etwa 160.000 wohnortnahe, familiengerechte Arbeitsplätze und leisten dadurch einen
2229 wichtigen gesellschaftlichen Beitrag. Die Ausbildungsberufe in Apotheken müssen
2230 gefördert werden. Die Transformation zur Apotheke der Zukunft muss ausreichend
2231 finanziert werden.

2232 Arzneimittelproduktionsstandort Deutschland stärken

2233 Die Auswirkungen der Rabattverträge – ein Sparinstrument der Krankenkassen – haben
2234 dazu geführt, dass 85 Prozent der Produktionskapazitäten von verschreibungspflichtigen
2235 Arzneimitteln in Europa mittlerweile in China und Indien erfolgen. Diese Entwicklung
2236 wollen wir rückgängig machen. Wir fordern, die Abhängigkeiten von außereuropäischen
2237 Produzenten drastisch zu reduzieren. Deutschland muss wieder autark in seiner
2238 Arzneimittelproduktion werden.

2239 Apothekenhonorar fair gestalten

2240 Die Apothekenhonorierung ist seit knapp 20 Jahren nahezu unverändert, während andere
2241 Kosten enorm anstiegen. Wir fordern deshalb die längst überfällige Erhöhung des
2242 Apothekenfixums. Unterschiedliche Honorare für kleine oder besonders leistungsfähige
2243 Apotheken lehnen wir ab.

2244 Digitalisierung in der Apotheke vorantreiben

2245 Die Apotheker stehen dem E-Rezept positiv gegenüber. Auch unterstützen sie es, wenn
2246 die Medikationsliste automatisiert in der elektronischen Patientenakte verfügbar ist, denn
2247 dann kann durch diese Information die Arzneimittelsicherheit für die Patienten deutlich
2248 gesteigert werden. Kommunikation im Medizinwesen (KIM) ist der zukünftige Weg, der
2249 sich bereits bewährt und ausgebaut werden muss.

2250 Versandhandel von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln verbieten

2251 Bereits der Europäische Gerichtshof hat sich für ein Verbot des Versandhandels mit
2252 verschreibungspflichtigen Arzneien ausgesprochen. Die ausländischen
2253 Versandapotheken unterliegen keinerlei den deutschen Apotheken vergleichbaren
2254 Überwachungspflichten. Hier herrscht eine eklatante Wettbewerbsverzerrung. Wir
2255 fordern daher das Verbot des Versandhandels von verschreibungspflichtigen
2256 Arzneimitteln.

2257 Gesundheitskompetenz stärken

2258 Gesundheitsleistungen müssen auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Wir setzen uns
2259 deshalb für eine Stärkung effektiver Prävention ein. Denn diese schützt vor langwierigen
2260 und teuren Behandlungen. Hierfür sind Aufklärungskampagnen, eine betriebliche
2261 Gesundheitsvorsorge, eine Stärkung der Eigenverantwortung, Suchtbekämpfung,
2262 Drogentherapie, die Förderung von Kur- und Heilbädern sowie auch eine
2263 Gesundheitsbildung im Sinne der Gesundheitskompetenz – bereits ab dem Kindergarten,
2264 in den Schulen (z. B. Schulgesundheitspflege) und bis hinein in die Erwachsenenbildung
2265 – notwendig.

2266 Professionelle Pflege aufwerten

2267 Aktuell fehlen deutschlandweit ca. 200.000 Pflegekräfte. Aufgrund des Personalmangels
2268 können Pflegeangebote in der stationären Langzeitpflege und in der akuten Versorgung
2269 nicht mehr angeboten werden. Ambulante Pflegedienste sind gezwungen, ihre
2270 Einzugsgebiete – vor allem im ländlichen Raum – zu reduzieren. Da dieses Problem des
2271 Fachkräftemangels nur langfristig durch Attraktivitätssteigerung und leistungsgerechte
2272 Entlohnung des Pflegeberufes erreicht werden kann, braucht es neben langfristigen
2273 Lösungen auch kurzfristige Ansätze, um zu verhindern, dass dieses System zeitnah
2274 zusammenbricht. Um dem zu begegnen, braucht es die Delegation von

2275 behandlungspflegerischen Tätigkeiten an angelernte Hilfskräfte und die Anerkennung
2276 anderer Berufsgruppen (wie z. B. Heilerziehungspfleger) als Pflegefachkräfte. Anderen
2277 Berufsgruppen aus dem Gesundheitswesen, wie beispielsweise medizinischen
2278 Fachangestellten und Ergotherapeuten, könnte durch eine Fortbildung die Zulassung als
2279 Pflegefachkräfte ermöglicht werden. Wir unterstützen die wichtige berufspolitische
2280 Arbeit der Bundespflegekammer und der vorhandenen Landespflegekammern.

2281 Rahmenbedingungen für eine professionelle Pflege verbessern

2282 Das „Pflegekompetenzgesetz“ gilt es in der nächsten Regierung wieder aufzugreifen und
2283 zeitnah umzusetzen, um professionell Pflegenden in ihrem Handlungsspielraum mehr
2284 Eigenverantwortung zukommen zu lassen. Wir setzen uns für unterschiedliche
2285 Qualifikationsniveaus in der professionellen Pflege ein: von der bundeseinheitlichen
2286 generalistischen Pflegehelferausbildung (18 Monate) bis hin zur Akademisierung in der
2287 Pflege. Je nach Qualifikationsniveau der Ausbildung in der Pflege muss auch eine
2288 entsprechende Ausübung von Verantwortung mit einer angepassten Bezahlung möglich
2289 sein. Hierzu gehört neben den gesetzlich verankerten Vorbehaltsaufgaben die
2290 Übertragung heilkundlicher Tätigkeiten. Dadurch kann u. a. die Attraktivität des
2291 Berufsbildes gesteigert und eine Vergleichbarkeit im EU-Kontext der Pflegebildung
2292 hergestellt werden.

2293 KI im Pflegealltag nutzen

2294 Wir fordern den pragmatischen Einsatz von KI (z. B. im Rahmen der
2295 Dienstplangestaltung), um den Fortschritt der Digitalisierung im Pflegealltag zu fördern.
2296 Dazu braucht es neben der Aufklärung über die Möglichkeiten und Grenzen solcher
2297 Systeme auch entsprechende finanzielle Förderprogramme seitens des Bundes. In Zeiten
2298 des Fachkräftemangels kann die Digitalisierung viele Aufgaben übernehmen, so dass die
2299 Zeit für die professionelle Pflege am Patienten wieder effektiv und sinnvoll genutzt werden
2300 kann.

2301 Praktische Ausbildung in der Pflege aufwerten

2302 Um die Abbrecherquoten zu senken, braucht es neben einer guten berufsschulischen
2303 Ausbildung eine ebenso starke praktische Ausbildung in der Pflege – diese sollte durch
2304 entsprechend pädagogisch qualifizierte Praxisanleitende erfolgen. Um diese wertvolle
2305 Aufgabe zu erfüllen, muss neben finanziellen Anreizen auch die Möglichkeit der
2306 Freistellung vom Arbeitsalltag gegeben sein. Dazu sollten dritte Lernorte, wie etwa in
2307 Skills Labs, in der Ausbildung und im Studium, adäquat genutzt und etabliert werden.

2308 Pflegende Angehörige stärken

2309 Die Leistung pflegender Angehöriger ist außerordentlich und bedarf deutlich mehr
2310 gesamtgesellschaftlicher Unterstützung. Für Familienangehörige muss mehr

2311 unbürokratische und individuelle Hilfe abrufbar werden. Ebenso sind eine finanzielle
2312 Entschädigung und die Anerkennung der Pflegezeit bei der Altersrente erforderlich.
2313 Modellprojekte zu Kurzzeitpflegeeinrichtungen oder Kurzzeitwohnen müssen vermehrt
2314 gefördert werden. Um Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen die bestmögliche
2315 Unterstützung in Bezug auf ihre Leistungsansprüche zu gewährleisten, sind eine
2316 umfassende und angemessene Pflegeberatung gemäß § 7a SGB XI sowie kostenlose
2317 Pflegekurse unerlässlich. Sozialdienste in Krankenhäusern und Rehaeinrichtungen
2318 sollten stärker in die Verantwortung für die pflegerische Versorgung nach der Entlassung
2319 eingebunden werden. Fehlende Koordination gefährdet die Kontinuität der Versorgung
2320 und kann zu Versorgungslücken sowie einem Drehtür-Effekt führen. Dies belastet nicht
2321 nur die Betroffenen und ihre pflegenden Angehörigen, sondern auch die Krankenkassen.

2322 **Ärztliche Ausbildung bedarfsgerecht steuern**

2323 Die Ausbildung des medizinischen Personals wollen wir an den Bedarfen ausrichten. Die
2324 zunehmende Spezialisierung führt nicht notwendigerweise zu einer Verbesserung der
2325 Versorgung. Deshalb wollen wir zusammen mit den Kammern an einer bedarfsgerechten
2326 Ausbildung arbeiten und die Grundversorger mit breiter Ausbildung fördern. Wir setzen
2327 auf die Erfahrung und Expertise der in der medizinischen Versorgung Tätigen und wollen
2328 sie in die Planung der medizinischen Versorgung stärker einbeziehen. Hierbei wollen wir
2329 uns nicht nur auf die entsprechenden Körperschaften und Funktionäre verlassen,
2330 sondern die direkt am Patienten Tätigen zur Entscheidungsfindung einladen. Dies sehen
2331 wir im Rahmen kommunal organisierter „runder Tische“ oder „Konferenzen“ zu den
2332 Themen im Gesundheitsbereich.

2333 **Zusammenarbeit von „ambulant“ und „stationär“ fördern**

2334 Wir setzen weiterhin auf das Konzept „ambulant vor stationär“, sehen aber die
2335 Notwendigkeit, die Zusammenarbeit der beiden Sektoren sowohl bei medizinischer
2336 Versorgung wie auch im Bereich der Pflege im Sinne der Patientinnen und Patienten zu
2337 fördern und durch weitere Konzepte zu erweitern.

2338 **Anreize für längeren Verbleib im Beruf schaffen**

2339 Wir wollen Anreize schaffen, dass Selbstständige im medizinischen Bereich wieder länger
2340 für ihre Tätigkeit zur Verfügung stehen. Über „Halteprämien“ und steuerliche
2341 Vergünstigungen sollen ältere Ärzte, Apotheker und medizinische Therapeuten ihre
2342 Tätigkeit über das Rentenalter hinaus weiterführen, um die derzeitige Mangelsituation zu
2343 entschärfen.

2344 **Modellprojekte für flexible Patientenversorgung vorantreiben**

2345 Wir wollen in Form von Modellprojekten flexible Modelle der Patientenversorgung
2346 ermöglichen (Pflegehostels, Wiederbelebung und Förderung von belegärztlichen
2347 Konzepten etc.). Solche Konzepte benötigen eine auskömmliche Finanzierung. Dazu

2348 braucht es aber eine Flexibilisierung der bisher starren Finanzierungskonzepte der
2349 Krankenkassen mit strikter Zuordnung von Leistungen in stationäre, ambulante, ärztliche,
2350 pflegerische und nichtärztliche Töpfe.

2351 **Telemedizin ausbauen**

2352 Hausarztorientierte, innovative Versorgungskonzepte (medizinische Versorgungszentren
2353 unter ärztlicher Leitung), der Ausbau der Telemedizin sowie interdisziplinäre Netzwerke
2354 wollen wir voranbringen. Wir befürworten die weitere Digitalisierung der Medizin, wobei
2355 Datenschutz und Transparenz gewährleistet werden müssen. Der Bund muss die
2356 Programme für die Hausarztversorgung in allen Regionen und für die Pflegeversorgung im
2357 ländlichen Raum unterstützen, z. B. mit einer besseren Vernetzung/Verzahnung der
2358 Hausarztmodelle mit der Pflege.

2359 **Zahnärzte auf den Stand der Zeit bringen**

2360 Wir fordern mehr Transparenz und Bürokratieabbau in der Zahnmedizin. Zudem warten
2361 die Zahnärzte seit über 30 Jahren auf eine Anpassung der Gebührenverordnung (GOZ).

2362 Wir setzen uns für eine Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes ein, für
2363 Fördermöglichkeiten im Bereich von Praxisgründungen und für finanzielle
2364 Unterstützungsmöglichkeiten gerade in unterversorgten Regionen.

2365 **Wohnortnahe Krankenhausversorgung erhalten**

2366 Wir stehen für den Erhalt unserer kommunalen Gesundheits- und Notfallversorgung.
2367 Hierfür braucht es eine solide und verlässliche Finanzierung unserer Krankenhäuser
2368 durch eine deutlich überarbeitete Krankenhausreform. Wir wollen eine erreichbare und
2369 wohnortnahe Notfallversorgung – hierbei soll das Wohl der Patienten bei einer
2370 medizinischen Versorgung auf qualitativ höchstem Niveau und mit besten medizinischen
2371 Ergebnissen im Mittelpunkt stehen. Die vielfältige Trägerschaft der Krankenhäuser hat
2372 sich bewährt und soll erhalten bleiben. Dabei wollen wir jedoch keine
2373 Gewinnmaximierung auf Kosten der Patienten und des Gesundheitssystems. Daher
2374 setzen wir uns für eine strukturierte Krankenhausplanung auf Landesebene ein. Der
2375 Erhalt der kommunalen Kliniken darf nicht allein an den Kommunen und Bezirken hängen
2376 bleiben, der Bund steht hier in der Pflicht einer Daseinsvorsorge.

2377 **Impfberatung stärken, Impfzwang verhindern**

2378 Schutzimpfungen gehören zu den wichtigen präventiven Maßnahmen, die im
2379 Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. Mit ihrer Hilfe konnten viele Krankheiten in
2380 Europa zurückgedrängt werden. Damit die Erfolgsgeschichte anhält, muss eine effektive
2381 Impfberatung durch die Hausärzte weiter gestärkt werden. Ein Impfzwang würde dem
2382 Vertrauen der Bevölkerung in das Gesundheitssystem schweren Schaden zufügen. Wir
2383 lehnen solche Überlegungen ab.

2384 Suizidprävention ausbauen

2385 Die Prävention und Aufklärung bei psychischen Erkrankungen, insbesondere bei Kindern
2386 und Jugendlichen, sowie die Suizidprävention müssen weiter ausgebaut werden. Wir
2387 setzen uns für eine flächendeckende Etablierung von Krisendiensten für psychische
2388 Notlagen ein.

2389 Patienten für die Digitalisierung gewinnen

2390 Wir erkennen das Potenzial der digitalen Technik für das Gesundheitswesen und fördern
2391 Anwendungen, die zu einer Verbesserung der Versorgung führen. Wir sehen das Potenzial
2392 der digitalen Technik vor allem in einer Verbesserung der zielgerichteten Kommunikation
2393 zwischen den im Gesundheitswesen Tätigen und den Patienten. Wir stehen zu den
2394 Bürgerrechten, aus denen sich auch das Recht auf informationelle Selbstbestimmung
2395 ableitet. Die Nutzung der ePA (elektronische Patientenakte) sollte freiwillig bleiben. Eine
2396 entsprechende Aufklärung der Patienten über Ziele und Nutzen der Datenauswertung
2397 muss vorausgehen. Aufgrund der zur Verfügung gestellten Daten oder aufgrund der
2398 Weigerung einer Datenlieferung darf es nicht zu einem „Scoring“ des Patienten und seiner
2399 Angehörigen kommen oder zu Versorgungsnachteilen. Die bisherigen
2400 verwaltungstechnischen Anwendungen der Gematik wollen wir hinsichtlich deren Nutzen
2401 und Kosteneffizienz auf den Prüfstand stellen. Dabei sind auch die Kosten zu
2402 berücksichtigen, die von den Krankenkassen in andere Bereiche – Praxen, aber auch
2403 Betriebe – verlagert wurden.

2404 Gesundheitsdaten schützen

2405 Wir wollen das höchste Niveau beim Datenschutz sicherstellen. Deshalb setzen wir uns
2406 für grundlegende Nachbesserungen bei der Umsetzung der
2407 Datenschutzgrundverordnung ein, wo diese noch Spielräume lässt. Der Datenschutz darf
2408 aber nicht zu einem Bürokratiemonster werden. Wir unterstützen den Auf- und Ausbau
2409 des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) – diese
2410 Cybersicherheitsbehörde ist eine Behörde der Zukunft. Wir fordern einen gesonderten
2411 Bereich für den Umgang mit den Gesundheitsdaten, da diese eine besondere
2412 „Sensibilität“ haben.

2413 Geschlechterspezifische Gesundheitsförderung stärken

2414 Seit Jahrzehnten steigt die Lebenserwartung der Menschen. Im Fokus unserer
2415 Bemühungen sollten die Förderung und Erhaltung eines gesunden Lebens und einer
2416 hohen Lebensqualität stehen. Frauen können, egal in welcher Lebensphase, von
2417 frauenspezifischen Krankheiten betroffen sein. Darüber hinaus gibt es auch
2418 geschlechtsspezifische Beschwerden, Einschränkungen und Lebensphasen, in denen
2419 nachweislich Informations- und Beratungsdefizite existieren. Diese sind teilweise auch
2420 darauf zurückzuführen, dass entsprechende Fachkräfte leider nicht ausreichend zu

2421 diesen Schwerpunkten ausgebildet/geschult sind. Darüber hinaus müssen
2422 niedrigschwellige Gesundheitsinformationen, Präventionsangebote, aber auch der
2423 Ausbau der Forschung in Bezug auf geschlechterspezifische Gesundheitsthemen
2424 vorangetrieben werden. Dies kann unmittelbar zur Vorbeugung und Behandlung von
2425 Krankheiten beitragen.

2426 **Schwangerschaftsabbrüche (rechts-)sicher gewährleisten**

2427 Die verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung ist von herausragender Bedeutung
2428 und muss zwingend erhalten bleiben. Wir stehen bei dem Wunsch nach einem
2429 Schwangerschaftsabbruch für einen flächendeckenden und diskriminierungsfreien
2430 Zugang zu einer sicheren medizinischen Versorgung und setzen uns für die
2431 Rechtssicherheit von Ärzten ein, die über ihr Leistungsangebot in diesem Bereich
2432 informieren. Eine kommerzielle Bewerbung von Schwangerschaftsabbrüchen sollte aber
2433 weiterhin illegal bleiben.

2434 **Mutterschutz auch für Selbstständige ermöglichen**

2435 Das in Deutschland rechtlich verankerte Mutterschutzgesetz (MuSchG) gilt nicht für alle.
2436 Nur (werdenden) Müttern, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, das heißt auch
2437 Heimarbeiterinnen, Hausangestellten, geringfügig Beschäftigten, weiblichen
2438 Auszubildenden und unter bestimmten Voraussetzungen auch Schülerinnen und
2439 Studentinnen steht das Recht auf Mutterschutz zu. Für selbstständige Frauen jedoch gibt
2440 es aktuell keine Möglichkeit, das wirtschaftliche Risiko „Schwangerschaft/Geburt“
2441 abzusichern. Etwaige Betriebsausfallversicherungen, Inhaberausfallversicherungen usw.
2442 decken die Zeit des Mutterschutzes in der Regel nicht ab. Auch das Krankentagegeld ist
2443 für Selbstständige kein geeignetes Instrument, den Mutterschutz finanziell abzusichern.
2444 Es sollte daher für selbstständige Schwangere ein Instrument geschaffen werden, mit
2445 dem, wie bei Angestellten, alle gleichermaßen für die Kosten des Mutterschutzes
2446 aufkommen. Keine Unternehmerin sollte sich zwischen Betrieb und Familie entscheiden
2447 müssen.

2448 **Geburtshilfliche Familienversorgung ausbauen**

2449 Die gesundheitliche Versorgung von Frauen, ihren Kindern und der Familie in den
2450 Lebensphasen von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett durch Hebammen stellt
2451 einen elementaren und wichtigen Bereich der Gesundheitsversorgung dar. So ist z. B. eine
2452 kontinuierliche Hebammen-, aber auch Gynäkologenbetreuung von der
2453 Schwangerschaft bis übers Wochenbett hinaus bedeutend für die aktive Prävention von
2454 Komplikationen für Mutter und Kind. Wir fordern eine bessere Aufklärung über
2455 Beratungsangebote und Wahlmöglichkeiten von Behandlungen, Untersuchungen sowie
2456 generellen Möglichkeiten zur Begleitung der Schwangerschaft und der Geburt. Darüber
2457 hinaus ist eine Verbesserung der interdisziplinären Zusammenarbeit von Fachkräften

2458 rund um Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett und dem ersten Lebensjahr – wie Ärzten,
2459 Hebammen, zertifizierten Mütterpflegerinnen und Stillberaterinnen sowie anderen
2460 Stellen für koordinierte Hilfsangebote – beispielsweise durch runde Tische nötig.

2461 **Kinderwunschbehandlungen unterstützen**

2462 Kinderwunschbehandlungen stellen Paare oft vor psychische und finanzielle
2463 Herausforderungen. Hier gilt es, das Beratungsangebot in die Profession der Hebammen
2464 auszuweiten und Familien finanziell zu unterstützen.

2465 **Nationales Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ endlich** 2466 **umsetzen**

2467 Das nationale Gesundheitsziel „Gesundheit rund um die Geburt“ sollte mit einem
2468 Aktionsplan umgesetzt werden. Bis jetzt hat die Regierung jedoch keine sichtbaren
2469 Anstrengungen unternommen, dieses Versprechen umzusetzen. Im Gegenteil – die
2470 Zustände werden schlimmer. Das nationale „Kliniksterben“ und damit auch der Wegfall
2471 von geburtshilflichen Abteilungen spitzen die Lage weiter zu.

2472 **Studienplätze für Hebammenwissenschaften ausbauen**

2473 Die Akademisierung des Hebammenberufes spiegelt endlich das hohe Niveau, auf dem
2474 Hebammen arbeiten, wider. Die aktuellen Bewerberzahlen auf die verfügbaren Plätze
2475 sind hoch. Auch wenn mit der Akademisierung bereits jetzt mehr Studienplätze als zuvor
2476 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen, reichen diese nicht aus, um dem
2477 Hebammenmangel in Deutschland adäquat zu begegnen. Es ist nötig, die verfügbaren
2478 Studienplätze weiter aufzustocken, um die Geburtshilfe langfristig zu sichern.

2479 **Versorgung rund um die Geburt flächendeckend sicherstellen**

2480 Eine flächendeckende und vollumfassende Versorgung (klinische/außerklinische
2481 geburtshilfliche Einrichtungen sowie Vor- und Nachsorge) ist nach wie vor nicht
2482 sichergestellt. Wir erneuern und vervollständigen unsere Forderung nach weitreichender
2483 finanzieller und struktureller Unterstützung. Es braucht die Wiederaufnahme als
2484 Primärversorgung in das Gesundheitsversorgungsstärkungs-Gesetz (GVGS), ebenso die
2485 finanzielle Unterstützung von Krankenhäusern zum Erhalt von Geburtshilfeabteilungen.
2486 Existierende wirtschaftliche und qualitative Fehlanreize in der klinischen Geburtshilfe
2487 wollen wir korrigieren. Außerdem fordern wir die Ergänzung und Anpassung der
2488 Kennzahlen und Qualitätskriterien sowohl im Rahmen der Leistungsgruppe als auch in
2489 den DRGs um passende Parameter für die physiologische Geburtshilfe sowie die
2490 Patientinnenzufriedenheit. Wir wollen hebammengeleitete außerklinische Einrichtungen
2491 der ambulanten Geburtshilfe (HgE) – Geburtshäuser – fördern. Hebammenkreißsäle
2492 (HKS) haben sich als primäres interprofessionelles Betreuungskonzept für die natürliche
2493 Geburt entwickelt. Zudem ist der geburtshilfliche Outcome in Form einer Senkung der

2494 Kaiserschnitt rate positiv zu bewerten. Darüber hinaus gibt es immer weniger (freie)
2495 Hebammen, die die ebenso wichtigen Versorgungsbausteine der Vor- und Nachsorge
2496 abdecken. Grund dafür sind die schlechten finanziellen Perspektiven und die hohen
2497 Haftungsrisiken dieses Berufes.

2498 Erklärpflicht für Organspende einführen

2499 Aktuell warten rund 8.500 Menschen in Deutschland auf ein Spenderorgan. Die
2500 Spendenbereitschaft ist oft gegeben, aber aufgrund unzureichender Aufklärung fehlt es
2501 an der Umsetzung in Form eines Spendenausweises. Aus unserer Sicht kann die
2502 sogenannte Widerspruchslösung nur eine vorübergehende Lösung sein. Aus praktischen,
2503 ethischen und rechtlichen Gründen präferieren wir eine sogenannte Erklärpflicht. Diese
2504 soll dazu führen, dass eine aktive Entscheidung für oder gegen eine Organ- oder
2505 Gewebespende für alle Bürger möglich ist. Ziel ist es, alle Menschen bei einer
2506 einheitlichen Gelegenheit (z. B. Ausstellung eines Personalausweises oder eines anderen
2507 behördlichen Dokuments) zur Abgabe einer Erklärung zu verpflichten. Eine fundierte
2508 Information durch den Hausarzt oder einen anderen behandelnden Arzt ist als sachliche
2509 Grundlage hierfür notwendig. Die Erklärung soll dann in einem zentralen
2510 Organspenderegister geführt sein. Dies soll vor allem Angehörige in dieser emotionalen
2511 Ausnahmesituation entlasten.

2512 Das Recht auf Sterben in Würde umsetzen

2513 Der Umgang mit dem Tod darf in unserer Gesellschaft nicht länger ein Tabu sein. Deshalb
2514 stehen wir für eine menschenwürdige Begleitung Schwerstkranker und Sterbender. Wir
2515 setzen uns für die Stärkung der Palliativmedizin und die Förderung mobiler Reha- und
2516 Kinderpalliativteams ein. Neben der Anerkennung der Weiterbildungsmöglichkeiten von
2517 Pflegekräften braucht es auch eine bessere finanzielle Unterstützung ehrenamtlicher
2518 Hospizhelfer. Die ärztliche Weiterbildung zum Palliativmediziner darf durch
2519 Flexibilisierung nicht an Qualität verlieren. Prüfungen und Anwesenheiten bei
2520 bestimmten Seminaren fördern die persönliche Kompetenz der Teilnehmer. Auch den
2521 Ausbau Palliativmedizinischer Konsilteams und deren Finanzierung anhand der
2522 Vorschläge der deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin unterstützen wir.

2523 HIV und AIDS bekämpfen

2524 Im Bereich der Gesundheitspolitik unterstützen wir die Interessen aller Menschen, so
2525 fordern wir, dass die Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) zur HIV/AIDS-Prävention als
2526 Kassenleistung zugelassen bleibt. Dies stellt einen wichtigen Meilenstein zum Schutz der
2527 gesamten Bevölkerung vor HIV/AIDS dar. Wir verstehen HIV/AIDS nicht als homosexuelle
2528 Krankheit, da auch heterosexuelle Menschen sich anstecken und das Virus verbreiten
2529 können. Wir unterstützen eine gezieltere Aufklärung über die Bedürfnisse der LGBTQ-

2530 Community im Rahmen der therapeutischen, ärztlichen und zahnärztlichen Aus- und
2531 Weiterbildung.

2532 Süchtige als Kranke behandeln

2533 Wir sehen Sucht nicht als Laster, sondern als Krankheit an. Dies bedingt, dass wir
2534 einerseits die Suchtprävention intensivieren wollen, andererseits Süchtige als Kranke
2535 betrachten, die Hilfe brauchen, und nicht als Leute, die sich nicht im Griff haben, oder gar
2536 als Kriminelle. Dies gilt sowohl für stoffliche als auch für nichtstoffliche Süchte.

2537 Suchtprävention ausbauen

2538 Die Möglichkeiten der Suchtprävention müssen stärker genutzt werden. Dazu gehört
2539 Aufklärung sowohl in Schulen als auch in der Erwachsenenbildung. Dies verzahnt sich
2540 mit den Hilfsangeboten, die bekannt sein müssen. Bei legalen Stoffen, die
2541 erwiesenermaßen abhängig machen können, wie Alkohol, Tabak und **Medikamenten**,
2542 sind entsprechende Warnhinweise auf der Packung anzubringen. Ein weiterer Schritt ist,
2543 ähnlich wie bei Glücksspielen, die Lizenzierung von Geschäften, die solche Stoffe
2544 verkaufen dürfen. Jeder Supermarkt und jede Tankstelle sollten in der Lage sein, eine
2545 Lizenz zu erwerben. Es geht nicht um eine Einschränkung der Geschäfte, sondern darum
2546 sicherzustellen, dass die vorhandenen Regeln wie Jugendschutz und die angesprochene
2547 Überprüfung der Ausweisdokumente konsequent eingehalten werden. Ist dies nicht der
2548 Fall, kann die Lizenz wieder entzogen werden.

2549 Behandlung / Hilfsangebote erweitern

2550 Hilfsangebote für Süchtige müssen erweitert werden. Neben niederschwelligen
2551 Angeboten wie der anonymen Telefonberatung oder der anonymen persönlichen
2552 Beratung hat Portugal gute Erfahrungen mit der Möglichkeit gemacht, Drogen anonym
2553 analysieren zu lassen. Auf diese Weise erhält man einen Überblick über die im Umlauf
2554 befindlichen Substanzen und kann so sogar gezielte Warnungen abgeben. Mit
2555 entsprechender Ernsthaftigkeit durchgeführt, kann dies Drogentote verhindern.

2556 Psychische Gesundheit besser schützen

2557 Die zunehmende Belastung durch beruflichen und sozialen Druck führt zu einem Anstieg
2558 psychischer Erkrankungen. Wir fordern den Ausbau von Beratungsangeboten und
2559 psychosozialer Unterstützung, insbesondere in der Arbeitswelt. Wir setzen uns für eine
2560 stärkere Enttabuisierung von psychischen Erkrankungen ein und fordern, dass
2561 Unternehmen verstärkt präventive Maßnahmen ergreifen, um die psychische Gesundheit
2562 ihrer Mitarbeiter zu schützen. Und niemand soll sich schämen müssen, Hilfe in Anspruch
2563 zu nehmen.

2564 Wohnraum für Deutschland

2565 Der angespannte Wohnungsmarkt in den Metropolen und Oberzentren treibt die
2566 Mietpreise nach oben. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum deckt längst nicht mehr
2567 die Nachfrage. Die Antwort auf diese Entwicklung kann nicht die grenzenlose
2568 Nachverdichtung in den Städten sein. Grün- und Erholungsflächen müssen erhalten
2569 bleiben und die Belastbarkeitsgrenzen der Infrastruktur müssen bedacht werden, damit
2570 die Lebensqualität in den Städten langfristig erhalten bleibt. Verbunden mit der
2571 Anforderung von gleichwertigen Lebensverhältnissen in Stadt und Land muss die
2572 Wohnbauförderung in Regionen gedacht und das Umland stärker einbezogen werden.

2573 Bezahlbaren Wohnraum ohne Mietendeckel schaffen

2574 Wir wollen, dass es in den immer teurer werdenden Ballungsräumen den älteren
2575 Menschen, Geringverdienern und Familien möglich ist, in ihrer vertrauten Umgebung
2576 wohnen zu bleiben. Durch eine clevere Wohnungsbauoffensive wollen wir insbesondere
2577 in Zuzugsregionen das Mietpreinsniveau wieder senken. Dafür ist es dringend erforderlich,
2578 überzogene Bauvorschriften zurückzunehmen und die Fördermittel für den sozialen
2579 Wohnungsbau aufzustocken. Statt für einen investitionsfeindlichen Mietendeckel stehen
2580 wir für zweckgebundene Bürgeranleihen nach Münchener Vorbild. Sie schaffen den
2581 finanziellen Freiraum, das Vorkaufsrecht für Immobilien nutzen zu können, und
2582 ermöglichen der öffentlichen Hand so, neuen sozialen Wohnraum zu erschließen.

2583 Selbst genutztes Wohneigentum fördern

2584 Wir wollen ein bezahlbares Wohnen in Deutschland sicherstellen. Dazu gehören für uns
2585 nicht nur bezahlbare Mieten und mehr Bauaktivität im Geschosswohnungsbau, sondern
2586 auch eine Erhöhung der Wohneigentumsquote. Das Leben in den eigenen vier Wänden
2587 darf kein Privileg der gesellschaftlichen Eliten sein, sondern muss der Mitte der
2588 Bevölkerung zugänglich sein. Eine hohe Wohneigentumsquote macht unser Land
2589 krisenfest, schützt vor Altersarmut, schafft generationenüberdauernde Werte und erhöht
2590 die persönliche Freiheit in unserem Land. Neben der Wiedereinführung der
2591 Eigenheimzulage und der Stärkung von Mietkaufmodellen wollen wir deswegen auch eine
2592 Senkung der Grunderwerbskosten für Wohneigentum erreichen. Dazu muss die
2593 Grunderwerbssteuer gesenkt werden. Hierzu müssen bestehende Fehlanreize im
2594 Länderfinanzausgleich aus dem Weg geräumt werden. Außerdem streben wir eine
2595 Renaissance der Erbpachtgrundstücke an, um auch Menschen mit kleinem und
2596 mittlerem Einkommen den Weg zum Wohneigentum zu ebnen.

2597 Wohnraum für Studierende gezielt fördern

2598 Wir wollen jungen Menschen und Studierenden mit Kindern die Sorgen um die
2599 Finanzierung ihrer Ausbildung nehmen. Gerade in Ballungsräumen befinden sich die

2600 großen Universitäten und Hochschulen, und genau hier sind die Mieten hoch. Hier wollen
2601 wir durch die gezielte Förderung von studentischem Wohnraum für Entlastung sorgen.

2602 Innenstädte und Ortskerne lebenswert erhalten

2603 Wir wollen unsere Städte und Gemeinden in ganz Deutschland lebenswert erhalten und
2604 weitergestalten. Das Ausbluten der Innenstädte muss gestoppt werden. Daher brauchen
2605 wir mehr Investitionen im Bereich der Städtebauförderung und der Dorferneuerung.
2606 Außerdem müssen die Möglichkeiten zum sogenannten Milieuschutz in sozialen
2607 Erhaltungsgebieten ausgeweitet werden.

2608 Neue Wohngemeinnützigkeit zügig umsetzen

2609 Wir sprechen uns für eine zügige Umsetzung einer Neuen Wohngemeinnützigkeit (NWG)
2610 aus. Die Bundesregierung muss endlich konkrete Schritte zur Realisierung der NWG
2611 einleiten. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich stetig weiter zu. Ohne neue
2612 Instrumente wird sich die Situation nicht nennenswert verbessern.

2613 Bildung für Deutschland

2614 Wir sehen Bildung als zentrale Grundlage für ein gutes sowie selbstbestimmtes Leben
2615 an. Sie ist für uns ein Fundament, das verpflichtend, umfassend und in höchster Qualität
2616 durch die Gesamtheit der staatlichen sowie privaten Strukturen bereitgestellt, gefördert
2617 oder unterstützt werden muss und bleibt für die persönliche Entwicklung des Einzelnen
2618 wie auch für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ein zentraler Erfolgsfaktor.

2619 Wir bekennen uns in der Bildung zu einer Politik des individuellen sowie umfangreichen
2620 Förderns, sprechen uns aber gegen eine Herabsetzung von Leistungsanforderungen und
2621 Standards aus, denn dies schadet langfristig nicht nur dem Einzelnen in seiner ureigenen
2622 Entwicklung, sondern auch dem Standort Deutschland.

2623 Uns ist dabei aber bewusst, dass im Besonderen unsere Schulen heute mit neuen
2624 Einflussfaktoren zu kämpfen haben (z. B. Migration, digitale Einflüsse, gesellschaftlicher
2625 Druck oder Fachkräftemangel), welche die Durchführung der Kernaufgaben erschweren.
2626 Schulen sind für uns daher keine Reparaturbetriebe für gesellschaftliche
2627 Fehlentwicklungen, sondern Stätten des Wissens, Erfahrens, Lernens und
2628 Weiterbringens. Daher werden wir uns dafür einsetzen, einwirkende Einflüsse in positive
2629 Bahnen zu lenken.

2630 Eine Abschaffung des föderalen Systems lehnen wir zum aktuellen Zeitpunkt ab und
2631 orientieren uns einerseits an den leistungsstarken Bundesländern, sind aber andererseits
2632 auch für bildungstechnische Impulse unterschiedlicher Herkunft jederzeit offen.
2633 Forschung in diesem Bereich wollen wir aktiv fördern.

2634 Bildung muss gerecht sein

2635 Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind, unabhängig von seinem sozialen oder
2636 wirtschaftlichen Hintergrund, die gleichen Bildungschancen erhält.
2637 Bildungsgerechtigkeit bedeutet für uns, dass niemand benachteiligt wird und alle die
2638 Möglichkeit haben, ihr volles Potenzial zu entfalten.

2639 Das Schulsystem durchlässig machen

2640 Das Bildungssystem sollte so gestaltet werden, dass die höchstmöglichen Abschlüsse
2641 von jedem Startpunkt aus erreichbar sind. Dies muss sowohl in Einheits- (z. B. Berlin) als
2642 auch in mehrgliedrigen (z. B. Bayern) Organisationsformen sichergestellt sein.

2643 Kostenfreie frühkindliche Bildung stärken

2644 Wir legen großen Wert auf die frühkindliche Bildung, denn die ersten Jahre sind
2645 entscheidend für die Entwicklung eines Kindes. Wir werden dafür sorgen, dass qualitativ
2646 hochwertige Angebote in Kitas und Kindergärten flächendeckend zur Verfügung stehen
2647 und dass Erzieherinnen und Erzieher bestmöglich unterstützt werden. Wir fordern eine
2648 kostenfreie Kinderbetreuung, damit alle Kinder – unabhängig vom finanziellen
2649 Hintergrund ihrer Familien – die Möglichkeit haben, frühkindliche Bildungseinrichtungen
2650 zu besuchen.

2651 Fachkräftegewinnung für Kindertagesstätten und Kindergärten forcieren

2652 Der Fachkräftemangel in Kindertagesstätten und Kindergärten ist ein ernstes Problem.
2653 Wir werden gezielte Anwerbeprogramme initiieren und die Ausbildung für pädagogische
2654 Fachkräfte attraktiver gestalten, beispielsweise durch eine bessere Vergütung während
2655 der Ausbildung. Jede Ausbildung muss dabei entlohnt werden. So wollen wir
2656 sicherstellen, dass ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung steht, um eine hohe
2657 Betreuungsqualität zu gewährleisten.

2658 Sprachförderung für Migranten früh beginnen

2659 Wir wissen, dass Sprache der Schlüssel zur Integration ist. Deshalb setzen wir uns dafür
2660 ein, dass die Sprachförderung für Kinder mit Migrationshintergrund bereits im
2661 frühkindlichen Alter beginnt, damit sie die besten Voraussetzungen für ihren weiteren
2662 Bildungsweg haben.

2663 Medienkompetenz und kritisches Denken fördern

2664 Wir betrachten den zunehmenden Einfluss der digitalen Welt auf die
2665 Persönlichkeitsbildung, Fähigkeiten und Verhalten mit Sorge. Wir setzen uns daher dafür
2666 ein, diese zu erforschen und bei negativen Entwicklungen gegenzusteuern. Wir sehen die
2667 Entwicklung von Medienkompetenz als unverzichtbar in einer digitalen Gesellschaft an.
2668 Schüler müssen befähigt werden, Informationen kritisch zu hinterfragen und digitale

2669 Medien verantwortungsvoll zu nutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass der Lehrplan diese
2670 wichtigen Fähigkeiten vermittelt, um junge Menschen fit für die digitale Welt zu machen.

2671 Themen der Grunderziehung in Kindergärten und Schulen verankern

2672 Wir setzen uns dafür ein, dass grundlegende Erziehungsthemen wie Ernährung, Sprache,
2673 sozialer Umgang, Gesundheit, Zahnhygiene, Schwimmen und Bewegung stärker in den
2674 Bildungsalltag von Kindergärten und Schulen integriert werden. Diese Themen sind
2675 essenziell für die gesunde Entwicklung der Kinder und sollten von Anfang an gefördert
2676 werden.

2677 Bildungslücken der Corona-Pandemie durch Förderprogramme schließen

2678 Die Corona-Pandemie hat bei vielen Schülern zu erheblichen Bildungslücken geführt. Wir
2679 setzen uns für gezielte Förderprogramme ein, um diese Lücken zu schließen. Dazu
2680 gehören individuelle Nachhilfeangebote, Lerncamps in den Ferien und zusätzliche
2681 Unterstützung durch geschultes Personal. Unser Ziel ist es, allen Kindern und
2682 Jugendlichen die Chance zu geben, wieder an ihren Bildungserfolg anzuknüpfen.

2683 Bildungslotsen für sozial benachteiligte Kinder einführen

2684 Wir werden Bildungslotsen einführen, die sozial benachteiligte Kinder und Migranten
2685 gezielt unterstützen. Diese Lotsen sollen als Brücke zwischen Schule, Elternhaus und
2686 Gesellschaft fungieren und individuelle Hilfestellungen geben, um Bildungsbarrieren
2687 abzubauen. Um Defiziten in der schulischen Ausbildung entgegenzuwirken, sollte das
2688 Modell „Lernpaten“ besser gefördert und flächendeckend eingeführt werden. Ältere
2689 Menschen haben in der Rente Zeit und vielfach auch Interesse, Kinder und Jugendliche zu
2690 unterstützen. Das Potenzial ihrer Erfahrung darf nicht ungenutzt gelassen werden, Kinder
2691 und Jugendliche können von den Älteren viel lernen.

2692 Schulsozialarbeit und Schulgesundheit ausbauen

2693 Wir erkennen an, dass Schulen immer mehr auch mit sozialen Herausforderungen
2694 konfrontiert sind. Daher setzen wir uns für eine flächendeckende Schulsozialarbeit/
2695 Schulgesundheitspflege ein, um Schülerinnen und Schülern in schwierigen Lebenslagen
2696 gezielt Unterstützung anzubieten. Die Schulsozialarbeit kann so zur Stabilisierung des
2697 Lernumfelds und zur Förderung des sozialen Miteinanders beitragen. Die
2698 Schulgesundheitspflege sollte präventiv tätig werden und physischen oder psychischen
2699 Probleme bereits frühzeitig begegnen. Hierfür empfehlen wir den Einsatz von
2700 interdisziplinären Teams.

2701 Förderkindertagesstätten und -schulen erhalten

2702 Spezielle Förderkindertagesstätten und -schulen leisten wertvolle Arbeit für Kinder mit
2703 besonderen Bedürfnissen. Wir setzen uns dafür ein, diese Einrichtungen zu erhalten und
2704 auszubauen. Sie bieten maßgeschneiderte Unterstützung und tragen dazu bei, dass auch

2705 Kinder mit besonderen Herausforderungen die bestmögliche Bildung und Betreuung
2706 erhalten.

2707 Künstliche Intelligenz für die Unterrichtsgestaltung nutzen

2708 Wir setzen uns dafür ein, dass KI-gestützte Lernplattformen und individualisierte
2709 Lernangebote Einzug in die Klassenzimmer halten, um die Unterrichtsgestaltung zu
2710 bereichern und Schüler gezielt zu fördern. Bildung darf nicht an Sprachbarrieren
2711 scheitern. Wir werden Technologien zur Echtzeit-Übersetzung im Unterricht fördern,
2712 damit Schüler, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, besser integriert werden und
2713 leichter lernen können. Wir setzen uns dafür ein, dass KI-gestützte
2714 Unterstützungsplattformen deutschlandweit zur Verfügung gestellt werden, damit sich
2715 die Lehrkräfte wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, um den Unterricht
2716 inhaltlich zu bereichern und Schüler gezielt zu fördern.

2717 Schulen besser ausstatten

2718 Wir setzen uns für eine umfassende Modernisierung der Schulinfrastruktur ein. Dies
2719 umfasst sowohl die digitale Ausstattung als auch die bauliche Sanierung vieler Schulen.
2720 Nur durch moderne, gut ausgestattete Lernumgebungen können Schülerinnen und
2721 Schüler bestmöglich auf die Zukunft vorbereitet werden.

2722 Schulen mehr Autonomie geben

2723 Wir setzen uns für mehr Autonomie der Schulen ein. Jede Schule soll die Freiheit haben,
2724 ihren Unterricht und ihre Organisation, innerhalb eines geeigneten Rahmens, flexibel und
2725 nach den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler zu gestalten. Dies fördert
2726 innovative pädagogische Ansätze und ermöglicht es den Schulen, auf spezifische
2727 Herausforderungen und Potenziale ihrer Schüler individuell einzugehen.

2728 Fachkräftemangel im Bildungsbereich bekämpfen

2729 Wir erkennen den akuten Fachkräftemangel im Bildungsbereich an. Daher setzen wir uns
2730 für gezielte Anreize ein, um den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu machen und mehr junge
2731 Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen. Dazu gehören verbesserte
2732 Arbeitsbedingungen, Entlastungen in der Bürokratie oder auch eine positivere öffentliche
2733 Wahrnehmung.

2734 Lehrkräfte gerechter entlohnen

2735 Wir sehen die teilweise immer noch unterschiedliche Entlohnung für Lehrkräfte in
2736 verschiedenen Bundesländern und Schulformen skeptisch. Wir setzen uns, gemäß dem
2737 bayerischen Vorbild, für A13 für alle Schulformen ein.

2738 **Praxisschock minimieren**

2739 Viele Studierende brechen ihr Studium oder ihre Ausbildung im erzieherischen oder
2740 pädagogischen Bereich ab, weil sie den Übergang von der Theorie in die Praxis als
2741 überwältigend empfinden. Wir setzen uns dafür ein, diesen Praxisschock zu minimieren,
2742 indem wir die Theorie-Praxis-Verknüpfung in der Ausbildung bzw. im Studium stärken.
2743 Durch frühzeitige und regelmäßige Praxisphasen sollen Studierende besser auf die
2744 Anforderungen im Berufsalltag vorbereitet werden.

2745 **Lehrerbildung und -weiterbildung stärken**

2746 Wir wissen, dass eine hochwertige Bildung nur durch gut ausgebildete und motivierte
2747 Lehrkräfte möglich ist. Wir setzen uns daher dafür ein, die Lehrerbildung an Hochschulen
2748 zu verbessern und praxisnäher zu gestalten. Zudem wollen wir kontinuierliche Fort- und
2749 Weiterbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer ausbauen, um sie auf die sich
2750 verändernden Herausforderungen der modernen Bildungslandschaft vorzubereiten.

2751 **Lebenslanges Lernen fördern**

2752 Wir sehen Lernen als einen lebenslangen Prozess. Gleichzeitig fördern wir lebenslanges
2753 Lernen, damit Menschen in einer sich schnell wandelnden Arbeitswelt stets die
2754 Möglichkeit haben, sich weiterzubilden und neue Perspektiven zu entwickeln. Hierfür
2755 müssen entsprechende Möglichkeiten offenstehen und ggf. gefördert werden.

2756 **Berufsorientierung an Schulen ausbauen**

2757 Der Übergang von der Schule ins Berufsleben muss besser begleitet werden. Wir setzen
2758 uns dafür ein, dass die Berufsorientierung an Schulen intensiviert wird. Durch
2759 Kooperationen mit Unternehmen, praxisnahe Projekte und Praktika wollen wir
2760 sicherstellen, dass Schüler eine fundierte Entscheidung für ihre berufliche Zukunft treffen
2761 können.

2762 **Wohnortnahe Schulen und Kindergärten erhalten**

2763 Wir setzen uns dafür ein, dass Schulen und Kindergärten in Wohnortnähe erhalten
2764 bleiben. Dies ist insbesondere für Familien im ländlichen Raum wichtig, um lange Wege
2765 zu vermeiden und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Wir werden
2766 uns dafür einsetzen, dass diese Bildungseinrichtungen gut ausgestattet sind und allen
2767 Kindern unabhängig vom Wohnort eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung
2768 bieten. Wir wollen sicherstellen, dass diese Einrichtungen flächendeckend wohnortnah
2769 und zentral erreichbar bleiben, ganz nach dem Motto „Kurze Beine, kurze Wege“.

2770 **Ganztagsanspruch ab 2026 auf den Prüfstand stellen**

2771 Wir fördern den Ausbau von Ganztagschulen, um Schülern eine umfassende Bildung
2772 und Betreuung zu bieten. Ganztagschulen ermöglichen es, den Unterricht um
2773 zusätzliche Förderangebote, Sport und kulturelle Aktivitäten zu ergänzen, was zu einer

2774 ganzheitlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen beiträgt. Der Rechtsanspruch
2775 auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter kommt schrittweise ab August
2776 2026. Wir werden auf eine möglichst flexible Gestaltung der Förderrichtlinie für
2777 Investitionen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im
2778 Grundschulalter hinwirken, um unsere Kommunen zu unterstützen. Aufgrund der
2779 dramatischen Haushaltslage in vielen Städten und Gemeinden fordern wir jedoch eine
2780 Überprüfung der Umsetzungszeiträume.

2781 **Bildungsangebote für ältere Menschen ausbauen**

2782 Lernen endet nicht mit dem Schulabschluss – wir fördern lebenslanges Lernen auch im
2783 höheren Alter. Bildungsangebote für ältere Menschen sollen ausgebaut werden, um ihnen
2784 neue Perspektiven zu eröffnen und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern. Bildung
2785 dient nicht nur dem Beruf, sondern auch der persönlichen Weiterentwicklung.

2786 **Unbürokratisches, elternunabhängiges BAföG einführen**

2787 Wir setzen uns für ein unbürokratisches und elternunabhängiges BAföG ein, damit alle
2788 Studierenden die finanzielle Unterstützung erhalten, die sie für ihre Ausbildung
2789 benötigen, unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern.

2790 **Breit zugängliches Stipendiensystem schaffen**

2791 Wir werden dafür sorgen, dass das Stipendiensystem in Deutschland breiter zugänglich
2792 wird, so dass begabte und engagierte Studierende unabhängig von ihrer finanziellen
2793 Situation unterstützt werden können.

2794 **Hochschulen und Universitäten auf Weltniveau bringen und halten**

2795 Wir wissen, dass unsere Hochschulen und Universitäten die Leistungsträger der Zukunft
2796 ausbilden. Daher wollen wir den Studierenden optimale Rahmenbedingungen bieten, sei
2797 es bei der Lehre oder der Ausstattung.

2798 **Planbare Karrierewege in der Wissenschaft**

2799 Die Situation des wissenschaftlichen Mittelbaus in Deutschland ist durch prekäre
2800 Arbeitsverhältnisse gekennzeichnet, die nicht nur den Betroffenen, sondern dem
2801 gesamten Wissenschaftsstandort schaden. Mehr als 90% der nicht-professoralen
2802 Wissenschaftler unter 45 Jahren sind befristet angestellt, und nur weniger als ein Drittel
2803 der Postdocs haben eine realistische Aussicht auf eine unbefristete Stelle. Das
2804 Sonderbefristungsrecht des WissZeitVG ermöglicht es Arbeitgebern, Wissenschaftler
2805 regelmäßig auszutauschen, statt ihnen langfristige Perspektiven zu bieten. Dies führt
2806 dazu, dass viele Akademiker im mittleren Lebensalter gezwungen sind, die Wissenschaft
2807 zu verlassen, oft ohne passende Alternativen auf dem Arbeitsmarkt. Diese Unsicherheit
2808 und die mangelnde Wertschätzung ihrer Arbeit machen den Wissenschaftssektor als
2809 Arbeitgeber zunehmend unattraktiv, sowohl im nationalen als auch im internationalen

2810 Vergleich. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland sind Forschung und Entwicklung
2811 jedoch tragende Säulen, auch mit Hinblick auf die Ausbildung von Fachkräften. Wir
2812 setzen uns deswegen für planbare Karrierewege für den sogenannten wissenschaftlichen
2813 Mittelbau ein.

2814 Teilzeit- und duale Studiengänge fördern

2815 Wir fördern die Teilzeit- und dualen Studiengänge, um Studierenden mehr Flexibilität zu
2816 bieten und den Praxisbezug im Studium zu stärken. So können Bildung und Beruf besser
2817 miteinander verbunden werden.

2818 Europäisches Erasmus-Programm weiter fördern

2819 Wir bekennen uns klar zur europäischen Zusammenarbeit und wollen das Erasmus-
2820 Programm weiter fördern, um jungen Menschen den internationalen Austausch und
2821 grenzüberschreitende Bildungserfahrungen zu ermöglichen.

2822 Frauenrechte für Deutschland

2823 Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein zentrales Anliegen, das nicht nur Frauen,
2824 sondern die gesamte Gesellschaft in Deutschland betrifft. Die Gleichstellung der Frauen
2825 ist nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern auch eine Voraussetzung für
2826 eine gerechte und nachhaltige Entwicklung einer Gesellschaft, die es sich nicht mehr
2827 leisten kann, auf gut ausgebildete Frauen in Beruf und Familie zu verzichten. Gleichzeitig
2828 müssen wir uns entschieden gegen Gewalt gegen Frauen einsetzen, die in vielen Formen
2829 auftritt und tief in unseren sozialen Strukturen verwurzelt ist.

2830 Geschlechter in Wirtschaft und Politik gleichstellen

2831 Trotz Fortschritten in den letzten Jahren sind Frauen in Führungspositionen noch nicht in
2832 dem Maße in Wirtschaft und Politik vertreten, wie es wünschenswert wäre. Immer noch
2833 liegt der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil
2834 weit unter 50 Prozent. Immer noch verdienen Frauen durchschnittlich 18 Prozent weniger
2835 als Männer. Ein Großteil der Verdienstlücke ist darauf zurückzuführen, dass Frauen
2836 häufiger als Männer in Branchen und Berufen arbeiten, in denen schlechter bezahlt wird.
2837 Wir setzen uns dafür ein, dass frauendominierte Berufe aufgewertet werden. Dass Frauen
2838 sich freiwillig häufiger für Berufe im sozialen Sektor entscheiden, darf nicht als Argument
2839 für eine geringere Bezahlung herangezogen werden. Darüber hinaus ist immer noch die
2840 Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein Problem, das sich unmittelbar auf den
2841 Lebensstandard von Frauen oder deren Altersversorgung auswirkt.

2842 Geschlechterstereotypen aufbrechen

2843 Wir unterstützen Programme und Maßnahmen, die die Geschlechterstereotypen und
2844 traditionellen Rollenbilder in Medien oder im Bildungsbereich aufbrechen und zur
2845 Chancengleichheit der Geschlechter beitragen.

2846 Gleichstellung der Geschlechter konsequent durchsetzen

2847 Wir setzen uns für die Schaffung von Standards und ein Monitoring ein. Ebenso ist eine
2848 Stärkung der Rolle von Gleichstellungsbeauftragten und deren Unabhängigkeit zu
2849 fördern. Auch eine Auszeichnung in Form von Labeln für besonders gelungene
2850 Fortschritte bei der Gleichstellung ist für uns selbstverständlich, um eine
2851 Entgeltgleichheit zu erreichen, Lohndiskriminierung zu bekämpfen und das
2852 geschlechtsspezifische Lohngefälle abzubauen.

2853 Frauen in Führungspositionen fördern

2854 Nach wie vor sind Frauen in bestimmten Berufsbereichen der Wissenschaft, Technik,
2855 Wirtschaft und Politik unterrepräsentiert. Wir setzen uns für Programme und
2856 Qualifizierungsmaßnahmen ein, die diesen Mangel an Frauen in den genannten
2857 Bereichen beheben, um Unternehmensführung multiperspektivisch zu gestalten und
2858 damit wirtschaftlich erfolgreicher zu agieren.

2859 Es gilt Betreuungs- und Pflegeaufgaben von Kindern und Angehörigen gesellschaftlich so
2860 aufzuteilen, dass Frauen nicht gehindert werden, ihrer Erwerbstätigkeit nachzukommen.

2861 Wir setzen uns deshalb für flexible Arbeitszeitmodelle, den Ausbau von
2862 Kinderbetreuungseinrichtungen und die Förderung von Väterbeteiligungen bei der
2863 Kinderbetreuung ein.

2864 Politische Teilhabe praktisch ermöglichen

2865 Frauen sind in politischen Ämtern und Entscheidungsprozessen unterrepräsentiert. Die
2866 geringe politische Beteiligung von Frauen ist das Ergebnis von jahrzehntelangen
2867 gesellschaftlichen Normen und Erwartungen, die Frauen in bestimmte Rollen drängen.
2868 Wir unterstützen einen Kulturwandel, der sich für eine Gleichstellung der Geschlechter in
2869 der Politik einsetzt und der dazu beitragen kann, eine vielfältigere und gerechtere
2870 Gesellschaft zu schaffen. Wir setzen uns für Maßnahmen zur Förderung des
2871 Frauenanteils auf kommunaler Ebene, auf Landes- und Bundesebene ein. Auf
2872 kommunaler Ebene müssen Maßnahmen ergriffen und Strukturen geschaffen werden,
2873 die es Müttern mit Kleinkindern ermöglichen, an Sitzungen und Terminen teilzunehmen.

2874 Frauenrechte erhalten – Selbstbestimmungsgesetz überarbeiten

2875 Wir stehen zu Minderheiten wie LGBTQ und wollen deren Rechte stärken. Das
2876 Selbstbestimmungsgesetz in seiner jetzigen Fassung halten wir für falsch und für nicht zu

2877 Ende gedacht. Wir lehnen es wegen des Abbaus von Frauenrechten und Kinderschutz
2878 entschieden ab.

2879 Zwangsprostitution verhindern

2880 Das geltende Prostitutionsgesetz, gekoppelt mit nicht ausreichenden
2881 Kontrollmechanismen, sorgt dafür, dass Zwangsprostitution und Menschenhandel in
2882 Deutschland florieren. In einigen europäischen Nachbarländern sind diese Missstände
2883 bereits eingedämmt worden. Wir setzen uns dafür ein, Zwangsprostitution und
2884 Menschenhandel zu bekämpfen und das Prostitutionsgesetz zu reformieren.

2885 Gewalt gegen Frauen bekämpfen

2886 Gewalt gegen Mädchen und Frauen ist explosionsartig angestiegen und allgegenwärtig.
2887 Es gibt verschiedene Formen von Gewalt (körperliche, seelische und sexuelle oder
2888 sexualisierte Gewalt), besonders hervorzuheben ist die angestiegene sexualisierte
2889 Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Ein nicht unerheblicher Teil der Gewalttaten ist
2890 religiös, rassistisch oder ideologisch motiviert. Wir möchten die gezielten
2891 niederschweligen Hilfsangebote und Aufklärungskampagnen, z. B. in Form von
2892 Sozialarbeitern, Workshops, Angeboten in Kindertageseinrichtungen und Schulen für
2893 Kinder und Frauen, sozialen Einrichtungen und professionell begleiteten Social-Media-
2894 Kanälen, sowie eine enge bundesländerübergreifende Zusammenarbeit aller Behörden
2895 ausbauen, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen gezielt zu bekämpfen.

2896 Junge Menschen für Deutschland

2897 Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unseres Landes. Wir setzen uns daher für eine
2898 gezielte Förderung junger Menschen ein, die ihnen bestmögliche Chancen und
2899 Perspektiven eröffnet. Dazu gehören der Ausbau von Betreuungsangeboten, qualitativ
2900 hochwertige Bildung und die Unterstützung von Freizeit- und Bildungsprojekten. Darüber
2901 hinaus müssen Familien in Krisensituationen besser unterstützt werden, um Kindern ein
2902 stabiles Umfeld zu bieten. Unsere Politik zielt darauf ab, jedem Kind und jedem
2903 Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, seine Potenziale voll zu entfalten, unabhängig von
2904 seiner sozialen Herkunft oder den wirtschaftlichen Verhältnissen seiner Familie.

2905 Kinderbetreuung ausbauen

2906 Wir setzen uns für eine Familienpolitik ein, die den Bedürfnissen von Familien in all ihren
2907 Formen gerecht wird. Familien und Alleinerziehende benötigen mehr Unterstützung, um
2908 Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Wir fordern den Ausbau der
2909 Kinderbetreuung, insbesondere in Randzeiten, um berufstätigen Eltern mehr Flexibilität
2910 zu ermöglichen.

2911 Mit dem Bildungsjoker mehr Chancengleichheit schaffen

2912 Wir fordern die Einführung von Bildungsjokern, die Eltern gezielt für die Bildung und
2913 Förderung ihrer Kinder einsetzen können. Diese Gutscheine sollen für Nachhilfe, Musik-
2914 und Sportkurse sowie andere Bildungsangebote genutzt werden können, um
2915 Chancengleichheit unabhängig von der sozialen Herkunft zu fördern und die individuelle
2916 Entwicklung der Kinder zu unterstützen.

2917 Familien in Krisenzeiten stabilisieren

2918 Wir setzen uns für die Einrichtung von Familienzentren in jeder Kommune ein, die als
2919 Anlaufstelle für Familien in Krisensituationen dienen. Diese Zentren sollen
2920 niedrigschwellige Beratung und Unterstützung bieten, um Familien in schwierigen Zeiten
2921 zu stärken und zu stabilisieren. Zusätzlich fordern wir den Ausbau von
2922 Kurzzeitpflegeplätzen für Kinder, um Familien in Notlagen schnell und unbürokratisch zu
2923 entlasten.

2924 Kinder- und Jugendschutz stärken

2925 Gefahren für unsere Kinder und Jugendlichen wie sexualisierte Gewalt an Kindern,
2926 Manipulation durch soziale Medien, Drogen, Alkohol und Extremismus verlangen
2927 gesellschaftliche und politische Antworten, um sie besser davor zu schützen. Unser Ziel
2928 ist es deshalb, die Prävention durch Aufklärung vor allem an den Schulen zu stärken. Dazu
2929 sind mit den Ländern geeignete Konzepte und Kampagnen zu entwickeln. Zivilcourage ist
2930 das wichtigste Instrument zum Schutz von Kindern. Niedrigschwellige Meldesysteme und
2931 Anlaufstellen müssen vor Ort zur Verfügung stehen und die eingehenden Meldungen
2932 müssen von geschultem Personal umgehend bearbeitet werden. Schlüsselpersonen, wie
2933 Lehrkräfte oder das Personal in Betreuungseinrichtungen sowie an Schnittstellen im
2934 Gesundheitswesen, brauchen ein intaktes Netzwerk. Der Bund darf Kommunen mit
2935 dieser Aufgabe nicht allein lassen. Hilfe für Eltern und Kinder muss von der
2936 Schwangerschaftsberatung über das Teenageralter bis ins frühe Erwachsenenalter
2937 niederschwellig angeboten werden. Die Ausübung der Religionsfreiheit ist kein
2938 Freifahrtschein zur Kindesmisshandlung. Für uns steht der Schutz der körperlichen,
2939 seelischen und sexuellen Unversehrtheit des Kindes über der Religionsfreiheit der Eltern.

2940 Kinderehen verbieten

2941 Wir verurteilen die Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im In- und Ausland. Daher
2942 ist es absolut inakzeptabel, dass Praktiken wie die Kinderehe in Deutschland eine
2943 Aushebelung der Kinderschutzgesetze ermöglichen. Wir wollen die bestehenden Gesetze
2944 zur Ehe durchsetzen und keine Ausnahmen für im Ausland geschlossene Kinderehen
2945 durch deren Anerkennung zulassen. Der Schutz von Kindern und Jugendlichen muss in
2946 jedem Einzelfall Vorrang haben und darf nicht durch Kompromisse aufgeweicht werden.
2947 Darüber hinaus sehen wir den Schutz von Kindern und Jugendlichen als so wichtig an,

2948 dass es Ziel Deutschlands sein muss, auch im Ausland für den Schutz von Kindern und
2949 Jugendlichen einzutreten und darauf hinzuwirken, auch dort ein Verständnis für dessen
2950 Wichtigkeit zu schaffen.

2951 Kinderschutz und Kinderrechte stärken

2952 Die 2002 ratifizierte UN-Kinderrechtskonvention ist Grundlage für Kinderschutz und
2953 Kinderrechte, für die wir uns europaweit entschieden einsetzen. Dazu gehört das Recht
2954 auf täglich eine ausgewogene Mahlzeit, die Bekämpfung der Kinderarmut und eine soziale
2955 Absicherung der Jüngsten in der Gesellschaft. Wir wollen den Lebens- und
2956 Erfahrungsraum unserer Kinder und Jugendlichen vor physischen, psychischen und
2957 sexuellen Übergriffen sowohl im familiären Bereich als auch im sozialen Umfeld der
2958 Kinder schützen.

2959 Vielfalt für Deutschland

2960 Vielfalt und Partizipation gehören zu den Grundlagen unserer Demokratie. Die Akzeptanz
2961 der Vielfalt sexueller Orientierungen, geschlechtlicher Identitäten und individueller
2962 Lebensentwürfe entspricht einem modernen und weltoffenen Deutschland. Unser
2963 Anspruch muss sein, dass die gesamte gesellschaftliche Breite und Vielfalt abgebildet
2964 wird und die Interessen möglichst vieler Menschen – einschließlich der Interessen der
2965 LSBTIQ*-Gemeinschaft – glaubwürdig vertreten werden.

2966 LSBTIQ*-Rechte stärken und im Grundgesetz verankern

2967 Um die Sicherheit und die Rechte der LSBTIQ*-Gemeinschaft nachhaltig zu stärken,
2968 bedarf es weiterer politischer Maßnahmen. Dazu zählt vor allem der ausdrückliche
2969 Diskriminierungsschutz im Grundgesetz. Wir fordern die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3
2970 GG um das Merkmal der sexuellen Identität, wie sie bereits in einigen
2971 Landesverfassungen umgesetzt wurde. Wir setzen uns außerdem für die rechtliche
2972 Rehabilitierung der Opfer der ehemaligen § 175 StGB und § 151 StGB-DDR ein und
2973 machen uns weiterhin für eine angemessene Form der Anerkennung widerfahrenen
2974 Unrechts stark.

2975 Gesundheitsversorgung von Menschen mit transgeschlechtlicher 2976 Identität sicherstellen

2977 Die derzeitige Gesundheitsversorgung von Menschen mit transgeschlechtlicher Identität
2978 wird den tatsächlichen Bedürfnissen der Betroffenen nicht gerecht. Insbesondere betrifft
2979 dies die mit der Transition einhergehenden gesundheitlichen Bedarfe, die zwar bereits als
2980 Regelleistungen gelten, aber dennoch von individuellen Kostenübernahmeanträgen
2981 abhängig sind. Letztere stellen eine erhebliche Zugangsbarriere für eine adäquate
2982 Gesundheitsversorgung in einer entscheidenden Lebensphase von Menschen mit

2983 transgeschlechtlicher Identität dar, die es abzubauen gilt. Um diese hohen Barrieren zu
2984 überwinden, bedarf es eines gezielten Kompetenzaufbaus und der Kompetenzbündelung
2985 für Transgesundheit bei den bearbeitenden Stellen. Das Thema Trans muss in den
2986 ärztlichen und therapeutischen Curricula fest verankert werden. Dies gilt sowohl für die
2987 medizinische Ausbildung von Studierenden an Universitäten als auch für das
2988 Fortbildungsangebot der Ärztekammern in den Ländern. Letzteres soll insbesondere dem
2989 bestehenden Supervisions- und Fortbildungsbedarf in Arztpraxen oder anderen
2990 Institutionen in den Ländern gerecht werden.

2991 Vielfalt der Familienformen anerkennen

2992 Familie ist für uns überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung
2993 tragen. Für uns ist dabei klar, dass das Geschlecht und die sexuelle Orientierung der
2994 Eltern für Kinder nicht maßgebend sind. Gleichgeschlechtliche Elternpaare,
2995 intergeschlechtliche Eltern und Eltern mit transgeschlechtlicher Identität können alles,
2996 was verschiedengeschlechtliche Eltern auch können. Wir werben für die
2997 uneingeschränkte Akzeptanz von Regenbogenfamilien. Aber Vielfalt und Verantwortung
2998 gehören für uns zwingend zusammen. Vielfalt heißt für uns, die Vielfältigkeit der
2999 Familienformen zu sehen und anzuerkennen. Damit Vielfalt aber auch für alle zur
3000 Bereicherung werden kann, braucht es Verantwortung. Eigenverantwortung und
3001 Selbstbestimmung müssen Hand in Hand gehen mit der Verantwortung gegenüber den
3002 Mitmenschen – vor allem gegenüber den Kleinsten. Im Mittelpunkt jeder Familien- und
3003 Gesellschaftspolitik stehen für uns die Kinder.

3004 Inklusives Arbeitsumfeld in privaten und öffentlichen Unternehmen 3005 fördern

3006 Eine Schlüsselrolle für ein gelebtes Selbstverständnis von Vielfalt und Akzeptanz kommt
3007 unserer Meinung nach dem Öffentlichen Dienst als Arbeitgeber zu, der mit gezielten
3008 Maßnahmen noch deutlichere Signale setzen muss. Bei der Wertschätzung von Vielfalt
3009 und der Sensibilisierung für alle Beteiligten ist uns die Aufhebung der
3010 Ungleichbehandlung und Diskriminierung von LSBTIQ* mit Behinderungen im
3011 Arbeitsleben ein besonders wichtiges Anliegen. Als BAG Queer fordern wir, dass der Bund
3012 die Schaffung eines inklusiven Arbeitsumfeldes in öffentlichen und privaten
3013 Unternehmen mit verhältnismäßigen Maßnahmen nachhaltig fördert und sie bei der
3014 Umsetzung von Diversitätsplänen unterstützt.

3015 LSBTIQ* in ganzheitliche Seniorenpolitik einbeziehen

3016 LSBTIQ* müssen diskriminierungsfrei in Senioren- und Pflegeeinrichtungen leben und
3017 arbeiten können. Entscheidend dafür ist die entsprechende Ausbildung und
3018 Sensibilisierung des Personals. Wir wollen eine ganzheitliche Seniorenpolitik betreiben,

3019 die alle Menschen, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen
3020 Identität, miteinbezieht.

3021 LSBTIQ*-Themen in Aufklärung und Bildung integrieren

3022 Um dem staatlichen Bildungsauftrag gerecht zu werden, müssen die Themen sexuelle
3023 und geschlechtliche Vielfalt selbstverständlich, interdisziplinär und altersgerecht
3024 Eingang in alle Bildungsmedien finden. Wir setzen uns für umfassende
3025 Aufklärungsprojekte an allen Bildungsstätten in Deutschland ein. Dazu gehören die
3026 Durchführung und Förderung entsprechender Veranstaltungen und Projekte. Diese Arbeit
3027 verstehen wir als ergänzendes Angebot, das die Bildungsstätten in keiner Weise von ihrem
3028 Bildungs- und Aufklärungsauftrag im Hinblick auf Sexualgesundheit sowie sexuelle
3029 Vielfalt und Entfaltung entbindet.

3030 Ansprechpersonen für LSBTIQ* in den Landespolizeibehörden 3031 etablieren

3032 Eine bürgernahe, präsente Polizei trägt zur Verhinderung und Bekämpfung von
3033 Gewalttaten gegen LSBTIQ* bei. Nach wie vor bestehen seitens der Opfer
3034 Berührungängste gegenüber der Polizei. Daher ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit
3035 zwischen Beratungsstellen für LSBTIQ* und den örtlichen Polizeibehörden unverzichtbar.
3036 Diese Zusammenarbeit möchte die BAG Queer fördern. Darüber hinaus unterstützen wir
3037 die bundesweite Etablierung hauptamtlicher Ansprechpersonen für LSBTIQ* in den
3038 Landespolizeibehörden und Polizeidienststellen vor Ort sowie in den
3039 Staatsanwaltschaften.

3040 Sportförderung für Deutschland

3041 Wir verstehen „Sport“ als strukturierte körperliche Aktivität, die freiwillig in Form von
3042 Übungen, Spielen oder Wettkämpfen ausgeführt wird. Sport kann dazu dienen, die
3043 körperliche Fitness zu verbessern, Geschicklichkeit zu entwickeln, Wettbewerbsgeist und
3044 Gemeinschaftsgefühl zu fördern oder das persönliche Wohlbefinden zu stärken.
3045 Sportorganisationen spielen oftmals eine wichtige Rolle, da sie den Ort für sportliche
3046 Aktivitäten bereitstellen, sportartenspezifische Regelwerke koordinieren und die
3047 Interessen des Sports vertreten.

3048 Sport macht nachweislich das Immunsystem fitter und die Gehirnleistung besser. Wer
3049 regelmäßig körperlich aktiv ist, kann damit das allgemeine Wohlbefinden und die
3050 körperliche, psychische und soziale Gesundheit steigern sowie das Herz-Kreislaufsystem
3051 und die Entwicklung des Muskel- Skelettsystems stärken.

3052 Breitensport als Klammer der Gesellschaft fördern

3053 Der Breitensport ist eine Klammer der Gesellschaft. Er vermittelt Freude am Spiel,
3054 steigert den sozialen Zusammenhalt, besitzt Integrationskraft und fördert die Gesundheit.
3055 Deshalb sind alle staatlichen Institutionen aufgerufen, den Breitensport in vielfältiger
3056 Weise zu fördern.

3057 Förderung des Spitzensportes durch den Bund festschreiben

3058 Spitzensport und Breitensport sind eng miteinander verbunden und befruchten sich
3059 gegenseitig. Ohne Spitzensport kein Breitensport und ohne Breitensport kein
3060 Spitzensport. Der Bund hat zur Förderung des Spitzensports sämtliche notwendigen
3061 Mittel bereitzustellen. Diese Mittel sind durch den DOSB als obersten Sportverband
3062 zielgerichtet und erfolgsorientiert zu verwenden. Die Politik sollte bei der Vergabe der
3063 Mittel allenfalls eine beratende Funktion innehaben. Grundsätzlich ist es wichtig, dass
3064 wir mit der Reform und dem Sportfördergesetz so schnell wie möglich vorankommen,
3065 damit Klarheit herrscht für Athleten und Verbände.

3066 Internationale Sportveranstaltungen in Deutschland ausrichten

3067 Wir anerkennen die integrative Kraft und den Imagegewinn dank Spitzensport. Daher
3068 begrüßen wir auch die Ausrichtung internationaler Sportveranstaltungen – im Einklang
3069 mit der Bevölkerung vor Ort – in Deutschland.

3070 Unabhängige Spitzensportagentur gründen

3071 Die Gründung einer unabhängigen Spitzensportagentur wäre eine einzigartige Chance:
3072 Statt weiter kleinteilig und häppchenweise am komplexen System zu schrauben, könnte
3073 die Spitzensportförderung neu aufgesetzt werden – einfacher, digitaler, effizienter,
3074 erfolgreicher. Eine solche Agentur soll also dabei helfen, unnötige Bürokratie im System
3075 abzubauen bzw. zwingend nötige Verwaltungsaufgaben dorthin zu verlagern.

3076 Durchführung von Sportstunden in der Schule garantieren

3077 Wir fordern mehr und regelmäßige Sportstunden in der Schule. Es kann nicht sein, dass
3078 bei personellen Problemen Sportstunden sehr oft als Erstes abgesagt werden.
3079 Sportstunden müssen verpflichtend sein. Das gilt auch für Schwimmstunden.

3080 Bedarfsgerechte Räume für Sport und Bewegung schaffen

3081 Wir verlangen, dass Bund und Länder umgehend die dafür notwendigen Neu- und
3082 Umbaumaßnahmen an Schulen durchführen, wobei Sport- und Bewegungsräume
3083 ebenso wie Ruhe- und Entspannungsräume mitgedacht werden müssen. Hierbei machen
3084 bedarfsgerechte und flexible Raum- und Flächennutzungskonzepte Orte zu Lern- und
3085 Lebensräumen.

3086 Mehr Übungsleiter und Trainer ausbilden

3087 Für die Umsetzung der großen gesellschaftlichen Bedeutung des Sports müssen deutlich
3088 mehr Übungsleiter und Trainer ausgebildet und fortgebildet werden. Dazu gehört auch,
3089 die Ausbildung geeigneter Schwimmlehrer und Rettungsschwimmer gesondert zu
3090 fördern. Das können die Sportverbände und die Wasserrettungsdienste allein nicht
3091 schaffen. Zur Unterstützung der vielen ehrenamtlich tätigen Übungsleiter und Trainer
3092 werden auch hauptamtliche Kräfte benötigt. Eine zusätzliche Möglichkeit wäre die
3093 Schaffung von staatlichen Stellen oder Agenturen. Denn der Blick auf viele Sportvereine
3094 zeigt, Trainermangel ist kein Einzelfall.

3095 Kommunale Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen sanieren

3096 Die Kommunen sind durch wegbrechende Steuereinnahmen im Besonderen belastet.
3097 Wichtige Maßnahmen der freiwilligen Daseinsvorsorge drohen auf der Strecke zu bleiben.
3098 Wir fordern verstärkte staatliche Förderungen von Investitionen in den Bau und die
3099 Sanierung von Schwimmbädern, Kultur- und Sportstätten sowie zur Unterhaltung dieser
3100 Anlagen.

3101 Bürgerschaft vor Ort in die Planung von Freizeit-, Kultur- und 3102 Sportstätten einbeziehen

3103 Während im ländlichen Raum vielfach Sport- und Kultureinrichtungen verwaisen, ist ein
3104 extremer Mangel und Modernisierungs-/Sanierungsstau in urbanen Zentren zu
3105 beobachten. Um ein optimales Angebot an Freizeiteinrichtungen bereitstellen zu können,
3106 sind die Kommunen in die Lage zu versetzen und letztendlich zu verpflichten,
3107 Sportstätten und Kultureinrichtungen zusammen mit den Verantwortlichen aus Vereinen
3108 und Initiativen zu planen.

3109 Im Sportbereich darf eine staatlich geförderte Stärkung der kommunalen Infrastruktur
3110 nicht ohne entsprechende Sportstättenentwicklungsplanung erfolgen. Analoge
3111 Entwicklungspläne fordern wir auch für die Kultureinrichtungen.

3112 E-Sport als Ergänzung zu klassischen Sportarten verstehen

3113 Wir setzen uns für die Anerkennung der Gemeinnützigkeit im Bereich E-Sport ein. Wir
3114 werten Großveranstaltungen wie „League of Legends“ als förderwürdig, da wir hiermit
3115 unsere Gemeinschaft und den Tourismus im Lande stärken. E-Sport fördert die
3116 Teamführung, Reaktionsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, deshalb sehen wir diese
3117 Sportart als gemeinnützig an. Um professionelle Trainer für diese Vorhaben bereitstellen
3118 zu können, braucht es die Anerkennung der Gemeinnützigkeit.

3119 Flächendeckendes Schwimmbadangebot erhalten

3120 Vielen Städten und Gemeinden ist es aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht länger
3121 möglich, Schwimmbäder zu unterhalten. Aber gerade für das Schwimmenlernen und die
3122 Freizeitgestaltung ist diese Infrastruktur wichtig. Wir wollen deshalb finanzielle Anreize
3123 schaffen, um eine flächendeckende Schwimmbadversorgung sicherzustellen.

3124 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sicherstellen

3125 Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bleibt im Sport ein wichtiges Thema.
3126 Inklusion wird bereits in vielen verschiedenen Sportangeboten umgesetzt und findet auf
3127 vielfältige Art und Weise Ausdruck. Für Schulungen, an denen behinderte Menschen
3128 teilnehmen, sollten bei Bedarf Gebärdendolmetscher bereitstehen. Wir fordern den Staat
3129 daher auf, einen bundesweiten Pool von Gebärdendolmetschern für Schule und Sport
3130 vorzuhalten.

3131 Ehrenamt für Deutschland

3132 Ehrenamt findet man überall – im Sport, in Kultur und Bildung, im sozialen Bereich und in
3133 Umweltprojekten, in der Nachbarschaftshilfe ebenso wie in der Kommunalpolitik, in
3134 Bürgervereinen und Stadtteilinitiativen. Auch das THW, die Feuerwehren und die
3135 Hilfsorganisationen bauen auf freiwilliges Engagement.

3136 Ehrenamt ist gelebte Demokratie: Die Engagierten übernehmen Verantwortung und
3137 bringen voran, was ihnen am Herzen liegt. Sie gestalten unsere Gesellschaft mit. Aktive
3138 Bürger bringen Menschen zusammen und machen unsere Demokratie stärker.

3139 Deshalb setzen wir uns so vehement für den Erhalt und die Stärkung der Ehrenamtskultur
3140 ein.

3141 Ehrenamt vor überzogener Bürokratie schützen

3142 Ehrenamts-, Übungsleiterpauschale und Haftungsfragen für Vorstände werden von
3143 Vereins- und Verbandsmitarbeitern immer wieder diskutiert. Ehrenamtliche sind vor
3144 überzogener Bürokratie zu schützen. Wir sehen die Notwendigkeit einer regelmäßigen
3145 Anpassung der steuerlichen Entlastungsbeträge, insbesondere der
3146 Ehrenamtspauschale. Wir fordern darüber hinaus, dass ein langjähriges freiwilliges
3147 Engagement durch zusätzliche Rentenpunkte honoriert wird.

3148 Ausübung eines Ehrenamts parallel zur Berufstätigkeit fördern

3149 Ein Ehrenamt soll parallel zur Berufstätigkeit ausgeübt werden können. Für den Dienst an
3150 der Gesellschaft fordern wir deutliche Vergünstigungen und Entlastungen. Daher sehen
3151 wir es als notwendig an, auch für ehrenamtlich ausgeübte gemeinnützige oder mildtätige
3152 Tätigkeiten Freistellungen, ähnlich der Feuerwehr, gesetzlich zu verankern. Sofern

3153 Arbeitgeber durch eine solche Regelung belastet werden, sind sie angemessen finanziell
3154 zu entschädigen.

3155 **Anlaufstellen für Ehrenamtliche schaffen**

3156 Neben finanziellen Aspekten gilt es, die Vereine bei ihrer täglichen operativen Arbeit direkt
3157 zu unterstützen. Dabei dürfen nicht nur zivilgesellschaftliche Initiativen im sozialen
3158 Bereich im Vordergrund stehen, sondern ebenso der klassische Verein im Sport, in der
3159 Kultur, der Musik oder der Brauchtumspflege. Gerade die Verantwortlichen in kleinen
3160 örtlichen Vereinen, die ausschließlich auf das ehrenamtliche Engagement ihrer
3161 Vereinsmitglieder angewiesen sind, brauchen dringend praktische Hilfe. Staatliche
3162 Unterstützung in Form von hauptamtlich besetzten Anlaufstellen für Ehrenamtliche
3163 (Ehrenamtsagenturen) kann die Mitarbeiter von administrativen Arbeiten entlasten und
3164 ihnen kompetente Beratung bieten. Darunter fallen z. B. die Beantragung von
3165 Fördermitteln und die Beratung in rechtlichen Fragen sowie bei Herausforderungen der
3166 Digitalisierung. Gute Ansätze dafür bietet die „Deutsche Stiftung Engagement und
3167 Ehrenamt“.

3168 **Altersbegrenzung bei der Berufung von Schöffen aufheben**

3169 Wir fordern die kurzfristige Aussetzung der willkürlichen Altersbegrenzung bei der
3170 Berufung von Schöffen in Strafsachen. Die 1974 eingeführte Altersbegrenzung in Paragraph
3171 33 (2) des Gerichtsverfassungsgesetzes, wonach Personen, die das 70. Lebensjahr
3172 vollendet haben oder es bis zum Beginn der Amtsperiode vollenden würden, nicht zum
3173 Schöffenamt berufen werden können, ist mit europäischem und deutschem Recht
3174 unvereinbar.

3175 **Einsamkeit bekämpfen**

3176 Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der niemand allein gelassen wird. Einsamkeit
3177 betrifft Menschen jeden Alters und jeder Lebenssituation. Wir wollen deshalb den Zugang
3178 zu Freizeitangeboten, ehrenamtlichem Engagement und sozialen Begegnungsräumen
3179 fördern, um Isolation vorzubeugen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.
3180 Wir wollen eine Gemeinschaft schaffen, in der jede und jeder gehört wird und Teil eines
3181 sozialen Miteinanders ist. Denn Einsamkeit darf kein Tabuthema sein. Wir wollen aktiv
3182 gegensteuern und dafür sorgen, dass Freizeit für alle Menschen ein Raum der Begegnung
3183 und des Austauschs bleibt.

3184 **Förderprogramme für Vereine und Initiativen gegen Einsamkeit aufsetzen**

3186 Wir fordern die Einführung von Förderprogrammen speziell für Vereine und Initiativen, die
3187 sich aktiv gegen Einsamkeit engagieren. Diese Programme sollen den Vereinen helfen,

3188 innovative Ideen zu entwickeln, um Menschen zusammenzubringen, z. B. durch
3189 gemeinschaftliche Projekte, sportliche Aktivitäten oder kulturelle Events.

3190 Umweltschutz für Deutschland

3191 Eine gesunde Umwelt ist kein Selbstzweck. Klima- und Umweltschutz sichern und
3192 verbessern nachhaltig die Koexistenz von Natur-, Lebens- und Wirtschaftsräumen. Wir
3193 stehen zu den Verpflichtungen, die sich aus dem Pariser Klimaabkommen ergeben.
3194 Bürger sowie die Kommunen dürfen mit Problemen wie Überschwemmungen,
3195 Überhitzung, Dürre, Wassermangel, Stürmen, Starkregen und einer sich verändernden
3196 Flora und Fauna nicht allein gelassen werden. Wir setzen auf die Innovationskraft und den
3197 technischen Fortschritt und wollen auf Abgaben und Verbote verzichten, soweit es
3198 möglich ist. Die Berücksichtigung sozialer Aspekte muss bei allen politischen
3199 Maßnahmen erfolgen. Leider wurde die hohe Zustimmung zum Klimaschutz durch
3200 ideologische Bevormundung der Bürger bei gleichzeitig mangelnder
3201 Lösungskommunikation zerstört.

3202 Wasser wirksam schützen

3203 Der Erhalt von sauberem und sicherem Trinkwasser als öffentlichem Gut ist existenziell.
3204 Wir setzen uns daher auf allen politischen Ebenen für einen wirksamen
3205 Grundwasserschutz ein. Eine Privatisierung der Wasserversorgung lehnen wir ab. Ein
3206 verantwortungsvoller Umgang mit Trink- und Brauchwasser muss bundesweit unterstützt
3207 werden.

3208 Weltmarktführer für energieautarke Kläranlagen werden

3209 Klärwerke sind neben der Straßenbeleuchtung in der Regel die größten
3210 Energieverbraucher einer Kommune. Das muss nicht sein. Energieautarke Klärwerke sind
3211 bereits entwickelt. Ihre Einführung gilt es zu fördern. Diese Förderung sorgt nicht nur für
3212 schnelle Energieeinsparungen, sondern wird langfristig wieder den Bürgern
3213 zugutekommen, da ihre Abwassergebühren nicht mehr durch hohe Energiekosten
3214 belastet werden. Außerdem sollten Abwasser und Klärgase in den kommunalen
3215 Wärmeplanungen berücksichtigt werden.

3216 Bau von Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken fördern

3217 Neben der Wasserknappheit werden zunehmend Überschwemmungen zum Problem
3218 vieler Kommunen. Nicht nur Flüsse, sondern insbesondere kleine Bäche werden häufig
3219 zum Schadensbringer. Um Überschwemmungen zu verhindern und gleichzeitig
3220 Grundwasser einzusparen, fordern wir ein bundesweites Förderprogramm für den Bau
3221 von Regenrückhalte- und Regenüberlaufbecken. Der Bund muss seiner Pflicht
3222 nachkommen, für Bundesstraßen die Entsorgung des Oberflächenwassers bei den
3223 kommunalen Abwasserwerken zu bezahlen.

3224 Meeres- und Küstenschutz intensivieren

3225 Die maritimen Ökosysteme stellen die größte CO₂ -Senke dar. Zudem sind sie ein
3226 einzigartiger Schatz an Artenvielfalt und Biodiversität. Doch diese Ökosysteme sind durch
3227 Übersäuerung, Überfischung, steigende Temperaturen, Schadstoff- und
3228 Mikroplastikeinträge und vieles mehr zunehmend bedroht. Sollten diese Entwicklungen
3229 weiter fortschreiten, droht die Umkehrung der CO₂-Aufnahme und damit eine
3230 unaufhaltsame Beschleunigung des Klimawandels. Deshalb setzen wir uns auf
3231 nationaler wie auch internationaler Ebene für den Schutz der Meere und Ozeane ein.

3232 Flächenverbrauch reduzieren

3233 Wir müssen verantwortungsbewusst mit dem weiteren Verbrauch und der
3234 Inanspruchnahme von Flächen für die Verkehrs- und Siedlungspolitik umgehen, um
3235 unseren nachfolgenden Generationen Natur- und Lebensqualität weitergeben zu können
3236 und ihnen noch Planungsspielräume zu überlassen.

3237 Urbane Klimaanpassung betreiben

3238 Städtebauliche Entwicklungen sollen nachhaltiger umgesetzt werden, um
3239 Landverbrauch und Stadtaufheizung zu vermeiden. Stadtplanung soll vermehrt „Grüne
3240 Lungen“ und Sensibilität für Frischluftschneisen als Luftleitbahnen vorsehen, damit
3241 kühle Luft aus Waldgebieten und Feldern in die Innenbereiche urbanisierter Areale
3242 transportiert wird. Die Vernetzung von grünen Versickerungs- und Verdunstungsflächen
3243 in den urbanen Bereichen soll stärker realisiert werden. Feinstäube und Schadstoffe
3244 sollen durch Begrünung von Fassaden und Dächern gebunden, abgeleitet und gefiltert
3245 werden. Die in Stadtquartiere übermäßig einwirkende Sonneneinstrahlung soll mit
3246 intelligenten Systemen zur Kühlung genutzt werden.

3247 Lebensmittel wertschätzen

3248 Obwohl sich in den vergangenen Jahren zahlreiche ehrenamtliche und unternehmerische
3249 Initiativen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung gegründet haben, werden
3250 immer noch viel zu viele Lebensmittel weggeworfen. Mehr als die Hälfte der
3251 Lebensmittelverschwendung findet in Haushalten statt.

3252 Pflanzenschutz stärken

3253 Ein Teil der Lebensmittelverschwendung findet bereits auf dem Feld durch Schädlinge,
3254 Pilze oder EU-Normvorgaben statt. Diese Vorgaben ermöglichen, dass einiges Obst und
3255 Gemüse gar nicht erst ins Supermarktregal gelangt. Wir fordern, dass wirksame und
3256 bewährte Wirkstoffe geprüft und zugelassen werden, damit möglichst wenig
3257 Lebensmittel auf dem Feld und im Lager verderben.

3258 Haltbarkeitsdaten überdenken

3259 Ein Grund für Lebensmittelverschwendung sind die Mindesthaltbarkeitsdaten, die dazu
3260 führen, dass noch lange genussstaugliche Lebensmittel vorzeitig entsorgt werden.
3261 Haltbarkeitsangaben sollten daher einen empfehlenden Charakter bekommen. Ein
3262 Zusatz wie „Dieses Lebensmittel ist oft länger gut!“ könnte dabei hilfreich sein.

3263 Umsonstregale fördern

3264 Ein weiterer Ansatz ist die Förderung von Umsonstregalen, in die abgelaufene
3265 Lebensmittel gestellt und von Gruppen, die sich für Lebensmittelrettung einsetzen,
3266 mitgenommen werden können. Die kommende Bundesregierung muss den Dialog mit
3267 den Einzelhandelsketten zu diesem Thema intensivieren und Lösungen erarbeiten.

3268 Recyclingquote und -fähigkeit

3269 Immer weniger Gegenstände werden so gebaut, dass sie leicht recycelt werden können.
3270 Oftmals wäre dies mit nur kleinen Änderungen in der Herstellung machbar. Wir kritisieren
3271 dies als nicht nachhaltig und nicht verbraucherfreundlich.

3272 Recht auf Reparatur umsetzen

3273 Wir fordern eine schnelle Umsetzung der Vorschläge der Europäischen Kommission zum
3274 „Recht auf Reparatur“. Angaben in Form einer Skala sollten Verbraucherinnen und
3275 Verbrauchern zudem beim Kauf transparent aufzeigen, wie gut das Produkt repariert und
3276 recycelt werden kann. Ferner sollte angegeben werden, wie viel Prozent des verwendeten
3277 Materials bereits durch Recycling gewonnen wurden. Diese Regelungen sollten aus
3278 Gründen der Verhältnismäßigkeit nur bei Massenprodukten bzw. größerer
3279 Serienproduktion Anwendung finden.

3280 Plastikflut stoppen

3281 Oftmals werden Kunststoffe wie Plastik verwendet, obwohl ein umweltfreundlicher Ersatz
3282 existiert. Die Förderung der Forschung und Entwicklung von abbaubaren oder zumindest
3283 gut wiederverwendbaren Rohstoffen wollen wir weiter ausbauen. Dies ermöglicht es
3284 heimischen Unternehmen, aus logistischen und hygienischen Gründen weiterhin
3285 Einwegprodukte zu nutzen. Nicht ausschließlich der Verzicht, sondern der Ersatz von
3286 Kunststoffen durch nachhaltigere Lösungen muss uns gelingen. Vor allem im
3287 medizinischen Bereich sowie in besonderen Situationen wird der Gebrauch von
3288 Kunststoffen weiterhin notwendig und sinnvoll sein.

3289 Export von Plastikmüll, Elektroschrott sowie von Schrottfahrzeugen 3290 verbieten

3291 Die Verschmutzung macht nicht an den Landesgrenzen Halt. Es nützt nichts, wenn unser
3292 Müll ins Ausland verschoben wird und dort unter menschenunwürdigen Bedingungen und

3293 zulasten der Menschen und der Umwelt entsorgt wird. Die Vermeidung von Müll und der
3294 sinnvolle Umgang mit Ressourcen haben oberste Priorität. Das Recycling von Plastikmüll,
3295 Elektroschrott und Altfahrzeuge muss innerhalb des europäischen Binnenmarktes unter
3296 Einhaltung aller umwelttechnischen Erkenntnisse vorangetrieben werden. Die
3297 Rückgewinnung von wertvollen Rohstoffen ist zu erhöhen.

3298 Keine Steuergelder für Klimaschädigung ausgeben

3299 Gerade in Krisenzeiten ist es gut, dass Bund und Länder mit Konjunkturprogrammen dem
3300 Verlust von Arbeitsplätzen entgegenwirken. Doch ein Staat, der das Pariser
3301 Klimaabkommen unterzeichnet hat, muss bei staatlichen Hilfen die Klimafolgen mit in
3302 den Blick nehmen. Durch staatliche Rettung von Fluggesellschaften das Weiter-so der
3303 Billigflieger strukturell zu erhalten, ist gegen jegliche Vernunft und widerspricht einem
3304 sachgerechten, verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Denn gleichzeitig sind
3305 Strafzahlungen für das Nichteinhalten der Klimaschutzziele im Verkehrssektor absehbar.

3306 Heimische Natur- und Artenvielfalt erhalten

3307 Wir wollen unsere heimische Natur- und Artenvielfalt schützen. Dem Landschaftsschutz
3308 ist deswegen eine hohe Priorität beizumessen. Auch nicht heimische Arten können rasch
3309 zur Gefahr für unser Ökosystem werden. Zudem ist das natürliche Gleichgewicht
3310 wiederherzustellen, insbesondere dort, wo es durch das Handeln des Menschen
3311 gefährdet ist. Es ist unser Auftrag, unsere heimischen Natur- und Kulturräume zu erhalten
3312 und nachhaltig zu entwickeln. Der Artenschutz spielt, genauso wie unsere durch die
3313 Landwirtschaft geschaffene Kulturlandschaft, eine wichtige Rolle beim Erhalt und bei der
3314 Förderung der Biodiversität in Deutschland. Gleiches gilt für unsere Seen, Flüsse und
3315 Meere mit ihrer Tier- und Pflanzenwelt. Ein verantwortungsvoller, nachhaltiger Umgang
3316 mit unseren Gewässern ist essenziell für das biologische Gleichgewicht.

3317 Tierversuchsfreies Deutschland schaffen

3318 Wir verfolgen das Ziel eines tierversuchsfreien Deutschlands. Wir setzen uns deshalb für
3319 die Weiterentwicklung von Zellkulturen als einen vollwertigen Ersatz für Tierversuche ein,
3320 der sogar patientenspezifische Testverfahren ermöglicht.

3321 Kultur und Medienvielfalt für Deutschland

3322 Wir wollen Kunst und Kultur pflegen und fördern, Tradition und Brauchtum bewahren und
3323 die geistigen Werte unserer Heimat für nachfolgende Generationen sichern. Dazu zählen
3324 auch der Erhalt und die Pflege von Baudenkmälern wie Schlössern und Burgen, Museen
3325 und Galerien, Schau- und Lichtspielhäusern, Orchestern und Musikvereinen sowie
3326 Bibliotheken und Archiven. Eine bunte Medienlandschaft garantiert Meinungsvielfalt. Der
3327 Erhalt von lokalen Fernseh- und Radiosendern sowie Zeitungen ist von entscheidender

3328 Bedeutung für alle Regionen. Sie sind die Berichterstatter des lokalen und regionalen
3329 Geschehens in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur und Sport. Sie stoßen bei den
3330 Menschen vor Ort auf eine hohe Akzeptanz und stärken die Identifikation der Bewohner
3331 mit ihrer Region und ihrer Heimat.

3332 Kultur- und Kreativwirtschaft fördern

3333 Den Kommunen kommt eine tragende Rolle zu. Sie sind gefordert, Kunst und Kultur vor
3334 Ort zu fördern. Eine kulturelle Identität ist schließlich auch das Erfordernis dafür, dass
3335 Bürger und Bürgerinnen aktiv und kritisch am gesellschaftlichen, politischen und
3336 wirtschaftlichen Leben teilnehmen. Eine wesentliche Voraussetzung ist hierfür eine
3337 florierende Kultur- und Kreativwirtschaft. Neben der Förderung neuer Geschäftsmodelle
3338 bedarf es dabei unterstützender Maßnahmen im Bereich der Kompetenzentwicklung,
3339 Kapitalbeschaffung und Erschließung neuer Märkte.

3340 Kulturförderung transparenter gestalten und reformieren

3341 Wir wollen mehr Transparenz in der bundesweiten Kulturförderung erreichen, denn die
3342 Fülle der Förderinstrumente ist derzeit unüberschaubar.

3343 Kultur als Aufgabe der Daseinsfürsorge finanziell absichern

3344 Das Bundesverfassungsgericht hat ein Grundrecht auf Gewährleistung eines
3345 menschenwürdigen Existenzminimums aus dem Recht auf Menschenwürde in
3346 Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip entwickelt. Es sichert jedem Hilfsbedürftigen
3347 diejenigen materiellen Voraussetzungen, die für seine physische Existenz zwingend
3348 benötigt werden. Bestandteil des geschützten Existenzminimums sind auch jene
3349 Leistungen, die für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und
3350 politischen Leben unerlässlich sind. Dieses Grundrecht steht allen Bundesbürgern zu.
3351 Wir fordern deshalb den Bund auf, die Kulturförderung auch finanziell abzusichern!

3352 Kulturelles Erbe der deutschen Heimatvertriebenen schützen

3353 Wir wollen gemeinsam mit den Vertriebenenverbänden ihr großes Kulturerbe aus den
3354 ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten erhalten und weiter fördern. Es ist Teil
3355 unserer Kultur und bedarf einer stärkeren Unterstützung. Wir wollen deshalb eine
3356 gebührende Finanzausstattung für die Vertriebenenarbeit sicherstellen und allen
3357 Landsmannschaften die Möglichkeit geben, ihre kulturellen Schätze angemessen
3358 aufzubewahren und sie der Öffentlichkeit durch Ausstellungen und in Museen zugänglich
3359 zu machen.

3360 Deutsche Minderheiten im Ausland stärker fördern

3361 Wir wollen die deutschen Minderheiten in Ländern wie Belgien, Polen, der Slowakei,
3362 Tschechien, Ungarn, Russland und Rumänien bei der Kulturarbeit unterstützen und ihnen

3363 partnerschaftlich zur Seite stehen. Dies gibt den deutschen Minderheiten den nötigen
3364 Rückhalt und stärkt ihre Position.

3365 Schutz der nationalen Minderheiten im Grundgesetz

3366 Durch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten des
3367 Europarates sind die dänische Minderheit, die Minderheit der deutschen Sinti und Roma
3368 und die friesischen und sorbischen Volksgruppen als Minderheiten anerkannt. Ihre
3369 Schutzrechte sind jedoch nur in drei Bundesländern verfassungsrechtlich verankert. Wir
3370 streben daher die Aufnahme der nationalen Minderheiten ins Grundgesetz der
3371 Bundesrepublik Deutschland an. Außerdem treten wir für Schutz und
3372 Diskriminierungsfreiheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ein.

3373 Jüdisches Leben fördern

3374 Die Förderung und Sicherstellung des jüdischen Lebens in Deutschland und ein
3375 entschiedenes Einschreiten gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus und
3376 israelfeindliche Bestrebungen gehören nach unserer Auffassung zum Grundkonsens
3377 unserer Gesellschaft.

3378 Büchervielfalt erhalten

3379 Wir stehen zur Buchpreisbindung und zum verminderten Mehrwertsteuersatz für Bücher.
3380 Uns ist es wichtig, dass die Vielfalt der Literatur als Bestandteil unserer Kultur erhalten
3381 bleibt.

3382 Rundfunkwahlen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk

3383 Wir stehen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Er gewährleistet eine flächendeckende
3384 Berichterstattung und bietet Raum für verschiedene Werte, Meinungen und
3385 Lebenseinstellungen. Wir wollen den Rundfunkteilnehmern künftig umfassende
3386 Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Sie sollen neben dem Recht, informiert zu werden,
3387 und der Pflicht, zu zahlen, auch Teilhaberechte erhalten. Konkret wollen wir, dass
3388 Rundfunkteilnehmer künftig die Besetzung der Rundfunkräte bestimmen. Über die
3389 Grundzüge des Programms, die Höhe des Rundfunkbeitrags sowie über die Intendanten
3390 müssen sie entscheiden. Der Einfluss der Parteien wird dadurch begrenzt. Für die
3391 Umsetzung kann etwa das Modell der Sozialversicherungswahl herangezogen werden,
3392 das den Versicherten die Mitbestimmung ermöglicht.

3393 Printmedien-Vielfalt erhalten

3394 Wir wollen, dass Zeitungen und Zeitschriften als Kulturgut in unserer Gesellschaft eine
3395 Zukunft haben. Die Vielfalt der Angebote muss im Sinne unserer vielfältigen Gesellschaft
3396 erhalten bleiben. Häufig sind diese Druckerzeugnisse die einzige Informationsquelle der
3397 Bürger und sie sorgen gerade auf lokaler und regionaler Ebene abseits der Städte für die

3398 notwendige Berichterstattung. Wir wollen deshalb gemeinsam mit den Verlagen wieder
3399 das Bewusstsein für die Bedeutung der Printmedien schärfen.

3400 Gesellschaftsspiele kulturell und bildungspolitisch anerkennen

3401 Wir fordern außerdem die kulturelle und bildungspolitische Anerkennung von
3402 Gesellschaftsspielen wie klassischen Brettspielen und Kartenspielen sowie von
3403 modernen Formen wie „Pen-&-Paper- Rollenspielen“ und dem Genre „Live-Rollenspiele“,
3404 damit diese entsprechend gefördert werden können.

3405 Kulturgut und Wirtschaftsfaktor Computerspiele fördern

3406 Computerspiele sind aus unserem heutigen Leben nicht mehr wegzudenken. Vor allem
3407 für die jüngeren Generationen sind sie ein fester Bestandteil ihrer Freizeitgestaltung
3408 geworden. Die kreative Leistung, die dahintersteckt, ist damit schon längst Teil unserer
3409 heutigen Kultur geworden. Wir wollen deshalb auch diesen Bereich, insbesondere
3410 pädagogisch hochwertige Spiele, fördern und lehnen eine Verbotspolitik in diesem Gebiet
3411 ab. Gleichwohl wollen wir einen wirksamen Jugendmedienschutz, damit unsere Kinder
3412 und Jugendlichen vor gefährdenden Inhalten geschützt werden.